

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 345/346 · 30. JAHRGANG · AUSGABE Sommer/2024 VOM 15. Juni 2024 · 2 EURO

8 | **Regionalplan gegen
Widerstand beschlossen**
Gefahr für die Gesundheit

19 | **BRD plant Krieg
für 2029**
Für dem Kriegsfall optimal aufgestellt

28 | **Eine Geschichte
über Heidi Hetzer**
Weltreise startete von Eberswalde aus

Zweite Wahlsieger

Eberswalde (bbp). Am 9. Juni wurde gewählt. Im Land Brandenburg fanden neben den Wahlen zum Europäischen Parlament zugleich die Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen sowie Ortsbeiräten statt. **Nachfolgend konzentrieren wir uns auf die Ergebnisse in der Kreisstadt Eberswalde.**

Zur EUROPAWAHL kamen die drei Ampelkoalitionsparteien in Eberswalde zusammen auf satte 23,2 % (SPD 12,9 %, Grüne 6,5 %, FDP 3,8 %). Das sind 11,1 Prozentpunkte weniger als vor fünf Jahren. Allein die Grünen verloren 6,1 Prozentpunkte. Die SPD landete damit auf Platz 4 hinter CDU (13,8 %) und der erstmals zur Wahl stehenden Sahra-Wagenknecht-Partei BSW (13,6 %). Die meisten Stimmen fuhr in Eberswalde mit 26,8 % die AfD ein, mehr als doppelt soviel wie CDU und SPD zusammen. Vor den Bündnisgrünen kam die Linkspartei mit 7,5 % auf Platz 5. Die PARTEI (3,8 %, 724 Stimmen) verdrängte den dritten Ampelkoalitionspartner FDP (3,8 %, 713 Stimmen) in Eberswalde auf den Platz 8. Auf jeweils mehr als 1 Prozent kamen zur Europawahl Volt, Tierschutzpartei, Freie Wähler und Familie (Plätze 9 - 12).

Auch in der KREISTAGSWAHL gewann die AfD die meisten Stimmen. Im Eberswalder Wahlkreis 1 kam sie auf 21,9 % der Stimmen, gefolgt von den Linken mit 17,1 %. CDU (14,1) und SPD (13,9) liegen fast gleich auf. Die Grünen kommen auf 9,5, Bündnis Barnim auf 6,7, die FDP auf 6,5 %. Es folgen BVB/Freie Wähler, Bürgerfraktion Barnim und Die PARTEI mit jeweils zwischen 3 und 4 %. Als Kreistagsabgeordnete im Wahlkreis 1 wurden gewählt: Steffi Schneemilch (Linke), Tilo Weingardt (AfD), Dietmar Ortel (CDU), Thomas Stegemann (SPD), Martin Hoeck (FDP) und Karen Oehler (Grüne).

Im zweiten Eberswalder Kreistagswahlkreis kam die AfD sogar auf 27,4 % vor dem Bündnis Barnim, das auf 18,5 % der Stimmen kam. Es folgen CDU (12,8), SPD (12,0), Linke (10,5), Grüne (5,3), FDP (5,0), BVB/Freie Wähler (3,7), Die PARTEI (3,2) und die Bürgerfraktion Barnim (1,4). In den Kreistag wurden Roman Kuffert (AfD), Viktor Jede (Bündnis Barnim) und Danko Jur (CDU) gewählt.

Wenig überraschend räumte die AfD mit 24,1 % der Stimmen auch bei der Wahl zur STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG EBERSWALDE ab.

Mit 9 Mandaten wird sie künftig die stärkste Fraktion stellen. Jeweils 4 Stadtverordnete kommen künftig von Bündnis Eberswalde, Linke, CDU (je 11,8 %) und SPD (11,1). Die Bürger für Eberswalde (7,6) und die Grünen (7,1) errangen je 3 Mandate, während die FDP (6,0) mit 2 Stadtverordneten vertreten sein wird. Jeweils 1 Mandat können Die PARTEI/ALE/BI Radwege (3,1), Bürgerfraktion Barnim (2,2) und BVB Freie Wähler (2,1) besetzen.

Im Vergleich zur Wahl 2019 gewinnt die AfD in Eberswalde 4 Mandate dazu, während SPD, Linke, Grüne und FDP jeweils 1 Mandat verlieren. Bei allen anderen Mandatsträgern bleibt es, wie es war.

Von den 36 Stadtverordneten saßen 24 bereits in dem Gremium, zum Teil als Nachrücker. Von den 12 Neu-Stadtverordneten stellt allein die AfD 7 neue Mitglieder, während 3 nicht wieder gewählt wurden, darunter die beiden Mitglieder der Abspaltung »Die Mitte«. Bei den Linken sind zwei nicht wieder dabei, wofür eine neue Stadtverordnete neu hinzukommt. Bei der CDU gibt es auf einem Platz einen personellen Wechsel, während bei der SPD eine neue Stadtverordnete dazukommt, während zwei nicht wieder gewählt wurden. Auch bei den Bündnisgrünen und bei der FDP kommt ein neues Gesicht dazu, während jeweils zwei bisherige Stadtverordnete ausscheiden. Bei den Bürgern für Eberswalde (BfE) wird eine Abgeordnete durch einen anderen ersetzt, der 2019 auf der SPD-Liste antrat. Bei den drei Mandatsträgern, die mit jeweils einem Stadtverordneten vertreten sein werden, gibt es keine personellen Veränderungen. Das trifft auch beim Bündnis Eberswalde zu, das den zusätzlichen Sitz mit dem 2019 als Einzelbewerber angetretenen Carsten Zinn besetzt, der bereits 2023 der Bündnisfraktion beitrug.

Die Einzelstadtverordneten Mirko Wolfgramm und Oskar Dietterle haben bereits angekündigt, wieder eine gemeinsame Fraktion zu bilden. Erwartet wird, daß auch SPD und BfE wieder zusammengehen.

FOTO: SILKE MARKMANN



Plakate, bis sich die Laternenmasten biegen...

Der Zögerer

Bundeskanzler Olaf Scholz suggeriert weiterhin, daß er noch immer über so etwas wie Restverstand verfügt – was ihm regelmäßig mediale Prügel seitens der Kriegstreiberkoalition von Strack-Zimmermann (FDP) über Hofreiter (B90/Grüne) und Kiesewetter (CDU) bis hin zum parteiinternen SPD-Oberfalken Roth einbringt. Der als »Zögerer« Verschiene machte – eben nach einigem Zögern – letztlich fast alle angesagten Eskalationsschritte mit. Inzwischen hat er auch offiziell nichts mehr dagegen, daß mit deutschen Waffen Ziele in Rußland angegriffen werden. Zunächst beschränkt auf das Gebiet Belgorod, wo vor 81 Jahren die letzte große Offensive der deutschen Wehrmacht in der Schlacht um den Kursker Bogen scheiterte.

Seit einigen Wochen wird ein neues Schwein durchs Dorf getrieben. Angesichts der massiven Probleme der ukrainischen Armee an fast allen Fronten mehren sich Stimmen, wonach NATO-Staaten mit ihren Luftabwehrmitteln von ihrem Territorium aus russische Raketen und Drohnen abschießen sollen. Voller Blauäugigkeit wird da kundgetan, dies wäre doch kein Kriegseintritt, weil keine russischen Soldaten getroffen würden. Allerdings scheint fraglich, ob das Rußland auch so sieht und nicht doch irgendwann eine Kinschal, die auch taktische Kernsprengköpfe tragen kann, nach Rammstein fliegt. Im Mai übte Rußland zum wiederholten Mal den Einsatz solcher taktischen Kernwaffen. Wohl kaum zum Spaß.

Noch warnt Scholz vor derartigen Eskalationen. Sogar sein Kriegsminister Pistorius erklärte, daß die BRD »und andere Länder nicht ernsthaft über die Möglichkeit diskutieren, russische Raketen und Drohnen über der Ukraine abzuschießen – das wäre eine direkte Beteiligung an dem Konflikt«. Ähnlich wäre das, wenn von der BRD gelieferte TAURUS-Marschflugkörper gegen die Krimbrücke oder andere Ziele in Rußland eingesetzt würden. In dem abgehörten Gespräch der Bundeswehrgeneräle hatten diese darauf explizit hingewiesen, weil ohne direkte Beteiligung von bundesdeutschem Fachpersonal, insbesondere der Lieferung genauer Zieldaten, solche TAURUS-Angriffe gar nicht funktionieren würden.

Übrigens würde, wenn sich NATO-Mitgliedsstaaten direkt in fremde Konflikte einmischen, schon rein formal das Beistandsgebot der NATO nicht wirken. Die beteiligten NATO-Staaten wären also bei möglichen Gegenschlägen auf sich allein gestellt. Die USA hatten schon vor längerem deutlich gemacht, daß selbst ein russischer Gegenschlag mit taktischen Kernwaffen in Europa keineswegs ein automatisches militärisches Engagement der USA zur Folge hätte.

Kanzler Scholz hat also allen Grund, weiterhin der »Zögerer« zu sein. Hoffen wir, daß er das bis zu seiner Abwahl 2025 durchhält.

GERD MARKMANN

Klimacamp gegen Atomwaffen

Vom 3. bis 7. Juli lädt der ICAN e.V. zum Klimacamp in Nörvenich ein, einem Ort des gemeinsamen Lernens, der Vernetzung und der Kreativität.

Die Klimakrise und die nukleare Aufrüstung bedrohen nicht nur unsere Umwelt, sondern auch das Leben auf unserem Planeten. Gemeinsam mit der IPPNW, dem Netzwerk Friedenskooperative und Greenpeace wollen wir die drängendsten Krisen unserer Zeit in den Fokus rücken und uns der Zerstörung unseres Planeten in den Weg stellen.

Der deutsche Atomwaffenstützpunkt Büchel wird derzeit umgebaut, darum sind die »Büchel-Aktionstage« 2023 nach Nörvenich umgezogen, wo die Bundeswehr den Einsatz von Atomwaffen weiterhin trainiert. Laßt uns zusammen für eine Welt ohne die Bedrohung durch Atomwaffen kämpfen.

MARIAN LOSSE, ICAN Deutschland e.V.

BSW Brandenburg gegründet

Schwedt (bbp). Am ersten Juniwochenende trafen sich in Schwedt die Brandenburger Mitglieder der neuen Partei BSW – Bündnis Sahara Wagenknecht, um ihren Landesverband zu gründen. AMIRA MOHAMED ALI hielt eine einführende Rede.

Im Vordergrund standen die Formalien der Gründung, zu der die Wahl eines Vorstandes und der Beschluß über eine Satzung gehörten.

Von den etwa 40 Brandenburger Parteimitgliedern waren 33 anwesend, die ROBERT

CRUMBACH zum Landesvorsitzenden wählten. Ihn unterstützen ANDREAS KUTSCHE (Brandenburg a.d.H.) und NIELS LÜDERS (Strausberg) als stellvertretende Vorsitzende sowie JERNOU CHAHIN (Cottb.) als Schatzmeister. Zum Geschäftsführer wurde STEFAN ROTH (Senftenberg) gewählt. Zudem gehören dem neu gebildeten BSW-Landesvorstand vier Beisitzer an: JOULEEN GRUHN (Michendorf), MELANIE MATZIESKÖHLER (Falkensee), DETLEF TRABBERT (Bürgermeister Templin) und JENNY MEYER (Bernau).

Glasfaserausbau in Bernau gefordert

Bernau (bvb/bbp). Zur letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Bernau vor der Kommunalwahl wartete die Fraktion BVB/ Freie Wähler nochmal mit einer Beschlußvorlage auf, mit dem Ziel, den Glasfaserausbau in allen Bernauer Orts- und Stadtteilen stärker voranzutreiben.

Hierzu soll die Stadtverwaltung über ein eigenes für Kommunen eingerichtetes »Eigenwirtschaftliches Ausbau-Portal« (EWA-Portal) für den Glasfaserausbau mit Telekommunikationsunternehmen in Kontakt treten und die konkrete Planung angehen. Zugrunde liegt das Ziel der Bundesregierung, die gesamte BRD bis 2030 flächendeckend mit Glasfaser zu erschließen, wozu die Kommunen ab sofort dazu verpflichtet werden, über das besagte EWA-Portal sogenannte »Branchendialoge« zu führen. Die Branchendialoge finden zwischen den Kommunen und den Telekommunikationsunternehmen statt. Wenn kein Unternehmen Stadt- oder Ortsteile eigenwirtschaftlich

ausbauen will, kann die Kommune Fördermittel von der Bundesregierung für den Glasfaserausbau erhalten.

Auch wenn es in Bernau bereits seit 2021 eine Kooperationsvereinbarung mit dem Provider DNS:NET gibt, hat diese nach Auffassung der Einreicher »offensichtlich nicht die erhoffte Wirkung beim Glasfaserausbau entfaltet. Und auch wenn die Deutsche Telekom den Glasfaser-Ausbau für bis zu 8.000 Bernauer Haushalte angekündigt hat – was wir begrüßen – gibt es weiterhin viele 'weiße' (Datenrate kleiner als 30 Mbit/s) und 'graue' Flecken (Datenrate unter 200 Mbit/s) in verschiedenen Bernauer Stadt- und Ortsteilen.«

Bereits in der vorletzten Stadtverordnetenversammlung stellte die Fraktion den erfolgreichen Antrag auf flächendeckendes, kostenfreies WLAN in der gesamten Bernauer Innenstadt. Mit dem sich nun anschließenden Gigabit-Antrag folge ein weiterer »Digitalisierungs-Vorschlag«.

Glasfaserausbau in eigener Regie

Eberswalde (bbp). Die Wohnungsgenossenschaft 1893 Eberswalde e.G. will den Glasfaserausbau für ihre Häuser selbst in die Hand nehmen. Die Auftragsvergabe erfolgte an die Eberswalder TELTA Citynetz GmbH.

In Finow wurde mit dem Ausbau bereits begonnen. Bis November 2025 sollen alle Woh-

nungen der Genossenschaft mit Glasfaser ausgestattet sein. Dadurch werde gewährleistet, daß die vertraglich vereinbarte Datenrate auch tatsächlich in der Wohnung ankommt. Die Genossenschaftsmitglieder erhalten dann Angebote von TELTA, können aber natürlich auch ihren Anbieter beibehalten.

Nachruf für Rudolf Behm

Der Verein HAUS DER NATURPFLEGE E.V. hat einen guten Freund verloren. Kurz vor Vollendung seines 93. Lebensjahres starb der Wissenschaftler und Naturschützer Rudolf Behm am 05.05.2024.

Zum Herbstfest in diesem Jahr wird seine Bank leer bleiben. Immer, wenn seine Gesundheit es zuließ, besuchte er uns vor allem auch an diesem Tag. Bei Kaffee und Kuchen saß er neben seiner Behmhütte, die wir eingerichtet hatten, um seine Leistungen bei der Durchsetzung der Mulchmethode zu würdigen. Gern diskutierte er mit den Besuchern und gab ihnen Tips zur Bewirtschaftung ihres Gartens. Meist brachte er ein kleines Geschenk mit, wie neue Tafeln für seine Ausstellung oder eine seltene Pflanze, die wir im Mulchgarten anbauen konnten.

Der Praktiker Kurt Kretschmann und der Wissenschaftler Rudolf Behm wurden gute Freunde. Kurt sammelte damals neue Erfahrungen mit der Mulchmethode und Rudolf Behm hatte bisher 30 Jahre die konventionelle Gartenbaumethode mit der Kompostwirtschaft in seinem Garten angewandt.

Als erfahrener Bodenkundler schien ihm die neue Methode, im Sinne der Natur zu gärt-

nern, logisch, und so begannen sie beide, systematisch ihre Erfahrungen auszutauschen und aufzuschreiben. Während Kurt die Erfolge des Mulchens nach der Anzahl der Regenwürmer auf einer bestimmten Fläche und die Erträge miteinander verglich, untersuchte Rudi die chemischen Werte im Labor, die sich zunehmend verbesserten. Er legte z.B. Versuchspflanzungen an, indem er ein konventionelles Beet mit unbedecktem Boden und ein Mulchbeet nebeneinander mit den gleichen Pflanzen bestückte und diese miteinander verglich.

1992 gaben sie gemeinsam die 1. Auflage des Buches »Mulch total - Garten der Zukunft« heraus, 2001 die 2. überarbeitete Auflage und heute liegt uns das Buch in seiner 5. Auflage vor.

Anfangs wurden sie belächelt, denn der Garten sah sehr ungewohnt aus. Wer die Methode aber probierte, merkte schnell, daß er durch die ständige Bodenbedeckung weniger Unkraut hat und weniger Wasser verbraucht. Mittlerweile gibt es viele Nachahmer ihrer Mulchmethode, sogar in der großen Landwirtschaft.

Haus der Naturpflege e.V., Bad Freienwalde

Rudolf Behm am 6. Juni beim Pressefest zum 20jährigen Jubiläum der »Barnimer Bürgerpost« im Ulrichspeicher in Eberswalde. Für das Fest hatte er einige seiner Ausstellungstafeln mitgebracht, mit denen er über die Mulchmethode und Aktivitäten seiner Freunde Erna und Kurt Kretschmann informierte. Auf weiteren Tafeln warb Rudolf Behm für alte und seltene Tomatensorten sowie für den Anbau von Topinambur und Comfrey im Garten.

FOTO: THOMAS WOSSING



Anzeige

„Menschen, die wir lieben, bleiben für immer, denn sie hinterlassen Spuren in unseren Herzen.“



• 06.05.1931
• 05.05.2024

Rudolf Behm

oder lieber Rudi, wie dich Freunde, Kollegen und Bekannte genannt haben:

Du bist leider von uns gegangen. Wir sind unendlich traurig darüber, blicken jedoch in tiefer Dankbarkeit und wacher Erinnerung auf Dein Leben zurück. Insbesondere danken wir dafür, dass wir ein Stück des Weges mit Dir gemeinsam zurücklegen konnten. Wie oftmals schon während Deiner Lebenszeit, bist du auch jetzt nun voran gegangen.

Am Ende des Wegesziels wünschen wir Dir vor allem Frieden und Geborgenheit!

In stiller Trauer:
Daniel Fischer: Ein Freund, Weggefährte und dankbarer Schüler



Die Trauerzeremonie mit anschließender Urnenbeisetzung findet am Freitag den **7. Juni 2024 um 11:00 Uhr** auf dem Friedhofsgelände in 16259 **Brallitz** statt (nördlich von Bad Freienwalde). Bei Bedarf besteht im Anschluss die Möglichkeit, dass die Trauergemeinde in Bad Freienwalde zu einem kleinen Austausch und Beisammensein zusammenfinden kann.

Wir trauern um unseren Freund und langjährigen Mitstreiter

Rudolf Behm

6.5.1931 – 5.5.2024

Als Gründungsmitglied des BARNIMER BÜRGERPOST E.V. hat er maßgeblich zur Entwicklung unseres Vereins und unserer unabhängigen Leserzeitung beigetragen.

Zahlreiche Artikel in der »Barnimer Bürgerpost« stammen aus seiner Feder. Oft ging es dabei um Naturschutzthemen, wie den Erhalt der Alleen. Als gelernter Diplomchemiker und aktiver Gärtner unterstützte er theoretisch und praktisch die Ideen seines Freundes Kurt Kretschmann zur Mulchwirtschaft in Garten und Landwirtschaft. Die Erinnerung an Kurt Kretschmann wachzuhalten, war ihm Herzenssache.

Noch im hohen Alter gelang ihm die Fertigstellung der 5. Auflage seines gemeinsamen Buches mit Kurt Kretschmann »Mulch total«. Als Ko-Autor ergänzte er seinen Teil um viele neue Untersuchungsergebnisse aus Bodenproben verschiedener Mulchgärten. Das kostete viel Kraft und er war sehr stolz darauf, daß ihm dies noch gelang.

An weiteren Ideen mangelte es ihm nicht, wohl aber an der Kraft, diese in seinen letzten Lebensjahren noch umzusetzen. Er dürfte so einiges an wertvollen Notizen, Fragmenten und unveröffentlichten Manuskripten hinterlassen haben.

Wir werden Rudolf Behm nicht vergessen und sein ideelles Erbe für die Öffentlichkeit bewahren.

SVEN WELLER,
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.
GERD MARKMANN,
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«
Dr. MANFRED PFAFF,
Vorstand des Barnimer Bürgerpost e.V.

Ich will eine Eiche sein

Ich will den vollen Sonnenschein,
Den unendlichen Himmel,
Das Tagesgrauen und die Dämmerung.
Ich will meine Äste strecken können
In alle Weiten,
Unbeengt und frei.
Ich fürchte den Wind nicht
Und den heulenden Sturm.
Auch Blitz und Donner schrecken nicht.
Ich kenne die Kraft meiner Wurzeln
Und die Kraft meines Willens!
Und wenn ich sterbe in wilder Wetternacht,
Dann, im Tode noch, sollen bizarr und verwegen
Die auseinanderbrechenden Äste
Meinem Leben und Streben
Den trutzigen Abschluß geben.
Ich will eine Eiche sein!

KURT KRETSCHMANN (1936) | 3

Zahlungsunwillig oder pleite?

Eberswalde (bbp). Wie der Stadtverordnete CARSTEN ZINN erfahren hat, verfügen die Einkaufszentren »Heidewald« im Brandenburgischen Viertel und »Kleiner Stern« in Finow seit dem 1. Juni 2024 über keinen Hausmeister mehr. Beide Zentren gehören inzwischen verschiedenen Eigentümern. Wie Zinn zu berichten weiß, habe der seit fast zwei Jahrzehnten für die Comer-Gruppe und zuletzt auch für den neuen »Heidewald«-Eigentümer SAHID SANLI tätige Objektbetreuer »einfach nur noch die 'Schнауze' voll und scheinbar auch keinen Bock mehr, als ständiger Blitzableiter für die Eigentümergesellschaften herhalten zu müssen«.

Das Entsorgungsunternehmen habe die Müllcontainer eingezogen, weil der »Heidewald«-Eigentümer seit längerem seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachgekommen war. Das Zahlungsverhalten der Sanli-Firmen hat sich mittlerweile offenbar herumgesprochen. Laut Zinn würden Unternehmen und Gewerbetreibende, »wenn überhaupt, nur gegen Vorkasse tätig«. Dies sei offenbar auch der Grund, weshalb die Personenaufzüge nicht funktionieren.

»Abschließend sei persönlich angemerkt«, so Zinn, »daß weder Luke Comer noch die Eigentümergesellschaft um Sahin Sanli entscheidungsfreundliche und zukunftsorientierte Investoren sind. Für mich sind beide Eigentümergesellschaften gnadenlose Immobilienspekulanten und betriebswirtschaftliche Abzocker. Denen geht das Schicksal der betroffenen Bevölkerung speziell in beiden stark betroffenen Orts- teilzentren Brandenburgisches Viertel und Finow eiskalt am 'verlängerten Rücken' vorbei.« Dies gelte auch für die Patienten der dort ansässigen Ärzte und Zahnärzte. Zinn verweist dabei auch auf die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen für die medizinischen Versorger, die für ihre mobilitätseingeschränkten Patienten nicht mehr erreichbar sind.

Inzwischen, so Zinn, soll auch das von Sanli beauftragte Sicherheitsunternehmen ELKO SICHERHEIT GMBH die vertraglich gebundenen Dienstleistungen mit sofortiger Wirkung eingestellt haben. Maßgeblicher Grund soll auch in diesem Fall sein, daß Sanlis Eigentümergesellschaft keine Rechnungen mehr bezahle.

Den Spekulationen über Sanlis wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind somit Tür und Tor geöffnet. Carsten Zinn weist auf eine weitere »Baustelle« hin: So sollte das Brandschutzkonzept für den »Heidewald« bereits bis Ende April 2024 den neuen Erfordernissen angepaßt worden sein. Daß dies tatsächlich geschehen ist, sei bis dato nicht bekannt. Zinn befürchtet, daß das Brandschutz- und das Bauordnungsamt »die ordnungsbehördliche Reißleine ziehen müssen«, mit der Konsequenz, daß das Nahversorgungszentrum über einen längeren Zeitraum schließen müßte.

Nuclearban Radmarathon

Eberswalde (prest-ew/bbp). Die Stadt Eberswalde ist Mitglied der »Mayors for Peace«-Initiative und unterstützt Aktionen, die die Öffentlichkeit für das gemeinsame Anliegen einer Welt ohne Atomwaffen sensibilisieren. Im Sinne der Förderung einer Kultur des Friedens und der Diplomatie setzt sich die »Mayors for Peace«-Initiative dafür ein, die Welt sicherer und friedvoller zu gestalten. Die Erste Beigeordnete und Baudezernentin Anne Fellner begrüßte in diesem Sinne am 1. Juni die Teilnehmer des »Nuclearban Radmarathon Berlin« am Wald-Solar-Heim in Eberswalde.



FOTO: ROLDAND BLACH

Die Erste Beigeordnete Anne Fellner empfängt im Wald-Solar-Heim in Eberswalde die Teilnehmer des Radmarathons für den Frieden.

»Aus tiefer Überzeugung und einer langen persönlichen Tradition heraus ist es mir ein Bedürfnis, Veranstaltungen zu unterstützen, welche die Mahnung vor einer nuklearen Bedrohung weiterhin im Bewusstsein der Menschen halten. Wer glaubte, daß Worte wie 'Aufrüstung', 'atomare Bedrohung' oder 'Protest' das Vokabular einer vergangenen Zeit seien, wird aktuell eines Besseren belehrt. Die Zeiten bleiben in einem steten Wandel und sie werden leider nicht sicherer. Der Nuclearban Radmarathon ist eine besondere Art der Demonstration für den Frieden, den ich in Eberswalde begrüße und mich darüber freue, daß wir hier einen gemeinsamen Appell für eine atomwaffenfreie, friedliche Welt formulieren können«, beschreibt Anne Fellner ihr Anliegen, die Teilnehmer des Radkorsos zu empfangen.

Die Fahrraddemonstration »Nuclearban Radmarathon Berlin« verlief über eine Strecke von 280 km bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von Tempo 28. Etwa 60 Rennradfahrende mit Begleittroß und einer ganz besonderen Friedensdemo waren erstmalig eintägig in und um die Bundeshauptstadt unterwegs.

Die Strecke führte nach dem Start am Brandenburger Tor auf den Spuren des Mauerradwegs in den Berliner Norden bevor das Land Brandenburg erreicht wurde. Haltepunkte mit Kundgebungen und Empfängen, organisiert von Stadtverwaltungen und Engagierten der lokalen Zivilgesellschaft, gab es in Eberswalde, Strausberg, Königs Wusterhausen und Potsdam, bevor es wieder in die Bundeshauptstadt zurückging, um dort in einigen Schleifen die letzten 60 km zurückzulegen. Nach einer letzten Zwischenstation an der Friedensglocke fand der Abschluß vor dem Bundeskanzleramt statt.

Eine abwechslungsreiche Fahrt für die Rennradcracks aus Berlin, dem Umland und dem Südwesten der Republik. Das großstädtische Flair mit pulsierendem Leben, vorbei an geschichtsträchtigen Orten, Botschaften, Ministerien und Friedenssymbolen, aber auch durch die wunderbare Landschaft an den Seen und im Grunewald. In Brandenburg ging die Fahrt durch oft dünnbesiedelte Landschaft. Vorbei an ehemaligen Atombunkern aus DDR Zeiten und einem Halt auf dem Hiroshima-Nagasaki-Platz in Potsdam. Unweit davon steht die sogenannte Truman Villa. Von dort aus erließ der damalige US-Präsident den Befehl für die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki.

Im Fokus stand kurz vor der Europawahl die Stärkung des Atomwaffenverbotsvertrages, den bisher 70 Staaten ratifiziert haben. Ende 2023 trafen sich die Vertragsstaaten in New York – zum Austausch und für weitere Schritte. Seit Januar 2021 sind Atomwaffen verboten. Ausschlaggebend dafür waren 122 Staaten der UNO, die im Juli 2017 den Vertrag beschlossen hatten. Und das große Engagement der Zivilgesellschaft, koordiniert von der internationalen Kampagne für die Abschaffung aller Atomwaffen (ICAN), die dafür im Dezember 2017 mit dem Friedensnobelpreis in Oslo ausgezeichnet wurden. Für den bahnbrechenden Einsatz, über die humanitären Konsequenzen eines Einsatzes von Atomwaffen und deren Folgen für Mensch und Umwelt aufzuklären.

Die FRIEDENSWERKSTATT MUTLANGEN als Ausrichter der Tour und die unterstützenden Organisationen IPPNW DEUTSCHLAND, ICAN DEUTSCHLAND (jeweils mit Sitz in Berlin) und OHNE RÜSTUNG LEBEN sind als Teil der über 600 Partnerorganisationen von ICAN in über 100 Ländern auch Friedensnobelpreisträger, zusammen u.a. mit den über 8.000 MAYORS FOR PEACE weltweit, darunter Berlin, Eberswalde, Königs Wusterhausen und Potsdam. Der RSC Bretten, der Sport- und Jugendverein WfF Berlin-Brandenburg und das Magazin RennRad unterstützen die Versammlung.

Stellenplanänderung auf kurzem Weg

Eberswalde (bbp). Im April hatten die Eberswalder Stadtverordneten einer Änderung des Stellenplans zugestimmt. Dabei ging es um die Schaffung von zwei zusätzlichen Stellen für Jugend- und Sozialarbeiter bei der Stadt Eberswalde ab dem 1. August 2024. Die Stadtverwaltung erntete einige Kritik, weil sie diese wichtige Angelegenheit nicht vorher im zuständigen Fachausschuß für Wirtschaft und Finanzen (AWF) vorgelegt hatte.

Auf Nachfrage erklärte der Finanzdezernent MAIK BERENDT die Nichtbehandlung im AWF damit, daß die Schaffung dieser Stellen auf einem Auftrag durch die Stadtverordnetenversammlung beruht. Bis zum 31. Juli gibt es einen Leistungsvertrag mit dem Freien Träger BUCKOW E.V. zur Erbringung von Leistungen in der Jugend- und Sozialarbeit. Dieser Vertrag soll aus Gründen, die der Dezernent nicht nannte, nicht mehr fortgeführt oder verlängert werden. »Zielsetzung ist es, eine konstante und qualitative Stellenbesetzung zu ermöglichen, eine Verbesserung der Steuerung der Arbeitsqualität zu erreichen, Kommunikationswege zu minimieren sowie eine schulübergreifende Vertretung sicherzustellen. Aufgrund des

Auslaufens des Vertrages wurde angeregt, diese Aufgaben mit städtischem Personal durchzuführen.« Die finanziellen Mittel für die Aufgabenerledigung, die bisher an den Buckow e.V. gingen und künftig für die Personalkosten verwendet werden sollen, sind bereits im Haushalt geplant. Daher, so der Dezernent, »wurde die Vorlage direkt an das zuständige Gremium für die notwendige Anpassung des Stellenplans - hier die Stadtverordnetenversammlung - gerichtet.«

Dezernent Behrendt stellte zudem klar, daß es nicht um einen Betriebsübergang gemäß § 613a BGB handelt. »Bei der Bereitstellung von Schulsozialarbeitern durch den Freien Träger Buckow e.V. handelt es sich um eine Leistung, die durch die Stadt Eberswalde ausgeschrieben wurde. Der Zuschlag wurde mit dem genannten Träger bis zum 31.07.2024 erteilt und die Leistungserbringung vertraglich vereinbart. Der Leistungsvertrag wurde nicht verlängert.« Nach der Beschlußfassung erfolgte »nunmehr die Ausschreibung und Durchführung des Stellenbesetzungsverfahrens im Rahmen einer Bestenauslese, um eine zeitnahe Besetzung der Stellen zu gewährleisten.«

Demo gegen den Regionalplan

Am 21. Mai stand die Verabschiedung des Integrierten Regionalplanes Uckermark-Barnim auf dem Programm der Versammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft in der Stadthalle Eberswalde. Die Bürgerinitiative (BI) »Erneuerbare Energien: Nur mit uns« aus Groß Schönebeck hatte dazu vor dem Gelände des Familiengartens zu einer kleinen Kundgebung eingeladen. Auch die BI »Erneuerbare Energien Lichterfelde: Nur gemeinsam« hat sich beteiligt.

Hintergrund zu diesem Aufruf war der Umgang mit den Stellungnahmen zum Entwurf des Integrierten Regionalplanes von den Trägern Öffentlicher Belange, Gemeinden und Kommunen, Naturschutzverbänden und Bürgern. Gemäß den Aussagen der Regionalen Planungsgemeinschaft wurden lediglich »redaktionelle Änderungen« eingearbeitet. Weitergehende Einlassungen mit Auswirkungen auf die getroffenen Festsetzungen des Regionalplanes wurden mit Hinweis auf eine erneute öffentliche Auslegung, die im Falle einer Berücksichtigung nötig wäre, abgewiesen. (BBP 5/2024)

Da mündlich in den Sitzungen vorgetragene Einwendungen durch uns Bürger immer wieder abgeschmettert wurden, haben wir uns zu diesem Schritt in die Öffentlichkeit entschieden. Es geht nicht um die Verhinderung von Maßnahmen zur Energiewende. Der Regionalplan betrifft auch viele andere Berei-

che wie Rohstoffgewinnung, Gewerbe-, Industrie- und Siedlungsgebiete sowie Freiraumverbund, Tourismus und Mobilität. Allerdings sind andere wichtige Themen wie Hochwasserschutz und Wasserhaushalt, Landwirtschaft und Böden sowie Photovoltaikanlagen aus der Bearbeitung des »Integrierten« Regionalplanes ausgegliedert worden, so daß die Wechselwirkungen der verschiedenen Festsetzungen untereinander aus unserer Sicht nicht vollumfänglich betrachtet werden. Zudem lagen dem Planungsausschuß der Planungsgemeinschaft als dem vorberatenden und Empfehlung gebenden Gremium wegen der fehlenden Abwägungsdokumentation weder die Stellungnahmen noch die einzelnen Gewichtungen und Begründungen zu den verschiedenen Einlassungen vor, so daß nur oberflächliche Einschätzungen möglich waren.

Aus unserer Sicht ist dies kein demokratischer Umgang mit Behörden und Bürgern. Das entspricht nicht den Grundsätzen eines öffentlichen Beteiligungsverfahrens. Grundlagen der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, der Geschäftsordnung und des Leitbildes der GEMEINSAMEN LANDESPLANUNG BERLIN-BRANDENBURG und der REGIONALEN PLANUNGSGEMEINSCHAFT werden nicht eingehalten.

Das ist für uns, die betroffenen Bürger, nicht hinnehmbar.

DAGMAR AHLHELM
(Seite 8)

Bürgerbudget

Eberswalde (prest-ew/bbp). Für das 13. Bürgerbudget, über das beim »Tag der Entscheidung« am 7. September abgestimmt wird, können noch bis zum 30. Juni Vorschläge eingereicht werden.

»Beim Abstimmungsort wird es in diesem Jahr eine Veränderung geben. Der TAG DER ENTSCHEIDUNG 2024 geht in die Innenstadt. In diesem Jahr findet die Abstimmung zum Eberswalder Bürgerbudget im Paul-Wunderlich-Haus statt«, informiert der städtische Kämmerer Maik Behrendt. Grund ist eine zeitgleich im Familiengarten stattfindende Veranstaltung, wegen der kurzfristig umgeplant werden mußte. An dem Zeitfenster für die Abstimmung wird sich dadurch nichts ändern. Es kann, wie gewohnt, in der Zeit von 10 Uhr bis 18 Uhr vor Ort abgestimmt werden. Wie in den Jahren zuvor wird im Vorfeld eine Online-Abstimmung möglich sein.

Ideen und Vorschläge können auch rund um die Uhr unter www.eberswalde.de/vorschlagen eingereicht werden.

Datschensiedlung wird Wald

Schorfheide (bbp). Die Gemeindevertreter von Schorfheide haben im April Änderungen zu ihrem Flächennutzungsplan (FNP) beschlossen. Das Verfahren ist im Baugesetzbuch geregelt. Beschlossen wurde zunächst der Vorentwurf und die »frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit...«. Nicht wenige Betroffene fühlen sich dennoch übergangen.

Konkret geht es um das Gebiet am Üdersee, das bisher als Sondergebiet für Wochenendhäuser ausgewiesen wird. Nach dem neuen FNP werden vor allem am Nordufer des Üdersees größere Teile davon als Fläche für Wald deklariert. Inzwischen hat sich dagegen ein Aktionsbündnis gebildet.

Dieses sieht die entscheidende Einschränkung darin, daß »dann nicht mehr Baurecht nach § 5 Satz 2 (1) BauG gilt«. Die dortigen Datschenbesitzer genießen zwar weiterhin Bestandsschutz, doch ist ihnen künftig »die Errichtung jeglicher Bauten, dazu zählen auch Zäune, Wohnwagen, Aufpflasterungen, Carports, Kinderspielhütten, Sandkästen, Abwassergruben u.v.m. absolut verboten. Auch ist der Wiederaufbau eines Wochenendhauses nach Abbrand nicht möglich, weil das Bauen an sich verboten ist.« Damit droht, so die Befürchtung, ein erheblicher Wertverlust für Datsche und Grundstück.

Nach dem Beschluß der Gemeindevertretung ist der Entwurf des neuen FNP nun öffentlich auszulegen. Die Betroffenen erhalten die Möglichkeit, schriftlich ihre Einwände geltend zu machen. Das ist die Voraussetzung, um später weitere Rechtsmittel anwenden zu können.

Neuer Treffpunkt

Eberswalde (prest-ew). Das gemeinsame Bauen im Quartier ist ein zentraler Teil des Projektes »Gemeinsam wachsen!«, welches durch die Stadt Eberswalde in Zusammenarbeit mit dem Projektpartner BÜRO BLAU gGmbH ins Leben gerufen wurde.

Das Quartiersmanagement des Brandenburgischen Viertels hat den Wunsch nach einem neuen Treffpunkt und den Bedarf der Menschen aufgegriffen. Seit Februar 2024 wurden gemeinsam mit den Projektteilnehmenden Ideen gesammelt. Umgesetzt werden ein Pavillon, Sitzgelegenheiten, Hochbeete und vieles mehr für den Park im Viertel. Unter fachlicher Anleitung können die Teilnehmenden ihre Fähigkeiten auf der Baustelle einbringen und dazu beitragen, daß der Barnim Park zu einem blühenden Treffpunkt für die Gemeinschaft wird. Am Freiwilientag (4. Mai) wurden die Randeinfassung des Platzes gemeinsam bemalt und die Eröffnung der Baustelle gefeiert.

Das Projekt »Gemeinsam wachsen!« ist Teil der BIWAQ-Initiative des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Das im Rahmen des BIWAQ-Programms durch das Bundesministerium und die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds (ESF Plus) geförderte Projekt unterstützt Menschen aus dem Viertel beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt sowie bei der beruflichen Orientierung.



FOTO: STEFANIE LOOS (STADT EBERSWALDE)

Die symbolische Förderurkunde wird überreicht (v.l.n.r.): Martin Fischer, Projektmitarbeiter Büro Blau; Ingrid Lankenau, Projektleiterin Büro Blau; Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und Sarah Schmidt, Leiterin des Amtes für Generationen, Sport und Integration der Stadt Eberswalde.

www.barnimer-buergerpost.de

»Epochengespenster China«

Die nächste RotFuchs-Veranstaltung in Bernau ist für den 20. Juli, 15 Uhr geplant. Eingeladen ist Dr. Wolfram Adolphi zum Thema »Epochengespenster China - und die Herausforderungen auf den Wegen in eine menschenwürdige Zukunft«. Ort: Treff 23, Breitscheidstr. 43 a in Bernau.

KLAUS-DIETER JÄSCHKE

Wahlkampf in Eberswalde

Kostenpflichtige Erlaubnis für »erlaubnisfreie Sondernutzung«

Am 9. Juni wurden im Land Brandenburg die kommunalen Volksvertretungen gewählt. Zugleich fanden auch die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Zahlreiche Wahlplakate hingen an den Laternenmasten. Zugleich sind die Briefkästen mit Faltblättern, Karten und Flugzetteln gefüllt. Die Wahlbewerber wollten sich schließlich bekannt machen und ihren potentiellen Wählern verkünden, welche Ziele sie erreichen wollen, sofern sie gewählt werden – wohl wissend, daß die Wahlversprechen das eine sind und die dann praktizierte »Realpolitik« das andere. Eine dritte Form des Wahlkampfes besteht für die Wahlbewerber darin, den direkten Kontakt zu ihren potentiellen Wählern zu suchen, zum Beispiel mittels Infoständen. Solche gab und gibt es natürlich auch in Eberswalde.

So suchten beispielsweise zum Mittwochsmarkt auf dem Potsdamer Platz am Vormittag des 29. Mai – bei dem um 11 Uhr auch die erste »Helle Stunde der Kultur« stattfand – gleich zwei Parteien bzw. Listenvereinigungen den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern. An gut sichtbarer Stelle direkt vor dem Einkaufszentrum »Heidewald« präsentierte sich die CDU. Der Stand war ordnungsgemäß angemeldet, wofür die Stadtverwaltung eine Gebühr von 20 Euro kassierte – und der konkrete Platz war zugewiesen worden. Die Wahlkämpfer der CDU konnten ihre Materialien gut an den Mann oder die Frau bringen und zeigten sich zufrieden, so daß sie ihren Stand nach etwa anderthalb Stunden wieder abbauten.

Zeitgleich hatte die Listenvereinigung Die PARTEI – bestehend aus der Partei Die PARTEI, der Alternativen Liste Eberswalde (ALE) und der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« – ihren Stand auf dem ihr ebenfalls von der Stadtverwaltung zugewiesenen Platz am hinteren Ende des Potsdamer Platzes bei den Mülltonnen des DRK-Altersheims aufgebaut. Auch hierfür kassierte die Stadtverwaltung 20 Euro an Gebühren. Von den Marktbesuchern bekam von diesem Stand kaum jemand etwas mit. Erst nachdem der Fleischerwagen wegfuhr, wurde die Sicht auf den PARTEI-Stand etwas freier. Da war allerdings kaum noch jemand auf dem Potsdamer Platz. Selbstverständlich wird niemand behaupten können



FOTO: THOMAS GADICKE

Diesem Wahlträger hatte die Stadtverwaltung einen Standort an der letzten Ecke des Potsdamer Platzes, hinter den Verkaufsständen und vor den Mülltonnen des benachbarten Altersheims, zum Aufbau seines Infostandes zugewiesen.

oder wollen, hier wäre seitens der Stadtverwaltung bewußt die eine Partei bevorzugt oder der andere Wahlträger benachteiligt worden. Auch wenn diese Sache durchaus als seltsam erscheinen mag.

Allerdings wäre zu hinterfragen, wieso hier überhaupt gebührenpflichtige Erlaubnisse erteilt wurden.

Sucht man nach einer möglichen Rechtsgrundlage für eine Erlaubnis zur Aufstellung von Infoständen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen, so stößt man nach kurzem Suchen auf die Sondernutzungssatzung der Stadt Eberswalde. Darin wird geregelt, wie zu verfahren ist, wenn öffentliche Straßen und Plätze in der Stadt über den üblichen Gemeindegebrauch hinaus genutzt werden sollen. Gewerbliche Nutzungen müssen beantragt werden und sind gebührenpflichtig. Im § 9 werden die »erlaubnisfreien Sondernutzungen« beschrieben. Diese müssen nicht beantragt (§ 5), noch nicht einmal angezeigt (§ 8) werden. Zu den erlaubnisfreien Nutzungen gehören u.a. das »Verteilen von Flugblättern politischen oder anderen nicht gewerblichen Inhalts« sowie »nicht gewerbliche Infostände«.

Offenbar hat hier die Stadtverwaltung Erlaubnisbescheide erlassen und Gebühren erhoben, zu denen sie gar nicht befugt war.

LISA ROTHE

Mega-Windräder genehmigt

Lichterfelde (bbp). Die drei Mega-Windkraftanlagen in Lichterfelde (BBP 2/2023), eine davon auf Eberswalder Gebiet, sind vom Landesamt für Umwelt genehmigt worden. Das 98 Seiten umfassende Genehmigungsschreiben hat Ronny Böttcher von der Bürgerinitiative (BI) »Erneuerbare Energien Lichterfelde: Nur ge-

meinsam!« Mitte Mai erhalten. Die BI hat sich inzwischen anwaltlichen Beistand eingeholt. Nach einer ersten Durchsicht konnten bereits einige formale und inhaltliche Fehler in der Genehmigung aufgedeckt werden. Derzeit überlegt die Bürgerinitiative, wie sie weiter verfahren wird.

Landtagswahl in Brandenburg am 22. September:

Die Barnimer Kandidaten

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Nach den Kommunal- und Europawahlen am 9. Juni werden die Menschen in Brandenburg ein Vierteljahr später schon wieder an die Wahlurnen gerufen. Am 22. September wird der Landtag neu gewählt.

Noch bis zum 5. August können Wahlvorschläge für die Wahlen zum Landtag Brandenburg eingereicht werden. Im Landkreis Barnim gibt es drei Wahlkreise, in denen mit der Erststimme jeweils ein Landtagsmitglied direkt von den Wählerinnen und Wählern bestimmt werden kann.

Zum Wahlkreis 13 (Barnim I) gehören die Stadt Eberswalde, die Gemeinde Schorfheide und das Amt Joachimsthal/Schorfheide. Der Wahlkreis 14 (Barnim II) besteht aus der Stadt Bernau und den Gemeinden Panketal und Wandlitz. Alle anderen Gebiete im Landkreis sind im Wahlkreis 15 (Barnim III) zusammengefaßt (Stadt Werneuchen, Amt Biesenthal-Barnim, Amt Britz-Chorin-Oderberg).

Außerdem bewerben sich Barnimer über die Landeslisten ihrer Parteien und Vereinigungen, über deren Anteil im neuen Landtag mit der Zweitstimme bestimmt wird. Wer letztlich ein Mandat über diese Listen erringt, hängt von der Reihenfolge auf der Liste ab, die von den jeweiligen Aufstellungsversammlungen bestimmt wird.

Nachfolgend informieren wir über die Barnimer Kandidatinnen und Kandidaten, soweit sie bereits nominiert wurden und der BBP-Redaktion entsprechende Informationen zugegangen sind. In der Reihenfolge der Nennung orientieren wir uns an den Ergebnissen aus der 2019er Landtagswahl.

SPD (2019: 26,2 %): Der Vorsitzende der SPD Barnim und Landtagskandidat im Wahlkreis 13 findet sich als erster Mann hinter den amtierenden SPD-Landtagsabgeordneten bereits auf Listenplatz 19 wieder. Dicht dahinter folgt auf Platz 22 Martina Maxi Schmidt, Vorsitzende der SPD Bernau und Landtagskandidatin für den Wahlkreis 14. Annett Klingsporn, ehrenamtliche Bürgermeisterin von Marienwerder und Landtagskandidatin für den Wahlkreis 15 wurde auf Listenplatz 30 gewählt.

AfD (2019: 23,5 %): keine Informationen

CDU (2019: 15,6 %): keine Informationen

Grüne (2019: 10,8 %): Im Februar hatten die Bündnisgrünen ihre drei Direktkandidaten bestimmt: Torsten Wiebke (Wahlkreis 13), Barbara Brecht-Hadraschek (WK 14) und Sebastian Gellert (WK 15). Die drei finden sich auch auf den Plätzen 22, 11 und 20 der Landesliste.

Linke (2019: 10,7 %): keine Informationen

BVB/Freie Wähler (2019: 5,0 %): Im Wahlkreis 13 kandidiert für die Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen/Freie Wähler Sven Weller aus Finowfurt. Auf der Landesliste besetzt er den Platz 39. Im Wahlkreis 14 steht Péter Vida, zugleich Spitzenkandidat der Liste, auf dem Wahlzettel. Dr. Sabine Buder kann im Wahlkreis 15 direkt gewählt werden. Auf der Landesliste nimmt sie den Platz 2 ein.

FDP (2019: 4,1 %, nicht im Landtag vertreten):

Die Nominierung der FDP-Direktkandidaten zog sich über drei Monate hin. Anfang Januar bestimmte eine Wahlversammlung den Apotheker Christoph Maskow aus Eberswalde zum Direktkandidat im Wahlkreis 13. Einige Tage später wurde in Panketal die Wirtschaftsrechts-Studentin Alicia Fabienne Donat zur Direktkandidatin im Wahlkreis 14 gewählt. Ende März folgte die Nominierung des selbständigen Fotografen Johannes Höhr als Direktkandidat im Wahlkreis 15.

BSW (neu): Die neue Partei Bündnis Sagra Wagenknecht – für Vernunft und Gerechtigkeit (BSW) hat noch keine Kandidaten aufgestellt. Mit der Gründung des Landesverbandes Brandenburg Anfang Juni in Schwedt wurden zunächst die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen. Im Unterschied zu den vorgenannten Parteien und Wählervereinigungen muß die neue Partei für ihre Landesliste und für die Direktkandidaten Unterstützerunterschriften sammeln. Dazu müssen zunächst bei der Wahlbehörde Wahlvorschläge eingereicht werden. Die nötige Zahl an Unterstützerunterschriften muß dann bis spätestens 5. August vorliegen. (bbp)

Wahlsieger in Bernau

Bernau (bbp). Die Wahl zur Bernauer Stadtverordnetenversammlung haben wie bereits 2019 die Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen (BVB/Freie Wähler) gewonnen.

Mit 22,1% konnten die, wie sie sich selbst nennen, »Orangen« ihren Status als stärkste Fraktion verteidigen. Erneut werden 8 Bewerber ins Stadtparlament einziehen. Der Sprecher der Wählergruppe Péter Vida sieht dieses Resultat »als eine Bestätigung unserer Arbeit«.

Die Wählergruppe habe genau die richtigen Themen gesetzt. »In der Zukunft werden daher die Begrenzung der weiteren Bebauung, der Erhalt des Siedlungscharakters und eine bessere Infrastruktur im Mittelpunkt stehen«, so Vida. »Ebenso steht eine gute Ausstattung der Schulen und Kitas ganz oben auf der Agenda« und BVB/Freie Wähler werden ihren Einsatz für den 10-Minuten-Takt der S-Bahn S2 forcieren.

Moralisch bankrott

Ja, was für Vorbilder hat diese Gesellschaft? Jedenfalls keine ideellen, die die Jugend inspirieren könnten. Das einzige, was zählt, ist bauen, bauen, bauen. Die Seele bleibt auf der Strecke. Deswegen erreicht diese Gesellschaft auch nicht die muslimische Gemeinde. Die fühlt sich vom Seelenlosen abgestoßen und hört lieber auf ihre Imame. Der Sozialismus hat wenigstens noch einen Funken Ideelles gehabt, eine Aufgabe für den Menschen, besser zu werden. Aber diese Gesellschaft? Karriere, Geld verdienen, Posten, Absicherung, Bauaufträge, Wachstum. Da ist auch kein Platz für Kinder. Das sieht man jetzt ganz deutlich an der Statistik. Ein Paradebeispiel für das Seelenlose sind unsere alten Wohnblöcke, die nun zu kalten, herzlosen Raumschiffen umgebaut wurden. Wir sind alle der Meinung, das heißt die Nachbarn der Straße, die neuen Chefs hätten alle **eine schwere Geschmacksverirung**. Daß man so etwas genehmigt! Man guckt sich die Skylines der westlichen Hauptstädte an: schon kilometerweit grüßt einem das Seelenlose entgegen, die Härte, das Kalte, die Skrupellosigkeit, das Übers-Ohr-gehauenwerden, die Aktienralley und natürlich der Bankrott! Der kommt am Ende unausweichlich. Moralisch bankrott ist diese Gesellschaft schon lange. Das Land wird nur noch durch das Geld zusammengehalten. Das ist der einzige Gott. Der Mammon! J.G.

Clara-Zetkin-Siedlung:

Erster Ortsbeirat gewählt

Eberswalde (bbp). In dem neuen Ortsteil Clara-Zetkin-Siedlung wurde erstmals ein Ortsbeirat gewählt, anders als in Sommerfelde, Tornow und Spechthausen nicht auf einer Bürgerversammlung, sondern per Urnenwahl.

Zwei Listen mit je einem Kandidat und drei Einzelbewerber hatten sich um die drei Mandate im Ortsbeirat beworben. Marco Seifert (AfD), Oskar Dietterle (BVB/Freie Wähler) und Matthias Ludewig lagen mit 25,9, 23,5 und 24,5 % fast gleichauf. Für die beiden anderen Bewerber Marek Baade (14,4 %) und Randy Neye (11,7 %) reichten die Stimmen nicht.

StVV-Wahl in Bernau

Bernau (bbp). Mit 22,1 % und 8 Sitzen sind BVB/Freie Wähler in Bernau die stärkste Kraft in der 36 Sitze umfassenden Stadtverordnetenversammlung.

Es folgen die AfD mit 19,7 % und 7 Sitzen, die CDU (15,5 %, 6 Sitze), Die Linke (15,0 %, 5 Sitze), SPD (8,9 %, 3 Sitze), Bündnis für Bernau (7,5 %, 3 Sitze) und die Bündnisgrünen (6,3 %, 2 Sitze). Jeweils 1 Sitz errangen Die PARTEI (2,7 %) und die FDP (1,3 %).

Der Kampf geht weiter

Mitte Mai informierte uns das Landesamt für Umwelt über die Genehmigung für die beiden neuen Mega-Windkraftanlagen (WKA) in Lichterfelde sowie eine in der Gemarkung Eberswalde nahe Lichterfelde mit Nabenhöhe von 240 Metern. Unsere Einwände gegen diese Anlagen blieben unberücksichtigt.

Auf die naturschutzrechtlichen und gesundheitlichen Argumente möchte ich hier nicht noch einmal näher eingehen. Diese hat BEATE BLAHY ausführlich erörtert (nebenstehend) und das trifft auch für Lichterfelde zu: Alle drei WKA werden einen negativen Einfluß auf das nahe Naturschutzgebiet Buckowseerinne, das angrenzende Biosphärenreservat sowie auf die Rastplätze der Vögel in der näheren Umgebung auf den Feldern haben.

In Lichterfelde kommt noch der Sonderfall hinzu, daß die beiden WKA auf dem Gelände einer Firma (Gemarkung Eberswalde) sowie im Lichterfelder Bruch (nahe der Biogasanlage) viel zu nahe am Betriebsgelände der dort vier ansässigen Firmen geplant worden sind.

Durch den Bau der beiden Anlagen kann die Sicherheit des Betriebes dieser Firmen nicht gewährleistet werden. Nach unserer Einschätzung wird es aus arbeitstechnischen Gründen nicht erlaubt sein, in der vorgesehenen Nähe der WKA tätig zu sein. Der Brandschutz wurde nicht berücksichtigt. Herabfallende Teile der WKA, was nicht selten vorkommt, gefährden die Sicherheit der Mitarbeiter. Besonders kritisch muß die Nähe zur Biogasanlage gesehen werden. Hier könnte es durch herabfallende (brennende) Teile der WKA zu Gasexplosionen und einer Havarie in einem nicht abschätzbaren Ausmaß kommen. Soweit uns bekannt, hat auch die ansässige Feuerwehr den Bau dieser Anlagen abgelehnt. Im Falle eines Brandes werden Löscharbeiten kaum durchgeführt werden können. Weiterhin ist der Eiswurf zu berücksichtigen, der die dort arbeitenden Menschen verletzen und die Betriebsanlagen beschädigen könnte.

Besonders drastisch ist, daß die WKA im Lichterfelder Bruch nur circa 260 Meter von einer Firmenwohnung entfernt liegt. Diese Wohnung ist amtlich registriert und befindet sich in einem der Betriebsgebäude.

Die drei geplanten WKA werden für die Lichterfelder sowie Natur und Landschaft keine Vorteile, sondern nur gravierende Nachteile mit sich bringen. Profitieren werden hauptsächlich die Projektierer und ein wenig die Grundstückseigentümer, welche die Flächen zur Verfügung gestellt haben. Die Rechnung bekommt der Steuerzahler.

Vor diesem Hintergrund werden wir als BI zum Schutz des Allgemeinwohls gegen den Bau dieser Anlagen kämpfen.

Dr. ANDREAS STEINER, BI Erneuerbare Energien Lichterfelde: Nur gemeinsam!

Windkraftanlagen:

Gefahr für Gesundheit

Regionalplan* gegen Widerstand aus der Bevölkerung beschlossen

Eines wird sehr deutlich: Der Plan soll gegen den Widerstand von ganzen Bevölkerungsgruppen durchgedrückt werden. Bei 400 Einwendungen, die meist substantiell und inhaltlich gut untersetzt waren, kann nicht von einer einvernehmlichen Planentwicklung geredet werden. Auch dieser Plan geht an den Befürchtungen und Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei, und das obendrein mit der gönnerhaften Feststellung, daß man damit ja dem Wildwuchs, der ohne Plan drohe, entgegenrete. Das stimmt leider nicht, denn auch mit dem Plan können Kommunen eigenständig Bebauungspläne aufstellen, um auf ihren Flächen weitere Windräder bauen zu lassen.

Bereits jetzt wird der Bevölkerung Enormes zugemutet, insbesondere in der nördlichen Uckermark, die vor lauter Windrädern als Landschaft kaum noch wahrnehmbar ist. Die vorgetragenen Einwendungen schildern zum Teil sehr eindringlich die gesundheitlichen Risiken, die von dieser Großtechnik für die Bevölkerung ausgehen, als da u.a. sind Infra-schall (dessen krankmachende Wirkung noch immer gelehnet wird), aber vor allem der permanent erfolgende Abrieb von den aus einer komplexen Kunststoffmischung bestehenden Windradflügeln, der pro Windrad in mehreren hundert Kilo pro Jahr erfolgt. Die Fasern sind lungengängig und krebserregend. Diesem Großversuch wird die Landbevölkerung bedenkenlos ausgesetzt. Die psychischen Folgen von Schattenschlag und »Diskobleuchtung« bei Dunkelheit werden ebenfalls nur randlich erwähnt und als eher nebensächlich abgetan.

Durch die großräumige Industrialisierung einer ländlich geprägten Region wird jedoch Tausenden Menschen ein tiefverwurzeltes Heimatempfinden zerstört - die Folgen dessen sind auch politische Unruhen.

Das Berufen auf bestehende Gesetze und Sachzwänge ist vorgeschoben: Gesetze können geändert werden, ihre Durchsetzung muß den örtlichen Gegebenheiten und nicht dem Buchstaben folgen. Dahinter steht ganz unverhohlen das Gewinnstreben ganzer Industrien, nicht aber die Wohlfahrt der Gesellschaft und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.

Überpräsenzte Windkraftanlagen, Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Massentierhaltungsanlagen in wachsender Dichte, industrialisierte Landwirtschaft, die die Böden verdichtet und vergiftet, das Grundwasser kontaminiert, Biodiversität auslöscht, dazu zukünftig auszubeutende Bodenschätze (Sand, Kiese, Ton), deren Lagerstättenöffnung

ebenso tiefgreifende Veränderungen im Landschaftsbild verursachen werden; all das kann zu einem Identitätsverlust für die hier lebende Landbevölkerung führen. Den Sprengstoff, der darin liegt, sollte man nicht unterschätzen.

Von den Folgen für die Biodiversität, den Landschaftswasserhaushalt, die klimatische Ausrichtung im Land ist hier noch gar nicht gesprochen worden. Natur hat keine eigene Stimme, wir Menschen aber sind in der Pflicht, verantwortungsvoll und mitfühlend mit lebenden Wesen umzugehen. Das kann ich im vorgelegten Planentwurf nicht im mindesten erkennen. Bisher noch notdürftig geschützte, zähneknirschend mit Schutzabständen berücksichtigte Vogelarten und Fledermäuse sind großzügig aus dem Katalog der zu beachtenden Arten mit ihren Brutstätten gestrichen worden - zu viele gibt es in Brandenburg davon. Besser kommt man ohne sie vorwärts. Den wenigen, denen ein Schutzwert zugesprochen wird, stehen nur noch so geringe Schutzabstände zu, daß man sie auch gleich ganz streichen kann - es sind nur noch dünne Feigenblätter.

Wenn ich weiter oben von Pflicht geschrieben habe, so gebe ich hier noch einmal eindringlich zu bedenken: Es ist nicht nur unsere Pflicht, die Natur zu bewahren, es ist unser eigenes Überlebensinteresse. Denn ohne sie werden uns all die technischen Hilfsmittel zu Erhalt und Mehrung von »Wohlstand« nichts nützen. Wenn wir unser Bleiberecht auf der Erde behalten wollen, dann müssen wir uns das verdienen. Und das können wir nicht, indem wir nur zu eigenem Nutzen allen andern den Lebensraum streitig machen und zerstören. Am Ende ist es unser eigener Raum, in dem wir nicht mehr leben können werden.

BEATE BLAHY

* - Der Integrierte Regionalplan Uckermark-Barnim wurde am 21. Mai in der 42. Sitzung der Regionalversammlung als Satzung beschlossen. Neben der Sicherung von Flächen für die Windenergie (Vorranggebiete) auf 2,2 % der Fläche, geht es u.a. auch um die Entwicklung von Gewerbebeständen (0,73 % Vorbehaltsgebiete), die Rohstoffsicherung und -gewinnung (0,57 % Vorbehaltsgebiete, 0,23 % Vorranggebiete), den Tourismus (33,9 % Vorbehaltsgebiete), die Siedlungsentwicklung (2,2 % Vorbehaltsgebiete), Verkehr und Mobilität, die Sicherung von bedeutenden Freiräumen (39 % Vorranggebiete) und die Entwicklung kulturlandschaftlicher Handlungsräume. Festgesetzt wurden auch 10 Potentialstandorte für die Wasserstoffproduktion. Der Regionalplan wurde mit 31 Ja-Stimmen bei 8 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen angenommen (<https://uckermark-barnim.de/information/#Satzungsbeschluss>).

Die Bernauer Verkehrsstaus

Mangelverwaltung mittels Entwidmen, Kleinreden und Moderieren

Der übermäßige Verkehr in Bernau ist sprichwörtlich. Sowohl im Bernauer Mobilitätskonzept 2030+ als auch dem Lärmaktionsplan in der vierten Stufe sind hinlänglich große Probleme beschrieben, unter denen die Stadt leidet.

Die Lärmaktionsplanung dient im wesentlichen der Gesundheitsvorsorge und hat gemäß der EU-Umgebungslärmrichtlinie die Vermeidung oder zumindest die Minderung von Lärmproblemen zum Ziel. Leider enthalten Lärminderungsmaßnahmen, die aus Lärmkartierungen resultieren, zumeist nur Investitionen, die das Lärmproblem lediglich verkleinern, aber nicht beseitigen. So wird mit speziellem Asphalt oder besseren Ampelschaltungen prozentual was herausgeholt, aber nur für einen Teil der betroffenen Anwohner.

Weiter steht in Rechnung, daß die wesentlichen Lärmemissionen auf Straßen entstehen, die gar nicht unter kommunaler Hoheit stehen. In dieser Konstellation werden richtiggehend wirksame und tiefgreifende Lösungen weder vorgeschlagen noch in Angriff genommen. Für eine Beseitigung dieser Ursachen wären schlicht eine oder mehrere Umgehungsstraßen vonnöten, die für Bernau die Umleitung von Güter- und Durchgangsverkehr bewirken könnten. Doch die Stadt ist hier sowohl Betroffener als auch Bittsteller zugleich. Und so wiegen solcherart Lösungen politisch ebenso schwer wie sie teuer sind und tauchen in den Analysen der beauftragten Ingenieurbüros gar nicht erst auf.

Aus der öffentlichen Beteiligung des Lärmaktionsplans im Februar resultierte ein Anschreiben des zuständigen Bernauer Dezerats an die Landesregierung. Doch diese wogelte mit einem Schreiben ab. Am 19. April schrieb MLUK¹-Abteilungsleiter Axel Steffen für den Potsdamer Umweltminister zur dargelegten fehlenden Baulastträgerschaft der Kommune Bernau, daß die *»europäischen und nationalen Regelungen zur Lärmaktionsplanung bislang keine eigenständige Rechtsgrundlage darstellen«*, um geforderte Maßnahmen entsprechend durchzusetzen, obwohl die Auslösepegel und Vorsorgegrenzwerte der geltenden Lärmschutzverordnung (16. BLSchV²) dies prinzipiell fordern. Zwar gibt es eine Position der Umweltministerkonferenz 2022 zu *»Eckpunkten zur Verbesserung des Verkehrslärmschutzes«*, wie der Verbesserung des baulichen Lärmschutzes an Bestandsstraßen durch ein bundesweites Förderprogramm für die Lärmsanierung an Straßen kommunaler Baulast. Doch die Umweltressorts der Länder hatten mit ihren Fachgremien bislang keine Einigkeit bezüglich der Rechtsansprüche zum Immissionsschutz erzielt. Die zuletzt geplante Änderung zur 56. Verordnung zur Änderung straßenrechtlicher Vorschriften zur Einrichtung verkehrseinschränkender Rechte für das

FERNSTRASSEN-BUNDESAMT scheiterte Ende 2023 im Bundesratsverfahren am Widerstand mehrerer Bundesländer. Nicht einmal für die simple Idee, die Immissionsschutz-Zuständigkeit der Länder an bestehenden Landesstraßen in Teilen oder in Gänze dem Bund zu übertragen, besteht eine Einigkeit bei den Ländern. Was bleibt da noch übrig? Ein Alleingang von Potsdam in eigener Sache? Wegen Bernau?

Rückblick: Bernau wurde in der Vergangenheit bereits seine beiden Bundesstraßen los. Erst wurde die B273 nach Potsdam bei Gelegenheit des Rückbaus der vierspurigen Protokollstrecke Nähe Liepnitzsee entwidmet, Die B273 beginnt seitdem an der Autobahn-Abfahrt Wandlitz. Später folgte mit dem Ausbau des Autobahndreiecks Schwanebeck die Entwidmung der kreuzenden B2 ab Autobahn-Dreieck Schwanebeck bis Eberswalde. Die B2 verläuft nunmehr auf dem Papier bis zur Abfahrt Joachimsthal auf der Trasse der Bundesautobahn A11 und weiter bis Angermünde gemeinsam mit der B198.

Die Auswirkungen auf den Verkehr? Der Verkehr ist natürlich trotzdem noch da. Die Straßenkörper wechselten nur den Träger und der Bund kann sich fortan das ganze schöne Geld sparen, wenn Ausbauten oder Ersatzwege und eben auch Umgehungsstraßen fällig werden, denn wir reden hier nur noch von Landesstraßen.

Unterdessen drückt der gemeine Bernauer und seine Fahrgenossen von außerhalb fleißig weiter das Gaspedal, unterstützt von virtuellen Verkehrsleit- und -lenkungsdiensten, die dafür sorgen, daß selbst bei Staus auch alle Nebenstraßen ordentlich begast werden können. Eine Verpestung der Natur nur auf Hauptstraßen zu beschränken, wäre auch zu billig. Erfahrungsgemäß hindern aber nur restriktive Maßnahmen den Homo sapiens an seiner Vorliebe, immer auf dem kürzesten und bequemsten Weg an sein Ziel zu kommen.

Doch es gibt Lichtblicke. Eine neue Südtangente im Verlauf der ehemaligen Ladestraße ließe sich die Stadt einiges kosten. Doch dieser Bau konnte eine verkehrliche Entlastung des sogenannten Innenstadtrings entlang der Landesstraßen L30 und L200 nicht bewirken. Die Umgehung diente vor allem dazu, die zwingenden verkehrlichen Umleitungen der anstehenden Brückensanierungen der Deutschen Bahn vorzubereiten. Doch die Ergebnisse, wieviel Verkehr nun damit aus der Breitscheidstraße genommen wurde, konnte zum Ergebnis des vierten Lärmaktionsplans



Wahlplakat von BVB/Freie Wähler Bernau. Zur Kommunalwahl kamen sie auf 8 der 36 Sitze in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung.

nicht nachgewiesen werden, da die Messungen nicht im passenden Takt lagen. Schon wieder ein Fiasko.

Fazit: Der andauernde Bernauer Verkehrsstau und damit auch der einhergehende Lärm wird bisher mit Konzepten als unabänderlicher Dauermangel moderiert. Wer ist in den politischen Gremien dazu eigentlich noch aktiv? Die Bernauer BVB/FREIE WÄHLER hatten beispielsweise 2021 Initiative gezeigt und sich dem Thema offen zur Diskussion gestellt. Nun packten sie mitten in diesem Abgasmisch mit ihrer Wahllansage für die Kommunalwahlen ihre Orangen aus: *»Die anhaltenden Staus in Bernau sind nicht nur zeitraubend, sondern schaden auch der Gesundheit der Bernauer Bürger sowie der Umwelt. Die Vielzahl der aktuellen Baustellen trägt zusätzlich zur Verschärfung der Verkehrssituation bei.*

Eine Ortsumgehungsstraße bietet eine Lösung, um das städtische Verkehrsnetz und den Innenstadtring zu entlasten. Sie verbessert nicht nur die Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs, sondern schafft auch Raum für den Ausbau der Radwege und fördert die Verbindung unserer Orts- und Stadtteile.

Wir lehnen den Vorschlag der Stadtverwaltung für einen Einbahnstraßenring ab.«

Welche Initiativen auf welcher Ebene sind in der nächsten Legislatur überhaupt sinnvoll, um weiterzukommen? Binden sich BVB/Freie Wähler tatsächlich solch ein dickes Brett an? Die Wahl ist erst einmal durch – wir werden dann sehen, wie die Antwort aussieht.

THOMAS TOBLER

1 – MLUK = Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz.

2 – BImSchV = Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes.

Klima schonen mal anders (3):

Die kleinen Klimakiller

Wer Filme per Online-Streaming anschaut, verbraucht weniger Strom, als wenn er eine DVD einschiebt. Das hört sich zunächst gut an, doch die leichte Verfügbarkeit und die zahlreichen Gratisangebote führen dazu, daß immer mehr Filme konsumiert werden. Das Internet hat mittlerweile fast den doppelten CO₂-Ausstoß wie der weltweite Flugverkehr. Davon gehen über 60 Prozent auf das Konto von Videos. Es lebe das gute alte Kino!

Wäre das Internet ein Land, läge es in der Weltrangliste des Stromverbrauchs auf Platz 6. Die Benutzung des Internets ist keineswegs grundsätzlich umweltfreundlich. Nicht nur die Großrechner von Microsoft, Google, Facebook, Apple, Amazon und Ebay verbrauchen Unmengen an Energie und belasten damit das Klima, sondern jede Suchanfrage, jeder Download, jeder Klick, jede Sekunde, die der PC arbeiten muß, trägt zu dem gewaltigen Stromverbrauch bei. »Allein für eine einzige Suchanfrage bei Google verbraucht ein durchschnittlicher PC genau so viel Strom wie benötigt wird, um ein Zimmer mit einer 40-Watt-Energiesparlampe eine halbe Stunde lang zu beleuchten. Wie viel ein Computer tatsächlich bei der Nutzung verbraucht, hängt von der Hardware, dem Verhalten des Nutzers und dem Nutzungszweck ab. Unabhängige Studien berechneten durchschnittlich 2,8 Watt Stromverbrauch pro Klick auf den Suchbutton, was einer Emission von 1,8 Gramm CO₂ entspricht. Moderne Laptops schneiden dabei wesentlich günstiger ab.« So Guido R. Schmidt (umdex.de).

Weiter schreibt er: »Laut einer Studie von BIOIS im Auftrag der Europäischen Kommission wurden allein im Jahr 2018 weltweit 281 Milliarden eMails pro Tag verschickt. Analysten des Marktforschungsinstituts RadiCati Group rechnen mit einer jährlichen Steigerungsrate von 4,3 Prozent, das wären im Jahr 2022 im Durchschnitt 333 Milliarden eMails pro Tag. Ein eMail-Rechenzentrum verbraucht dabei durchschnittlich 100 kWh pro Jahr und Nutzerkonto - das entspricht einer CO₂-Emission von 41,2 kg. Dieser Verbrauch setzt sich zusammen aus der Anzahl versendeter, empfangener und gespeicherter eMails. Der Versand einer eMail ohne Anhang beläuft sich auf etwa 1,05 Watt, mit großem Anhang auf etwa 26 Watt. Der CO₂-Ausstoß im Jahr 2009 betrug damit 27.791.000 kg pro Tag. Bedenkt man, daß sich der Energiebedarf des Internets alle fünf Jahre fast verdoppelt, dürfte die Belastung der Umwelt mit CO₂ im Jahr 2022 bei täglich 220.164.000 Kg angekommen sein.«

ERNST WAGNER-ROTT
(aus Boitzenburger Landbote Nr. 16)

www.maxe-eberswalde.de

Windpark Börnicke:

Keine klaren Antworten

Bernau (bbp). Gegen den geplanten Windpark Börnicke haben insgesamt 98 Personen und Institutionen Einwendungen eingebracht. Dies ergab eine umfangreiche parlamentarische Anfrage des Landtagsabgeordneten Péter Vida. Allein die Auflistung der Stichpunkte der kritisierten Themen erstreckt sich über zwei Seiten (Antwort der Landesregierung auf Frage 2). Dennoch soll es keinen Erörterungstermin geben. Laut Landesregierung dienen solche Termine lediglich dazu, daß das Landesamt für Umwelt (LfU) die Einwendungen der Bürger besser versteht (Antwort der Landesregierung auf Frage 3). Das LfU habe alle Einwendungen so gut verstanden, daß keine Erörterung nötig sei.

»Die Bürger werden nur einzeln Antworten auf ihre jeweilige Einwendung erhalten. So bleibt der Öffentlichkeit das Gesamtbild verborgen«, sagt Péter Vida. »Das Vorgehen des LfU und der Landesregierung hat mit Transparenz und Bürgernähe nichts zu tun.«

Bedeckt hält sich die Landesregierung bezüglich der geltenden Lärmgrenzwerte, bei denen Vida auf Widersprüche in den Unterlagen aufmerksam gemacht hatte. Schlechte Nachrichten gibt es für die Besitzer noch unbauter Wohngrundstücke im Umfeld geplanter Windparks. Bei der Ermittlung der Mindestabstände werden diese Wohngrundstücke ignoriert. »Es wird also an den tatsächlichen Bestand angeknüpft, nicht hingegen an bloße Bebauungsmöglichkeiten«, so das LfU wörtlich (Frage 30). Ob nach Genehmigung errichtete Wohngebäude einen Anspruch auf Einhaltung der Lärmgrenzwerte haben, beantwortete die Landesregierung dagegen trotz expliziter Frage Vidas nicht.

Bei Fragen zum Artenschutz weicht die Landesregierung ebenfalls aus. So sollte die Anfrage klären, ob, wann und wie getestet wurde, ob es sich beim Standort des geplanten

Windparks um eine geschützte Hauptnahrungsfläche besonders schlaggefährdeter Fledermausarten handelt. Darauf deutet der Inhalt des Gutachtens hin, ohne es explizit auszuführen. So steht im Gutachten: »Unter Berücksichtigung der Einstufung der Abundanzklassen nach LANU (2008) konnte für das Untersuchungsgebiet im Zeitraum von April bis Oktober eine hohe bis äußerst hohe Aktivitätsdichte schlaggefährdeter Arten nachgewiesen werden.« Die Antwort der Landesregierung ist auch hier, daß die Prüfung noch nicht abgeschlossen sei (Frage 30).

Der Bernauer Landtagsabgeordnete weist zudem auf ein systematisches Problem der Gutachten-Praxis hin. Denn es sind die Windkraft-Projektierer, die die Gutachter auswählen und bezahlen. Daß diese von den Auftraggebern abhängig sind, gibt die Landesregierung indirekt sogar zu: »Es ist aufgrund der notwendigen fachlichen Qualifikation für die Erstellung von Gutachten für bestimmte Anlagenarten üblich und sinnvoll, daß sich Gutachter auf bestimmte Vorhabenarten spezialisieren.« (Frage 27). Den mit Händen zu greifenden Interessenskonflikt will das Ministerium hierin aber nicht erkennen (Frage 28).

Obwohl so viele ungeklärte Punkte bestehen, verweigert die Landesregierung dennoch weiterhin einen Erörterungstermin. »Genau dies führt dazu, daß Verwaltungshandeln an Akzeptanz verliert. Das ist bei einem Projekt diesen Ausmaßes inakzeptabel«, so Péter Vida.

BVB/Freie Wähler wollen an der Sache weiterhin fundiert dranbleiben und insbesondere die Immissionsbelastung der Anwohner und Umwelteingriffe kritisch aufklären. »Wir werden nicht zulassen, daß einseitig die Interessen der Windkraftindustrie berücksichtigt werden. Im Landtag kämpfen wir weiter für die betroffenen Bürger und den Artenschutz«, so Péter Vida abschließend.

Nachhaltigkeitspreis 2024

Eberswalde (prest-ew). Die Stadt Eberswalde ruft erneut dazu auf, innovative Ideen für eine nachhaltige Stadtentwicklung einzureichen. Frischgebackene Absolventinnen und Absolventen der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) haben die Möglichkeit, sich mit ihren Abschlußarbeiten für den mit 1000 Euro dotierten Nachhaltigkeitspreis 2024 zu bewerben.

Eingereicht werden können studentische Abschlußarbeiten aller Fachbereiche, die zwischen dem 1. September des Vorjahres

und dem 31. August des Jahres 2024 mindestens mit der Note »gut« abgeschlossen und verteidigt wurden. Bewerbungen sind schriftlich oder online gemäß der Förderrichtlinie bis zum 31. August 2024 an stadtentwicklungsamts@eberswalde.de oder im Stadtentwicklungsamt der Stadt Eberswalde,

Breite Str. 39, einzureichen. Weitere Infos unter www.eberswalde.de/nachhaltigkeitspreis, per Telefon 03334/64-613 oder per eMail an m.irmisch@eberswalde.de.



FOTO: SEVERINE WOLFF (STADT EBERSWALDE)

Tierische Landschaftspfleger

Eberswalde (prest-ew). Im Jahr 2019 hat die Stadt Eberswalde ihr Mahdregime auf über elf Hektar städtischer Grünflächen zu Eberswalder Blumenwiesen umgestellt. Die Blumenwiesen haben sich durch die veränderte Pflege zu artenreichen Lebensräumen für Pflanzen und Tiere entwickelt. Diese positive Entwicklung der Biodiversität wird nun von der städtischen Friedhofsverwaltung aufgegriffen.

Neben der seit 2022 angebotenen Grabart einer artenreichen und bunten Blumenwiese, auf der das oberirdische Verstreuen der Asche möglich ist, soll nun ein Teil der städtischen Friedhofsflächen von vierbeinigen Land-



FOTO: JAN WEBER (STADT EBERSWALDE)

schaftspflegern »gemäht« werden. In Kooperation mit dem NATURSCHUTZVEREIN ALNUS E.V. wird der stillgelegte Eberswalder Friedhof im Dr.-Zinn-Weg künftig durch Schafe gepflegt. Auf dem Friedhof mit nur noch wenigen Grabsteinen sollen die Paarhufer der Friedhofsverwaltung bei der Pflege helfen. Schafe sind durch ihr selektives und heterogenes Freßverhalten die idealen Landschaftspfleger für eine artenreiche und strukturierte Offenlandschaft. Gefährdete Friedhofsbestandteile werden durch Einzelschütze gesichert. Die Friedhofsverwaltung bittet im Zeitraum der Mahd um einen achtungsvollen und sicheren Umgang mit unseren Gästen auf dem Friedhof im Dr.-Zinn-Weg.

Aber die Schafe sind auf unseren Friedhöfen nicht allein. Neben einer Vielzahl von Wildtieren leben auf dem Friedhof im Dr.-Zinn-Weg, wie auch auf dem Waldfriedhof, Millionen fleißiger Bienen der Eberswalder Imkerei BIENENS MUS. Den leckeren Akazien- und Lindensmus vom Friedhof gibt es bald auch in Eberswalde zu smusen (Plattdeutsch für schmausen oder schmusen).

Weniger Insekten in naturnahen Wäldern?

Eine aktuelle Studie der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) mit dem Titel »Long-term drought triggers severe declines in carabid beetles in a temperate forest.« (Dürreperioden oder Trockenjahre, führen zum Rückgang von Insekten auch in naturnahen Wäldern) bestätigt den besorgniserregenden Rückgang von Insekten auch in naturnahen Ökosystemen. Seit 2015 ist die spezifische Biomasse um 89% zurückgegangen. Diese Abnahme korreliert mit den Dürreperioden im letzten Jahrzehnt.

Über 24 Jahre haben Prof. Dr. Andreas Linde und Doktorand Fabio Weiß die Veränderungen bei bodenlebenden Insekten (Laufkäfer) in einem naturnahen Waldgebiet nördlich Berlins dokumentiert. Obwohl dieser Wald kaum genutzt wurde, fanden die Autoren der Studie eine signifikante Abnahme der Anzahl und Biomasse der Käfer sowie Veränderungen in der Artenzusammensetzung.

Die Ergebnisse bestätigen die Hinweise auf einen fortschreitenden Rückgang von Insekten auch in naturnahen Ökosystemen und belegen die zunehmenden Wetteranomalien und Trockenjahre als wichtige Faktoren (Treiber). Eine der vermutlichen Ursachen des globalen Rückgangs von Insekten ist der Klimawandel und die damit einhergehenden, in den letzten Jahrhunderten beispiellosen Dürreperioden in Europa. Deren Einfluß auf Insekten in Waldökosystemen war bislang wenig untersucht.

»Ich war zunächst skeptisch, was Berichte über das Insektensterben angeht, da die Insektenpopulationen in unserem Untersuchungsgebiet lange stabil erschienen. Die plötzlichen und starken Rückgänge im Zusammenhang mit den Dürrejahren sind aber nicht zu leugnen.« Sagt Prof. Dr. Andreas Linde. Er ist Professor für Angewandte Ökologie und Zoologie an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Seit 1995 erfaßt er mit Studierenden Insektendaten in einem Waldgebiet bei Eberswalde.

Fabio Weiß, Doktorand an der HNEE und der Leuphana Universität Lüneburg, forscht zu Langzeitentwicklungen bei Waldinsekten in Deutschland und ergänzt: »Ich bin überzeugt, daß wir hier Auswirkungen des Klimawandels sehen.«

Diese Studie ist eine der ersten, die die Auswirkungen der jüngsten Trockenjahre und Hitzewellen auf Waldinsekten in Mitteleuropa dokumentiert. Veröffentlicht wurde sie in der internationalen Fachzeitschrift *Ecography* (peer-reviewed). Sie wird von der Nordic Society Oikos und Wiley herausgegeben. Sie publiziert zu Forschung über ökologische und biodiversitätsbezogene Muster in Raum und Zeit.

Die Studie »Long-term drought triggers severe declines in carabid beetles in a temperate forest« steht unter <https://doi.org/10.1111/ecog.07020> zur Verfügung.

ULRICH WESSOLLEK

Unsinniger Heizungstausch

Das heftig umstrittene Gebäudeenergiegesetz (GEG) der Ampel-Regierung im Bund muß nachgebessert und überarbeitet werden. Mit unserem Antrag an den Landtag mit dem Titel »Kosten für Bürger senken: Heizungstauschverpflichtung beenden« fordern wir die Aufhebung der Verpflichtung zum Austausch von Heizungsanlagen nach 30 Jahren. Gemäß dem Gebäudeenergiegesetz dürfen Heizungsanlagen nach 30 Jahren nicht mehr betrieben werden, unabhängig von ihrer Funktionsfähigkeit und Einhaltung von Umwelt- und Sicherheitsstandards. Der Austausch intakter Heizungsanlagen sorgt für immense Kosten. BVB/Freie Wähler stellt sich entschieden gegen diese unnötige Belastung der Bürger.

Wir wollen zudem die Regel kippen, wonach selbst in Bestandsgebäuden neu eingebaute Anlagen zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien laufen müssen. Die strengen Auflagen führen häufig zum Einbau einer Wärmepumpe, was fast immer hohe Umbaukosten nach sich zieht. Denn die geringe Wassertemperatur von Wärmepumpen reicht oft nicht aus, um Bestandsgebäude mit ihren kleinflächigen Heizkörpern zu beheizen. Neben den Kosten für die Heizung an sich könnten so schnell zehntausende Euro mehr hinzu kommen, zum Beispiel für neue Heizkörper oder gar Fußbodenheizungen im ganzen Gebäude sowie neue Fenster, Fassaden- und Dachdämmung. Die Kosten dafür können sich aber sehr viele Hauseigentümer nicht leisten und sind auch durch staatliche Förderung nicht ausreichend abgedeckt.

Auch unter ökologischen Gesichtspunkten ist der Zwangsaustausch funktionierender Heizungen problematisch, da neue Anlagen unter hohem Rohstoff- und Energieeinsatz hergestellt werden müssen, obwohl die bestehenden Heizungen noch funktionieren. Davon abgesehen kommen die Hersteller mit der Produktion nicht hinterher und es fehlen schlicht die nötigen Installationskapazitäten.

Die Gruppe BVB/FREIE WÄHLER fordert die Landesregierung daher auf, im Bundesrat – möglichst mit anderen Bundesländern – eine Initiative zu starten, das Gebäudeenergiegesetz anzupassen. Das mit heißer Nadel gestrickte Heizungsgesetz von Robert Habeck führt zu sozialen Härten und einer unverhältnismäßigen Belastung der Bürger. Grüne Politik muß man sich leisten können, doch das wollen und können viele Bürger nicht!

Mit dem Gesetz konterkariert die Bundesregierung auch ihre eigene Wohnungsbaupolitik. Denn steigende Investitionskosten werden sicher nicht zu mehr Wohnungsbau und erst recht nicht zu günstigerem Wohnraum führen. Doch gerade im Berliner Umland wird bezahlbarer Wohnraum dringend benötigt.

PÉTER VIDA | 11

Rückblick

Das bis 2018 geltende Gebührenniveau war das Ergebnis einer europaweiten Ausschreibung der Leistung »Einsammeln, transportieren und verwerten/deponieren von Restabfall«. Seitdem gilt ein dreiwöchiger Abholrhythmus. Danach wurde die Leistung – obwohl gesetzlich vorgeschrieben – nicht wieder ausgeschrieben.

Seitdem wurden die Gebühren alle zwei Jahre erhöht. Die Erhöhung liegt deutlich über der Inflationsrate.

Es dominiert die Pauschalgebühr, eine leistungsunabhängige Grundgebühr je Person mit etwa 90 % der Gesamtgebühr. Grundlage ist ein Mindestbehältervolumen, das vorgeschrieben und vorzuhalten ist. Die Gebühr ist zu zahlen, auch wenn nicht bereitgestellt und nicht abgefahren wird. Damit hat die Gesamtgebühr den Charakter einer Müllsteuer, die jeder Person auferlegt wird.

Die geforderte Gebühr je 2-Personen-Haushalt wurde in sechs Jahren verdoppelt. Gleichzeitig hat sich die erforderliche Abfuhrleistung erheblich verringert (Tabelle).

An dieser Stelle noch folgender Vergleich: Der durchschnittliche Bedarf an Trinkwasser im Barnim liegt bei 80 l/Person und Tag. Daraus errechnet sich ein Bedarf von 4,8 m³ pro Monat für zwei Personen. Pro m³ Trinkwasser wird vom Versorger/Dienstleister eine Gebühr von 1,35 Euro gefordert. Daraus ergeben sich Trinkwassergebühren von 6,48 Euro/mon. Das bißchen Müll/Restabfall »kostet« jetzt 13,30 Euro/mon, also doppelt so viel wie Trinkwasser.

Leistungen der Abfallwirtschaft

Derzeit ist ein Behältervolumen von 10 Litern je Person und Woche vorgeschrieben. Abgeholt wird alle drei Wochen. Für Wohngebiete, in denen Großbehälter aufgestellt werden, gibt es Sondervereinbarungen mit den Vermietergesellschaften. Auf den realen Anfall von Restmüll, also den wirklichen Bedarf, kommt es nicht an. Diese Feststellung wird noch dadurch unterstrichen, daß sich seit Einführung der sogenannten »braunen Tonne« für Bioabfall/Biomasse die Restmüllmenge drastisch verringert hat. Mehrere Erhebungen zum Anteil »Bio« im Restmüll hatten ergeben, daß dieser Anteil etwa 50 % betrug. Damit trägt der Anteil Restmüll und die erforderliche Abfuhrleistung jetzt nur noch die Hälfte der Menge vor Einführung der Bio-Tonne.

Der überwiegende Anteil des Gesamtaufkommens an Bio-Abfall wird mit den braunen Tonnen erfaßt. Dieser Abfall wird von der Abfallwirtschaft selbst als besonders wertvoll bezeichnet. Die Verwertung geschieht im wesentlichen durch Kompostierung und Vermarktung von Komposterde oder Vergasung und Verkauf des Bio-Gases.

Ein Rückblick ohne Ausblick

von Johannes Madeja

Hier geht es jetzt um ein unappetitliches Thema, es geht um Müll. Die offizielle Bezeichnung ist etwas appetitlicher: Restabfall. Bei den Gebühren wird es wieder etwas weniger appetitlich. Man kann auch sagen: es stinkt gewaltig.



FOTO: TORSTEN STAFEL

Kreiswerke-Chef Christian Mehnert (li.) und Aloys Oechtering von der REMONDIS-Tochter RETERRA unterzeichnen im August 2022 den Vertrag zur Verwertung des eingesammelten Bio-Mülls.

Die Verwertung deckt jedoch nicht die Kosten für das Einsammeln und Transportieren des Bio-Abfalls. Trotzdem wird die Bio-Tonne »umsonst« angeboten. Die Kostendeckungslücke wird von allen Bürgern des Landkreises mit den Müllgebühren »pauschal« getragen, auch von denjenigen, welche die Leistung nicht in Anspruch nehmen. Dazu besteht keine Verpflichtung. Hier liegt ein Fall von Leistung ohne Gebühr vor.

Diese Verfahrensweise ist gesetzlich nicht zulässig, gar gesetzwidrig. Ein öffentlich-rechtlicher Abfallentsorger wie die BDG ist verpflichtet, für erbrachte Leistungen kostendeckende Gebühren zu erheben, natürlich nur von den Nutzern des jeweiligen Systems. Die Deckung der Kostenlücke auch aus den Gebühren derjenigen, die das System nicht nutzen, ist ein Fall für »Gebühren ohne Leistung« und natürlich rechtlich auch zu beanstanden.

Viele Bürger machen keinen Unterschied zwischen den Leistungen Restabfall (schwarze Tonne) und Bio-Abfall (braune Tonne) und Leichtverpackungen/ Wertstoffe (gelbe Ton-

ne). Zur getrennten Abholung der Bio-Abfälle ist der Landkreis seit 2015 gesetzlich verpflichtet. Für uns Bürger ist die Sammlung und Bereitstellung der Bio-Abfälle, im Gegensatz zum Restmüll, eine freiwillige Leistung. Wir sind sogar gehalten, wo irgend möglich, den Bio-Abfall selbst zu verwerten, z.B. selbst zu kompostieren.

Die Erfassung der Wertstoffe (gelbe Tonne) hat mit Abfallentsorgung gar nichts zu tun. Hier handelt es sich um vom Bürger bereits beim Einkauf bezahlte Wertstoffe, die vorzugsweise dem Stoffkreislauf zuzuführen sind, was leider nur zu einem Teil wirklich geschieht. Ein großer Teil wird verbrannt, was jedoch als »thermische Verwertung« bezeichnet wird, obwohl die anfallende Wärme oft gar nicht verwertet, sondern einfach in die Luft geblasen wird. Den Klimawandel scheint es für die »Verbrenner« nicht zu geben. Verantwortlich dafür ist das »Duale System Deutschland«, nicht der Landkreis. Die Wertstoffe/Sekundärbrennstoffe werden deshalb auch nicht als Abfall, sondern als DSD-Material bezeichnet.

Übersicht über die Gebührentwicklung »Restabfall« in den vergangenen Jahren				
(Die Zahlen der folgenden Tabelle gelten für einen Zwei-Personen-Haushalt mit einem Behältervolumen von 60 Litern, Abholung/Leerung alle drei Wochen):				
Belastung in Euro	2018	2020	2022	2024
pauschal/mon	5,70	7,60	9,40	11,80
pauschal/a	68,40	91,20	112,80	141,60
Leistung/mon	0,65	0,85	1,10	1,50
Leistung/a	7,80	10,20	13,20	18,00
Gesamt/mon	6,35	8,45	10,50	13,30
Gesamt/a	76,20	101,40	126,00	154,90
Index	100 %	133 %	165 %	203 %
Gebühr je Leerung	4,48	5,96	7,41	9,06

Leistungen der Bürger

Hier ist zunächst festzustellen, daß vom Bürger erwartet wird, daß er den durchaus erheblichen Aufwand der Mülltrennung unentgeltlich leistet.

Der Bio-Abfall ist vom Restmüll getrennt zu verwerten oder zu sammeln (braune Tonne), wie auch die Leichtverpackungen/Kunststoffe/Wertstoffe, wobei erwartet wird, daß eine saubere Trennung zwischen DSD-Material, Metallen, Elektronik-Schrott und nicht mehr benötigten bzw. defekten Elektrogeräten erfolgt. Gleichzeitig wird erwartet, daß die sortierte Ware – etwa auf Recyclinghöfen – vom Bürger kostenlos angeliefert wird. Für die Abgabe bestimmter Güter wird gar eine Gebühr verlangt. Weiter wird erwartet, daß die Bürger Altpapier und Kartonagen getrennt sammeln (blaue Tonne) und der Abfallwirtschaft kostenlos zur Verfügung stellen. Der Erlös aus dem Altpapierverkauf soll – so wird das dem Bürger gesagt – die Abfallgebühren entlasten. Zur »Entlastung«, von der die Bürger nichts merken, siehe Tabelle unten.

Schließlich wird vom Bürger erwartet, daß er Altglas, sauber getrennt nach Farben, zu den Glascontainern bringt und unentgeltlich zur Wiederverwertung zur Verfügung stellt. Eine Vergütung für den Aufwand (Reinigung, Sammlung und Transport) ist nicht vorgesehen. Damit sind die Erwartungen jedoch nicht erschöpft. Behälter- und Deckelmaterial ist oft unterschiedlich. Beispiel: Glasbehälter und Eisendeckel oder Kunststoffbehälter und Aluminiumdeckel. Wir sind aufgefordert, auch hier noch einmal sauber zu trennen, getrennt zu sammeln und – kostenlos versteht sich – ab- bzw. anzuliefern. Die Intensität der Werbung für diese unentgeltliche Leistungen beweist, daß nicht alle Bürger bereit und in der Lage sind, diese Leistungen zu erbringen.

Fazit

Der Landkreis als entsorgungspflichtige Behörde beauftragt ein Unternehmen, die Leistungen gegen Gebühren zu erbringen. Die Gebühren müssen die Kosten decken. So die Theorie. Der Dienstleister – im Barnim die BDG – ist frei in der Planung und Verwendung der Einnahmen aus Gebühren. Die Gebührenentwicklung beweist, daß die BDG seit Jahren »über ihre Verhältnisse lebt«. Eine moderate Anpassung der Gebühren an die allgemeine Kostenentwicklung (Inflation) wäre zu akzeptieren, nicht jedoch jährlich mehr als 15%.

Der verantwortliche Landkreis und das Kontrollorgan – Kreistag – sehen der Entwicklung offenbar tatenlos zu. Wenn die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, dann »droht« die BDG mit Gebührenerhöhung. Falls Landkreis/Kreistag diese Gebührenerhöhung ablehnt, müßte der Fehlbetrag aus Haushaltsmitteln des Landkreises getragen werden. Das passiert

nicht! Selbst deftige Gebührenerhöhungen werden üblicherweise vom Kreistag abgesegnet, wohl auch, weil es weder in der Kreisverwaltung noch im Kreistag Leute gibt, die fachlich kompetent einen sparsamen Umgang mit den Gebühren anmahnen und durchsetzen und darauf dringen, daß vorhandene Einsparpotentiale konsequent genutzt werden.

Gleichzeitig werden von den Bürgern immer höhere, unentgeltliche Leistungen erwartet. Die Qualität der Entsorgung, ein gern benutztes »Argument«, wird in Wahrheit von den Bürgern und ihren Leistungen bestimmt, nicht von der BDG und schon gar nicht vom Landkreis! Dieses Argument taugt nicht als Begründung für immer weitere Gebührenerhöhungen. So lange die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger jedoch diese ungesunde Entwicklung wort- und tatenlos hinnehmen, Verstöße gegen Recht und Gesetz und verbindliche Vorschriften werden ja nicht einmal bemerkt, wird sich an der Praxis nichts ändern.

Läßt sich das Problem überhaupt lösen?

Problemlösung

Zunächst ist festzustellen, daß die Gebühren bis 2018 über mehr als sechs Jahre stabil geblieben sind. Es ist hier nicht Platz, die Ursachen im einzelnen zu untersuchen. Es soll nur darauf verwiesen werden, daß hier entscheidend war, daß der Landrat gegen seinen Willen – auch von der obersten Abfallwirtschaftsbehörde des Landes – gezwungen wurde, die Leistung, wie gesetzlich vorgeschrieben, europaweit auszuschreiben. Eine Ausschreibung hat es seitdem nicht mehr gegeben, auch weil der Kreistag – alle Fraktionen(!) – sie nicht gefordert hat. Hier ist anzusetzen. Ohne Ausschreibung wird nichts, aber auch gar nichts passieren. Die BDG muß sich der Konkurrenz stellen. Nur so wird sie gezwungen, mit unserem Geld sorgsam zu planen, überflüssige Ausgaben zu vermeiden und Einsparpotentiale, die es durchaus gibt, zu nutzen.

Hier sei nur erwähnt, daß es keinen Grund gibt, beim Restabfall den dreiwöchigen Abfuhrhythmus beizubehalten. Abgesehen davon, daß die Restabfallmenge jetzt auf die Hälfte gesunken ist, gibt es (da kein Bio-Anteil!) dagegen auch keine hygienischen Bedenken. Wer mehr Restabfall »produziert«, kann sich problemlos eine ausreichend große Tonne bestellen und sich damit an einen längeren Rhythmus anpassen. Durch Veränderung des Abfuhrhythmus bei Restabfall von drei auf vier Wochen, durchaus möglich wären auch sechs Wochen, werden die Kosten erheblich reduziert.

Kostenreduzierungen müssen gebührenwirksam werden. Solche Überlegungen passen aber offenbar nicht in die Vorstellungswelt des Landrats und der BDG.

Hussitentaler Nr. 10

Pünktlich zum Hussitenfest, das am ersten Juniwochenende in Bernau stattfand, erschien die zehnte Auflage des Bernauer Hussitentalers. Anlässlich des 100-jährigen Bestehens der S-Bahn würdigt der Taler



FOTO: KLARA SAWITZKI

in diesem Jahr die lange Geschichte und enge Verbundenheit zwischen der S-Bahn und der Region. Bei einer offiziellen Übergabe am Bernauer Bahnhof wurde der Taler von der BeSt BERNAUER STADTMARKETING GMBH und der STADT BERNAU an Viktor Tauber, Leiter Werbung und Kommunikation bei der S-BAHN BERLIN, und Jörg Mühling, Leiter Marketing und Vertrieb bei der S-BAHN BERLIN, übergeben.

Nicht nur die S-Bahn-Linie S2 verbindet die Stadt Bernau und die Berliner S-Bahn, sondern auch eine gemeinsame Geschichte: Am 8. August 1924 fuhren zum allerersten Mal elektrisch betriebene Versuchszüge zwischen dem Stettiner Vorortbahnhof (heute Nordbahnhof) und Bernau. Dieser Tag wurde zur »offiziellen Geburtsstunde der S-Bahn« und der Endbahnhof gab den später zum Einsatz kommenden Triebwagenzügen vom Typ »Bernau« ihren Namen...

Der Hussitentaler ist ein geschäftsunabhängiger Wertgutschein in Form einer hochwertig geprägten Kupfermünze. Er hat einen Wert von je zehn Euro und ist wie Bargeld zu verwenden. Der Gutschein hat eine Gültigkeit von drei Jahren ab Kaufdatum und kann in über 25 Geschäften der Bernauer Innenstadt eingelöst werden. Dabei reichen die Angebote von Gastronomie über Mode und Freizeit bis hin zu Serviceleistungen und Waren des täglichen Bedarfs. Ziel des Projektes ist es, die Attraktivität der Bernauer Geschäfte durch einen unternehmensübergreifenden Gutschein zu steigern und die Kaufkraft in der Bernauer Innenstadt zu bündeln. Erhältlich ist der Taler in der Tourist-Information Bernau und weiteren Verkaufsstellen.

Der Hussitentaler wird innerhalb der Gebietskulisse »Aktives Stadtzentrum Bernau« durch das Citymanagement organisiert. Ziel des Citymanagements ist es, die Attraktivität der Innenstadt zu stärken und deren Profil als wichtigen Wirtschaftsstandort im gesamten Barnim zu schärfen. Dabei steht eine enge Vernetzung aller Akteure und Akteurinnen der Innenstadt, insbesondere der Gewerbetreibenden, im Vordergrund. Finanziert wird das Citymanagement für die Bernauer Innenstadt über Fördergelder im Rahmen der Städtebauförderung des Bund-Länder-Programmes »Lebendige Zentren«.

Finanzielle Allgemeinbildung gehört zum Leben wie Lesen, Rechnen und Schreiben, Radfahren und Auto fahren können oder Schwimmen. Was ist jedoch konkret finanzielle Allgemeinbildung? In der Wissenschaft wird unter finanzieller Allgemeinbildung – auch finanzielle Literalität genannt – die Fähigkeit und das Wissen einer Person über finanzielle Zusammenhänge verstanden, um sinnvolle Handlungen im Sinne des finanziellen Wohlergehens durchzuführen. Das Wissen bezieht sich auf Finanzprodukte und das Umgehen damit (zum Beispiel Haushalts- und Budgetplanung, Kontoeröffnungen, Kreditaufnahmen, Zinsbeurteilungen). Die Fähigkeit meint, auf finanzielle Bedürfnisse oder Probleme angemessen reagieren zu können.

Wie erhält man jedoch finanzielle Allgemeinbildung? Im Lehrplan der Schulen gibt es kein Fach »Finanzielle Allgemeinbildung« oder »Finanzielle Literalität«. Der Lehrplan in Berlin-Brandenburg sieht Konsumenten- und Finanzbildung als Bestandteil von »Wirtschafts-Arbeit-Technik« (WAT) oder »politischer Bildung« (PB) vor. Zum Einsatz kommen dort Unterrichtshilfen von zahlreichen externen Anbietern wie dem *Handelsblatt*, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband oder den Verbraucherzentralen. Mehr als die Hälfte der Finanzbildungsangebote wird durch NGOs und Stiftungen angeboten, etwa 30 Prozent vom wirtschaftlichen und privaten Sektor (hauptsächlich Finanzindustrie), etwa 20 Prozent von Bundes-/Länderministerien oder Behörden. Eine systematische Verankerung von Finanzbildungsinhalten in den Lehrplänen ist nicht gegeben.

Kinderrallye in Bernau

Bernau (best/bbp). In Bernau wird der Internationale Kindertag gleich einen halben Monat lang begangen. Das hat sich die Werbebegegnungsgemeinschaft »Bernauer Innenstadt – bewußt hier!« einfallen lassen.

Vom 1. bis 16. Juni konnten sich die kleinen Bernauerinnen und Bernauer auf den Weg machen, um insgesamt zehn Sehenswürdigkeiten in den Schaufenstern der Werbebegegnungsgemeinschaft zu suchen. Die Namen dieser Sehenswürdigkeiten müssen in einen Laufzettel geschrieben werden und ergeben am Ende ein Lösungswort.

In der Tourist-Information Bernau erhalten Kinder bei Nennung des Lösungswortes einen kleinen Preis. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, bei Abgabe des richtig ausgefüllten Laufzettels an der Verlosung eines Bernauer Spielepakets teilzunehmen.

Die Kinderrallye wurde innerhalb der Förderung »Aktives Stadtzentrum Bernau« vom Citymanagement organisiert, das im Rahmen

Finanzbildung und Schuldenberatung

Die Schuldnerberatungen in Europa (Teil 4)

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat am 13. Mai eine Bestandsaufnahme der Finanzbildung veröffentlicht, die sowohl das Finanzkompetenzniveau der Bürgerinnen und Bürger als auch das Finanzbildungsangebot in der BRD darstellt. Zwar ist die Finanzkompetenz der Bürgerinnen und Bürger im internationalen Vergleich gut, jedoch weist sie klare Lücken in bestimmten Themenbereichen und Bevölkerungsgruppen auf. Den Ergebnissen dieser Studie nach haben nur 52 Prozent Vertrauen in ihre eigene Altersversorgung. Bei Erwachsenen mit geringem Einkommen sind es nur 27 Prozent, was sicher eine sehr realistische Einschätzung ist.

Das Thema Altersarmut aufgrund zu geringer Rente ist bekannt. Ein Viertel der Befragten kann seine Lebenshaltungskosten bei Verlust der Haupteinnahmequelle nicht drei Monate lang decken. Über 30 Prozent wissen nicht, daß Kryptowährungen keine gesetzlichen Zahlungsmittel sind. Noch mehr Erwachsene (57 Prozent) wissen nicht, daß ein digitaler Finanzvertrag rechtskräftig ist, ohne daß er auf Papier unterzeichnet wurde.

In Bezug auf die Inhalte von Finanzbildungsangeboten in Deutschland hält die OECD in ihrer Bestandsaufnahme positiv fest, daß die Angebote in Deutschland die meisten für das finanzielle Wohlergehen nötigen Inhalte hinreichend abdecken. So umfassen die Angebote Haushaltsplanung/Geldmanagement im Alltag, langfristiges Sparen/Altersvorsorge,

Kredite/Schulden, Finanz- oder Versicherungsprodukte. Diese erreichen jedoch bestimmte Zielgruppen nur in geringem Umfang. Circa 56 Prozent der Finanzbildungsinitiativen in Deutschland haben Kinder und Jugendliche als Zielgruppe. Im Vergleich dazu ist die Anzahl der Initiativen, die sich an ältere Menschen (14 Prozent), ver- und überschuldete Personen (14 Prozent), Geringverdienerinnen und -verdiener (13 Prozent) sowie Erwerbslose, mit Behinderungen, Selbständige und Eigentümerinnen und Eigentümer von Kleinst- beziehungsweise Kleinunternehmen (jeweils unter 10 Prozent) richtet, eher gering. Zudem stützen sich Finanzbildungsinitiativen nicht immer auf empirische Befunde und ihre Wirkung wird kaum evaluiert. Die OECD empfiehlt die Durchführung einer nationalen Finanzbildungsstrategie für Deutschland, die insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen und niedrigem Bildungsniveau sowie Frauen (geschlechterspezifische Konzepte) berücksichtigen sollte.

Der OECD-Bericht empfiehlt leider nicht, die Einkommen der Erwerbstätigen so zu erhöhen, daß sie bei guter finanzieller Haushaltsplanung ein angemessenes Leben führen können. Denn in der Regel mangelt es den Menschen nicht an Finanzbildung, sondern an finanziellen Mitteln.

Der vollständige Bericht der OECD kann unter folgender Adresse des Bundesfinanzministeriums abgerufen werden (ogy.de/3mi3).

DR. DIETER KORCZACK

Abwasser auf die Mühlen der Justiz

Altanschießer siegen auch vor Oberverwaltungsgericht

Die Erfolgsserie der Altanschießer geht weiter. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht die gesplitteten Gebühren für rechtswidrig erklärt und die Sache an das Oberverwaltungsgericht zurückverwiesen hatte, hat nun auch dieses die entsprechenden Abwassersatzungen für unwirksam erklärt (OVG Berlin-Brandenburg, 9 A 2/24).

Hintergrund ist der Versuch mancher Abwasserverbände, von den Bürgern, die sich die verfassungswidrigen Altanschießerbeiträge erfolgreich zurückerkämpft hatten, diese durch höhere Gebühren zurückzuholen. Dem hat nun auch das Oberverwaltungsgericht ein Ende gesetzt. Wie erinnerlich, hat das Innenministerium dieser Praxis Vorschub geleistet, indem es den Verbänden ausdrücklich empfohlen hatte, so zu verfahren.

All das erweist sich nun erneut als komplett rechtswidrig. Wovor die Abwasser-Initiativen und BVB/Freie Wähler seit Jahren gewarnt ha-

ben, tritt nun ein. Auch diesem Taschenspielertrick wurde ein Riegel vorgeschoben. Da nicht nur die einzelne Abrechnung, sondern die gesamte Satzung für rechtswidrig erklärt wurde, kommen nun erhebliche Rückforderungen auf die Verbände zu, die so verfahren. Doch nicht nur das: Das Oberverwaltungsgericht hat klargestellt, daß sich die Nichtigkeit auf die gesamte Satzung, mithin auch auf die Gebührenhöhen für Beitragszahler, erstreckt. Wir gehen von einer mittleren fünfstelligen Zahl von Haushalten aus, die zu gesplitteten Gebühren herangezogen worden sind.

Nach diesem erneuten Sieg für den Rechtsstaat ist es an der Zeit, daß das Land auch Verantwortung übernimmt. Die Altanschießer durchlaufen eine Odyssee seit mittlerweile über 10 Jahren. Schritt für Schritt setzt sich das Recht durch. Die Landesregierung kann ihre Verantwortlichkeit nicht weiter leugnen.

PÉTER VIDA

Ein Viertel weniger Lohn

Bad Freienwalde (verdi/bbp). Jeden Monat für die gleiche Arbeit ein Viertel (!) weniger Lohn als die TVöD-Beschäftigten und außerdem eine Stunde pro Woche länger arbeiten. Die Beschäftigten der FACHKLINIK UND MOORBAD BAD FREIENWALDE in Brandenburg nehmen 34 Jahre nach der sogenannten Wiedervereinigung die jahrzehntelange Lohndiskriminierung nicht weiter hin.

Die ver.di-Mitglieder wollen den Tarifvertrag für die öffentlich Beschäftigten (TVöD) endlich auch für die Beschäftigten der Rehaklinik durchsetzen. Am 27. Mai präsentierten die Beschäftigten der Fachklinik und Moorbad Bad Freienwalde ihre Mehrheitspetition *«Gleiches Geld für gleiche Arbeit - wir sind es wert»* in einer aktiven Mittagspause. Neben Entgelt und längerer Arbeitszeit stehen uneinheitlich

geregelter Ansprüche auf Urlaubstage in der Kritik.

Einen Manteltarifvertrag, in dem die grundsätzlichen Arbeitsbedingungen geregelt sind, gibt es nur für die sehr langjährig Beschäftigten, die vor dem Betriebsübergang 2012 bereits in der Klinik gearbeitet haben. Dieser ist durch den Betriebsübergang auf dem Niveau von 2012 *«eingefroren»*. Die Beschäftigten, die sich mit großem Engagement für ihre Patienten einsetzen, wollen endlich einen für ALLE geltenden Tarifvertrag.

ver.di hat die Geschäftsführung zu Tarifverhandlungen aufgefordert und Terminvorschläge gemacht. Wir hoffen auf einen schnellen Beginn der Verhandlungen. Die Beschäftigten haben eine hohe Streikbereitschaft signalisiert.

»Gesundheit ist keine Ware«

Eine erfolgreiche Volksinitiative

Potsdam (bvb/bbp). Die von BVB/Freie Wähler initiierte Volksinitiative *«Gesundheit ist keine Ware: Krankenhäuser & Praxen retten»* ist erfolgreich. Dies ergab die Prüfung des Landeswahlleiters.

Die im Mai von den Vertrauenspersonen eingereichte Unterschriftensammlung wurde entsprechend den Bestimmungen des Volksabstimmungsgesetzes durch den Landeswahlleiter geprüft. Dieser stellte nun fest, daß mit 22.383 gültigen Eintragungen (von 26.222 eingereichten Unterschriften) das Quorum von 20.000 Unterschriften klar erfüllt wurde. Damit hat die Volksinitiative die entscheidende Hürde genommen.

Die Volksinitiative umfaßt vier konkrete Forderungen. So soll zum einen ab 2025 ein Krankenhaus-Rettungs-Fonds geschaffen werden, um so den Erhalt der Brandenburger

Krankenhäuser zu unterstützen. Durch die Krankenhausreform der Bundesregierung sind bis zu einem Drittel der Brandenburger Standorte bedroht. Dem soll mit Landesgeld entgegengewirkt werden. Außerdem sollen die Anzahl der Landärztestipendien verdoppelt und die Kosten zur Ausbildung als Praxisschwester (nichtärztliche Praxisassistenten) übernommen werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Gewährung von Ko-Fördermitteln durchs Land bei der Übernahme und Neugründung von Praxen.

»Wir danken dem Landeswahlleiter für die schnelle Prüfung und setzen darauf, daß der Landtag die Volksinitiative nun zügig annimmt«, sagt der Landesvorsitzende von BVB/Freie Wähler Péter Vida. *»Eine gute medizinische Versorgung liegt im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger.«*

10 Jahre Kunstbrücke Nähstübchen

Panketaler Kulturtag 2024

Zehn Jahre Kunstbrücke Panketal. Das sind mehr als 100 Veranstaltungen aus den Bereichen Klassik, Jazz, Lesungen, Familien- und Weihnachtskonzerte, Adventssingen, Kino und vieles mehr. Gefeierte wird das mit den Panketaler Kulturtagen vom 28. bis 30. Juni.

Auf dem Programm stehen »Juwelen des Humors« am 28. Juni, »Blues, Schweiß und Tränen« mit Will Jacobs & Friends am 29. Juni sowie die Open Air Gala »Ich lade gern mir Gäste ein« - ein Streifzug durch Operette und Musical am 30. Juni.

THORSTEN WIRTH
Kunstbrücke Panketal e.V.

Hobbyschneiderin Friderun hilft beim Umsetzen eigener Ideen. Egal ob zum Erlernen als Näh-Beginner oder für Fortgeschrittene und Profis. Es gibt diverse Nähmaschinen sowie einige Materialien und Nähzubehör. Im Vordergrund steht das gemeinsame Nähen, Reparieren und Entwerfen mit Stoff und weiteren Materialien. Mitzubringen sind: 1. gute Ideen, 2. etwas Stoff zum Nähen. Zeit: mittwochs, 10 bis 12 Uhr. Ort: HEBEWERK E.V., Havellandstraße 15 in Eberswalde. Hinweis: Da nicht immer alle Termine (pünktlich) stattfinden können, meldet euch bitte bei naehstuebchen (at) hebewerk-eberswalde.de.

CHRISTOFF GÄBLER, HEBEWERK e.V.

»Haus am Werbellinsee«

Vor 15 Jahren, am 1. März 2009, öffneten die Türen der Senioren-Residenz *»Haus am Werbellinsee«* und es zogen die ersten Bewohner ein. Zum Jubiläum gab es am 7. Juni im Altenhofer Alloheim ein Fest mit den Bewohnern, Angehörigen, Mitarbeitern und Kooperationspartnern.

ANGELA MATTHES

Gemeinsam Lichterfelde e.V.:

Arbeitseinsatz

Am 10. Mai hatte der Dorfverein GEMEINSAM LICHTERFELDE E.V. einen großen Arbeitseinsatz. Vormittags wurde die Verkehrsinsel der Buswendeschleife am Ortseingang gemäht, die Blumenkästen aus Holz gestrichen und mit neuen saisonalen Blumen bepflanzt. Am Nachmittag erfolgte die Mahd der Liegewiese an der Lichterfelder Badestelle am Buckowsee. Zudem wurden fauliges Laub und Abfall aus dem Uferbereich des Sees entfernt.



Foto: Dr. ANDREAS STEINER

Die Vereinsmitglieder bei der Arbeit, *»bewaffnet«* mit Rasenmäher, Freischneider, Harken und Schaufeln.

Unmittelbar nach getaner ehrenamtlicher Arbeit fanden sich schon die ersten Badegäste ein und freuten sich über eine saubere Badestelle. Nun kann die Badesaison für alle beginnen!

Dr. ANDREAS STEINER

Purpur Fest

Im Juli sind es mit dem Purpur Fest im Forstbotanischen Garten von Eberswalde vom 20. bis 27. Juli 2024 gleich acht Tage Kultur am Stück.

Über die Open Air Kinoleinwand am schönen Ort flimmern von Montag bis Donnerstag, also vom 22. bis 25. Juli und immer gegen 21.30 Uhr mit dem Einbruch der Dunkelheit beginnend, die Filme: *»Fallende Blätter«* von Aki Kaurismäki, *»Der Mann, der nie im All war«* von Tom Lemke, *»Gondola«* von Veit Helmer und *»Perfect Days«* von Wim Wenders. Alles aktuelle Produktionen aus dem Jahr 2023.

UDO MUSZYNSKI | 15

Ganzheitliche Ernährung (40)

Bei einer *Fibromyalgie* kommt es zu anhaltenden Schmerzen im Bereich der Sehnenansätze und der Muskeln. Die Erkrankung gehört zum *rheumatischen Formenkreis*. Es handelt sich hierbei um eine nicht entzündliche Erkrankung, die in Schüben verläuft und chronisch ist. Da sowohl Röntgenuntersuchungen als auch Blutuntersuchungen keinerlei Rückschlüsse auf das Vorhandensein dieser Krankheit geben, ist eine Diagnose nur sehr schwierig zu stellen, da diese Krankheit keine Schädigung des Bewegungsapparates verursacht. Auch innere Organe werden nicht geschädigt.

Bei der *primären Fibromyalgie* ist keine eindeutige Ursache bekannt. Die *sekundäre Form* kann nach Operationen, Krebserkrankungen oder auch nach organischen Erkrankungen, Infekten oder Autoimmunerkrankungen auftreten. Die Betroffenen leiden unter meist diffusen, teilweise sehr starken Schmerzen des Bewegungsapparates und der Muskulatur. Die Beschwerden treten in Form von Stechen oder Brennen auf oder ähneln einem Muskelkater. Kälte kann die Schmerzen verstärken, ebenso auch emotionaler Stress. Oft treten auch Begleitsymptome wie Kopfschmerzen, Schwellungen, Morgensteifigkeit, Erschöpfung, Reizdarm oder ein Zittern in den Gliedmaßen auf. Viele Betroffene leiden zusätzlich an Angstzuständen, Müdigkeit oder Depressionen. Auch das Restless-Legs-Syndrom oder Schlafapnoe treten häufig auf. Dies alles kann die Lebensqualität erheblich beeinträchtigen.

Die genaue Ursache der Fibromyalgie ist noch nicht geklärt. Es wird vermutet, daß es sich um Störungen in der Schmerzverarbeitung im Gehirn handelt. Verantwortlich könnte ein Mangel des Neurotransmitters Serotonin sein. Da Frauen deutlich häufiger betroffen sind, werden auch hormonelle Ursachen vermutet. Typisch für von Fibromyalgie betroffene Patienten ist, daß Sie besonders sensibel auf Druck an bestimmten Körperpunkten reagieren. Es gibt insgesamt 18 dieser sogenannten Tender-Points.

Da derzeit keine Heilung möglich ist, sollen Behandlungen eine Chronifizierung der Beschwerden verhindern. Patienten können bei einem Psychiater oder Psychotherapeuten lernen, besser mit seelischen Belastungen umzugehen und chronischen Stress zu minimieren. Oft werden ergänzend Entspannungsübungen eingesetzt. Auch Physiotherapie kommt in Frage. Die Einnahme von Schmerzmitteln über eine längere Zeit ist nicht geeignet, da dies mit erheblichen Nebenwirkungen verbunden sein kann. Die zeitlich begrenzte Gabe von Antidepressiva kann zu einer Senkung der Schmerzschwelle führen und zur Verbesserung der Schlafgewohnheiten beitragen.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Eberswalde, DDR (Teil 2)

Eberswalde (bbp). »Die Gegenüberstellung von Gebäuden, Straßen oder Plätzen auf historischen Fotos mit den Ablichtungen derselben Orte in der Gegenwart gehört zu jener Form der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und Gegenwart, die bei vielen beliebt ist.«

Das schrieben wir in der Winterausgabe 2023, in der wir erste Bilder der Ausstellung »Eberswalde, DDR« von Dirk Engelhardt zeigten. Zu sehen war diese kleine Ausstellung im vorigen Jahr neben dem Eberswalder Medienhaus in der Eisenbahnstraße 92/93. Insgesamt 18 Fotopaare, die den Vergleich des histori-

schen Eberswalde mit dem Eberswalde von heute zulassen.

Der geborene Niedersachse arbeitet seit 1994 als freier Journalist für verschiedene Zeitungen und schreibt Reisebücher. Seit einigen Jahren lebt und arbeitet er in Eberswalde. Angetan von der Stadt, kam ihm die Idee zu dieser Ausstellung. Mit Hilfe von Eberswaldern, insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Kreisarchiv, fand er alte Fotos mit vergessenen Ansichten. Die aktuellen Vergleichsfotos, auf denen der heutige Zustand zu sehen ist, stammen von ihm selbst.



In der Friedrich-Ebert-Straße fielen in der Nacht vom 25. auf den 26. April 1945 zahlreiche Häuser infolge des Bombenangriffs der deutschen Luftwaffe in Schutt und Asche. Es dauerte Jahre, bis die Trümmer weggeräumt waren. In den 1950er wurde dort ein Park angelegt.



...die Parkanlage entwickelte sich inzwischen zu einem grünen, schattenspendenden Refugium und ist mittlerweile als »Ebertwiese« bekannt. Es ist eine der letzten Flächen in der Eberswalder Innenstadt, die noch vor einer Bebauung bewahrt wurde – obwohl die Planungen längst vorliegen.



Dieses Foto entstand vermutlich in den 1960er Jahren. Die Neubauten in der Wildparkstraße in Westend entstanden Ende der 50er bis Anfang der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts, zum Teil in Eigenleistung der Mitglieder der damaligen Arbeiterwohnungs-genossenschaft, heute Wohnungs-genossenschaft 1893 Eberswalde eG...



...der besondere Charakter des genossenschaftlichen Wohngebiets blieb bis heute erhalten. Die Bäume sind gewachsen und die Häuser sind inzwischen modernisiert.

19 neue »Stolpersteine« in der Stadt

Eberswalde (prest-ew). Am 13. Juni (nach Redaktionsschluß) wurden in der Stadt Eberswalde insgesamt 19 sogenannte STOLPERSTEINE verlegt.

Die Stolpersteine erinnern an die deportierten, ermordeten und vermißten Nachbarn und Bewohner der Stadt Eberswalde. Bisher sind 50 Stolpersteine für vornehmlich jüdische Opfer des Faschismus in den Gehwegen Eberswaldes eingelassen worden.

Die Verlegung der Steine erfolgte erstmalig im Beisein von Angehörigen der Opfer. Auf

Einladung des Bürgermeisters der Stadt Eberswalde, der Initiative »Al-Tishkach - Jüdische Spuren in Eberswalde« und des Alexander von Humboldt Gymnasiums Eberswalde reisten Gäste aus Großbritannien, Israel, Kanada, Dänemark und den Niederlanden an.

An dem Tag der Verlegung veranstaltete das Humboldt Gymnasiums Eberswalde zudem eine abendliche Festveranstaltung mit dem Titel »Remembering together. Embracing responsibility. - Gemeinsam erinnern. Verantwortlich leben.«

Ein Bierdeckel reicht aus!

Hört man westlichen Politikern zu, kann man zu der Einschätzung gelangen, daß Rußland bereits den Krieg verloren hat, aber es nur noch nicht weiß. Lobbyisten, getarnt als Politiker, schreien nach der Versendung von Bodentruppen in die Ukraine. Angriffe auf das russische Kernland gehören bereits zum guten Ton. Man versucht sich in den Forderungen nach Militärhilfe zu überbieten. Ganz vorn, als Speerspitze der Konfrontation dabei, ist das kleine Estland.

Was aber in dem ganzen Kriegsgeschrei untergeht, sind die Warnungen Chinas. Die Zeit der leisen Töne zu fragwürdigen Äußerungen von Seiten westlicher Staaten ist vorbei. Es sind bereits Posaunen, die aus Richtung China ertönen. Was ist daran falsch zu verstehen oder zu überhören, wenn China klar stellt, sollte es Angriffe auf russisches Kernland geben, daß sie Rußland beistehen werden.

China hat nur zu gut verstanden, daß, wenn Rußland fällt, ihr Land das nächste Ziel sein wird. Man stellt sich als Außenstehender die Frage, ob die führenden Politiker in den westlichen Regierungen die mathematischen Grundfertigkeiten eines Schulkindes in der ersten Klasse, die Addition, verlernt haben?

Schauen wir uns das militärische Potential Chinas genauer an (Quelle: statista):

Aktive Soldaten:	2.035.000
Reserve:	510.000
Paramilitär:	625.000
Flugzeuge/Hubschrauber:	3.304
Kampfpanzer:	5.000
Gepanzerte Fahrzeuge:	174.300
selbstfahrende Artillerie:	3.850
Geschleppte Artillerie:	1.434
MLRS-Systeme:	3.180
Militärschiffe gesamt:	730
Nukleare Sprengköpfe:	410

Allein dieser kleine Auszug aus dem militärischen Potential müßte jeden logisch Denkenden das Fürchten lehren. Und das sind nur Chinas Möglichkeiten im Jahr 2024.

Wenn man sich klar macht, daß China aktuell 1,46 Milliarden Einwohner hat, ist die Fähigkeit, eine zusätzliche aktive Armee-Reserve zu schaffen, ungleich höher als das, was die westlichen Staaten aufzubieten haben. Über die Wirtschaftskraft müssen wir erst recht nicht philosophieren. Werden Waffen benötigt, wer wird das wohl die besseren Karten haben? Zahlen zeichnen sich durch ihre Transparenz aus und zeigen, wann man sich wie entscheiden sollte. Die Betrachtungen passen auf einen Bierdeckel und jeder kann sie innerhalb von Minuten aus dem Internet abrufen. Liebe Politiker, anstatt konfuse Reden zu halten, solltet ihr es doch mal mit einem Bierdeckel versuchen, der in der Not auch unter einem Champagner-Glas zu finden ist.

Vorsitzende des Vereins ist Liane Kilinc. Sie hält den Widerstand der Menschen im Donbass gegen die »Aufstandsbekämpfung« der mit Faschisten durchsetzten Maidan-Putsch-Regierung in Kiew für legitim. Sie und ihr Verein setzten die Hilfsaktionen für die Donbassbevölkerung auch nach dem russischen Angriff vom 24. Februar 2022 fort.

Doch seitdem ist »Zeitenwende« und alles, was früher galt, gilt nicht mehr. Kriegsoffern zu helfen – zumindest, wenn sie auf der falschen Seite stehen – ist nicht mehr gemeinnützig. So zumindest die Entscheidung des Eberswalder Finanzamtes gegenüber dem Wandlitzer Verein. Zugleich drohen der Vereinsvorsitzenden LIANE KILINC, die in Wandlitz wohnte, bis sie 2022 nach Rußland flüchtete, in der BRD mehrere Strafverfahren, u.a. weil sie am 9. Mai 2022 am Ehrenmal für die im Zweiten Weltkrieg gefallenen sowjetischen Soldaten eine Rede gehalten hatte und dabei die Fahne der Donezker Volksrepublik zeigte. »Dafür wurde ich verhaftet und bekam eine Strafe«, so Liane Kilinc in einem Interview, das sie Andrea Drescher vom österreichischen Redaktionsnetzwerk tkp.at gegeben hat.* »Zwei Tage später standen ukrainische Fahrzeuge mit Kiewer Kennzeichen täglich vor meinem Haus. Sie wollten mich einschüchtern. Es kamen Drohungen per Post und telefonisch.«

Im August 2022 startete dann die vom Verein Friedensbrücke seit langem geplante Reise in den Donbass. »Kurz bevor es zurück gehen sollte«, so Kilinc weiter, die ihren Rückflug für den 13.10.22 geplant hatte, »ging es los mit verschiedenen Presseartikeln in Deutschland. Man las, daß gegen den Verein und mich per-

Friedensaktivistin im Exil

Wandlitz (bbp). Wir berichteten wiederholt von den Aktivitäten des Wandlitzer Vereins FRIEDENSBRÜCKE KRIEGSOPFERHILFE. Der Verein hilft Kriegsoffern im ehemaligen Jugoslawien und anderswo auf der Welt. Seit 2014, als die ukrainische Putschregierung den Aufstand gegen die praktizierte Unterdrückung der russischen Minderheit militärisch niederschlagen wollte, auch im ostukrainischen Donbass. Kürzlich ging der 71. Transport mit 20 Tonnen Hilfsgütern in die vom Krieg gebeutelte Donbass-Region.

sönlich ermittelt werde. Der Grund war ein Buchstabe, Z, auf einem LKW, der in Moskau abgefahren ist.« Gegen sie persönlich werde staatsanwaltlich ermittelt, weil sie im Donbass als Beobachterin das Referendum zum Beitritt in die Russische Föderation begleitete.

Gemeinsam mit dem Verein, der Familie und Freunden entschied sich Liane Kilinc schließlich dafür, in Moskau zu bleiben und dort politisches Asyl zu beantragen.

Die Arbeit des Vereins läuft inzwischen weiter. Daß Liane Kilinc dies nun von Moskau aus organisiert, sei durchaus von Vorteil, meint sie, »auch wenn es mich hart getroffen hat. Aber es war uns, es war mir schon damals (2014, bbp) klar, wohin die Reise geht. Die unzähligen Gewaltverbrechen – am bekanntesten ist ja der Übergriff auf das Gewerkschaftshaus in Odessa – haben klar gezeigt, was zu erwarten ist. Jetzt bin ich direkt vor Ort, fahre trotz des schlimmen Beschusses fast alle zwei Monate selbst in den Donbass. Das ist für die Vereinsarbeit optimal. In Deutschland wäre ich jetzt handlungsunfähig, wäre der Verein handlungsunfähig.«

Der letzte von der BRD aus geplante Transport im Januar 2023 ging schon nicht mehr in den Donbass. »Es war so kompliziert, daß wir die Hilfsgüter der Palästina-Hilfe haben zukommen lassen«, so die Vereinsvorsitzende. Der

Verein stehe bei den deutschen Behörden im Fokus. Es reiche »ein Spaten oder ein Schraubenzieher, um uns eine doppelte Verwendung vorzuwerfen.«

Man wolle den Verein dazu bringen, die Hilfe einzustellen. »Darum haben wir im Vorstand und in der Mitgliederversammlung entschieden, keine Transporte von Deutschland aus mehr durchzuführen. Wir wollen keine Angriffspunkte liefern, die es ihnen ermöglichen, den Verein zu verbieten.«

Von Moskau aus könne der Verein monatlich über 20 Tonnen Hilfsgüter, die von Moskauern und Menschen aus anderen Regionen gespendet werden, in den Donbass schicken. Die Spendensammlung macht der Partnerverein Moskau-Donbass. »Das geht Hand in Hand. Wir machen die Logistik, finanzieren den Transport und sorgen für die Verteilung der Hilfe im Kriegsgebiet. Mit den Spenden aus Deutschland können wir das finanzieren.«

In der Vereinsarbeit sieht Liane Kilinc ihren Auftrag. »Die, die uns unterstützen, Sponsoren, Mitglieder, Spender, sind meine Auftraggeber. Und diesen Auftrag kann ich erfüllen. Ich zeige, daß es Deutsche gibt, die keinen Krieg wollen und den Menschen im Kriegsgebiet helfen.«

* <https://tkp.at/2024/04/25/friedensaktivistin-im-russischen-exil/>

Zitiert:

Die Werte der Demokratie

Sie (die Ukrainer) sitzen auf 10 bis 12 Billionen US-Dollar kritischer Mineralien in der Ukraine. Sie könnten das reichste Land im gesamten Europa sein. Ich möchte dieses Geld und diese Vermögenswerte nicht Putin überlassen, damit er das mit China teilt.

Wenn wir der Ukraine jetzt helfen, kann sie zum besten Geschäftspartner werden, von dem wir nur träumen können. Das ist ein sehr großes Geschäft, das davon abhängt, wie es für die Ukrainer ausgehen wird.

Laßt uns ihnen helfen, diesen Krieg zu gewinnen, den wir uns nicht leisten können, zu verlieren. Lassen Sie uns eine Lösung für diesen Krieg finden. Denn sie sitzen auf einer Goldmine.

Diese 10 oder 12 Billionen US-Dollar an kritischen Mineralien (Ressourcen) und Vermögenswerten an Putin zu übergeben, welche er mit China teilen wird, ist lächerlich!

LINDSEY GRAHAM,

US-Senator der Republikanischen Partei

»Friedenskanzler« wird kriegstüchtig

Da haben wir's! Monatelang erklärte der Bundeskanzler, daß er nicht zulassen wird, daß Deutschland auch nicht indirekt Kriegspartei im Ukraine-Konflikt wird.

Nach den letzten »Wisch-i-waschi«-Erklärungen des Kanzlers und dem fehlgeschlagenen Versuch, sich als »Friedenskanzler« (man lese: Kopie von Willy Brandt) zu gerieren, nun die Satelliten-Kehrwende!

Panzer, Panzerhaubitzen 2000 usw. dürfen nun Rußland angreifen; man kratze die blau-

weiße Farbe ab und dann ist das bekannte Balkenkreuz sichtbar, damit Rußland erkennt, wer u.a. Kriegsteilnehmer ist. Man darf gespannt sein, wann Scholz auch Hofreiters Lieblingsrakete freigeben wird! Das Gerede von Pistorius und seinem Generalinspekteur über die Kriegstüchtigkeit deckt nun nur auf: kriegstüchtig wollen sie sein; friedensfähig sind sie jedenfalls nicht; die 79 Jahre lange Nachkriegszeit ist vorbei, und nun?

BERND C. SCHUHMANN

Menschenmaterial für den Krieg

Berlin (bbp). Am 12. Juni gab BRD-Kriegsminister Boris Pistorius seine Pläne zur Wiedereinführung der Wehrpflicht bekannt.

Die »Zeitenwende« brachte 2022 zunächst einmal einen eklatanten Anstieg der schuldenfinanzierten Aufrüstung auf den Weg. Doch das Militärgerät muß auch bedient werden. Freiwillig wollen nicht so viele junge Menschen zur Bundeswehr, wie dafür ge-

braucht werden. Nicht zuletzt, weil die Gefahr eines tatsächlichen Kriegseinsatzes nicht nur am Hindukusch, sondern auch in der Ukraine größer geworden ist. Die Personalstärke der Bundeswehr soll bis 2031 auf mehr als 200.000 wachsen. Daneben soll die Zahl der aktiven Reservisten steigen. Zur Bearbeitung der geplanten Rekrutierungsfragebögen sollen 500 neue Stellen geschaffen werden.

Wer gefährdet den Frieden?

von Hans Bauer

Diffamierung, Zensur und Strafverfolgung treffen Kriegsgegner. Dabei sitzen die Volksverhetzer im Bundestag. Wer Zweifel an der Politik der deutschen Machthaber öffentlich äußert, hat keine guten Karten.*

Schlimmer ist es, Ursachen und Anlaß des Ukraine-Krieges anders zu sehen als amtlich verordnet. Die offiziellen Reaktionen reichen von Diffamierung über berufliche Nachteile bis hin zu strafrechtlichen Sanktionen.

Das Bundeskriminalamt meldete 2.821 Straftaten allein für 2022, die in direktem Zusammenhang mit dem Krieg standen. Explodiert ist die Anzahl von Ermittlungen nach Paragraph 140 Strafgesetzbuch (Billigung von Straftaten) mit 1.169 Fällen. Wir erinnern an den Fall des Berliner Friedensaktivisten HEINRICH BÜCKER. Er wurde wegen einer Rede am Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 2022 wegen »Billigung eines Angriffskrieges« angeklagt. Das Amtsgericht Köln verurteilte ELENA KOLBASNIKOWA wegen des gleichen Vorwurfs. Jüngstes Opfer der Gesinnungsjustiz ist KAY STRATHUS aus Düsseldorf. Er hatte Rußlands Handeln als in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht bezeichnet und verletzte damit die verordnete Vorgabe zum Krieg. Ihm droht eine Strafe von 3.500 Euro.

Noch geht es um Geldstrafen. Angedroht ist aber auch Gefängnis. Die »Taten«: Volksverhetzung, Billigung einer Straftat und andere Delikte – nach Belieben auslegbar. Gummiparagraphen. Die »Gefahr«: Störung des öffentlichen Friedens.

Die Strafverfolgungen gehen einher mit staatlicher Zensur, mit Verboten und Behinderungen der Auftritte von Wissenschaftlern und Künstlern, die nicht der Staatsräson folgen. Diskriminiert und verleumdet werden Friedensdemonstrationen wie die der »Handwerker für den Frieden« in Bremen und Dessau und weiteren Städten vor allem im Osten. »Messias« Gauck erklärt die Aufsässigkeit der Ostdeutschen mit der autoritären DDR.

Deutsche Medien hetzen gegen alles, was russisch ist, und heizen so die Feindschaft weiter an. Die eigene Bevölkerung wird manipuliert, viele folgen willenlos dem Kriegskurs. Nicht Friedensinitiativen bestimmen die Politik, sondern Eskalation und Zuspitzung. Jede Gelegenheit wird dafür gesucht und genutzt. Keine Lüge ist ungeeignet.

In Berlin steht das »Haus der russischen Wissenschaft und Kultur« zurzeit* im Fokus der Feindpropaganda. Vorwurf: Verletzung der Sanktionen und Verbreitung russischer Propaganda. In Moskau betreibt das deutsche Goethe-Institut mit Sicherheit keine russische Politik. Deutschland ist Kriegspartei. Die milliardenschwere Unterstützung der Ukraine zur Kriegführung gegen Rußland – in diesem Jahr (2023) mit über 5 Milliarden Euro, jetzt sogar mit schweren Waffen und der Ausbildung ukrainischer Soldaten – widersprechen

dem Friedensgebot des Grundgesetzes. Verletzt werden aber auch die Grundrechte auf Informations-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Die einseitige Berichterstattung, das Verschweigen und Verfälschen der Tatsachen über Ursache und Anlaß des Krieges und die Unterdrückung und Sanktionierung anderer Auffassungen verhindern offene Debatten. Eine unabhängige Meinungsbildung durch demokratischen Diskurs ist so unmöglich.

Wer gefährdet nun tatsächlich den öffentlichen Frieden, den Frieden überhaupt? Wer spaltet die Gesellschaft, hetzt die Menschen gegeneinander auf? Wer sind die wirklichen Volksverhetzer? Die Politik dieser Regierung und die staatstreuen Medien geben Antwort auf diese Fragen, zwingen zum Nachdenken, fordern zum Handeln. Geboten ist Widerstand, auch die Nutzung juristischer Mittel.

WERA RICHTER und PATRIK KÖBELE, Vorsitzende der DKP, fordern jetzt gemeinsam mit dem Juristen RALF HOHMANN mit einer Verfassungsbeschwerde den »Rechtsstaat« heraus. Sie beantragen, den im Handstreich vom Bundestag angenommenen Paragraphen 130 Absatz 5 StGB (Neufassung der Volksverhetzung) für nichtig zu erklären.

Der deutsche Imperialismus hat seine »bewährten« Methoden und historischen Erfahrungen beim Vorbereiten und Führen von Kriegen. Am Anfang standen immer Volksverführung und Volksverhetzung. Am Ende stand der Abgrund. Aber gelernt hat er daraus nichts. Diesem Wahnsinn muß Einhalt geboten werden.

* UZ-Ausgabe vom 11.08.23, www.unsere-zeit.de/wer-gefaehrdet-den-frieden-4782798

BRD plant Krieg für 2029

Kriegsminister Pistorius: »Für den Kriegsfall optimal aufgestellt«

Die deutschen Streitkräfte richten ihre interne Organisationsstruktur auf einen Krieg gegen Rußland aus. Von der Reorganisation, die Verteidigungsminister Boris Pistorius Anfang April angekündigt hat, erhoffen sich die Militärs »Kriegstüchtigkeit, Führungsfähigkeit und Wehrpflichtfähigkeit«. Ziel der Reform ist es Pistorius zufolge, »die Bundeswehr so umzubauen«, daß sie für »den Kriegsfall optimal aufgestellt« ist – inklusive »groß angelegtem« Einsatz gegen eine Großmacht und »hoch intensivem Gefecht«.

Die Reform enthält drei wesentliche Neuerungen: Führungsfähigkeiten für In- und Ausland werden in einem zentralen Führungskommando gebündelt; knappe Fähigkeiten wie ABC-Abwehr, Sanitätsdienst oder Logistik werden in einem Unterstützungskommando zentralisiert; die Cyber- und Informationskräfte werden zur vierten Teilstreitkraft aufgewertet. Der Umbau soll »alle Bereiche« der

Truppe in den Blick nehmen und laut Pistorius »innerhalb der nächsten sechs Monate« umgesetzt sein. Es gehe darum, »Aufwuchsfähigkeit, [...] Innovationsüberlegenheit und Kriegsversorgung« sicherzustellen, heißt es. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht scheint schon beschlossene Sache zu sein. Übergeordnete »Handlungsmaxime« bleibt »Kriegstüchtigkeit«.¹

Am 5. Juni verkündete der BRD-Kriegsminister Boris Pistorius das im Deutschen Bundestag: »Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein«. Solange sollen wohl nach Auffassung des Kriegsministers die 1. und 2. Staffel, also zunächst die Ukraine und dann Polen sowie vielleicht Rumänien und die baltischen Kleinstaaten unterstützt durch französische Fremdenlegionäre, den Krieg in der Ukraine noch am Laufen halten, bis dann die Bundeswehr als 3. Staffel bereit ist, den Krieg gegen Rußland fortzusetzen.²



FOTO: ROMAN DENISOW

Der erste Leo 2 schaffte es schon bis Moskau ...

Man könnte sich fragen, wieso dieser Mann nicht auf der Stelle für seine Kriegspropaganda verhaftet wird. Doch das Spiel mit dem Feuer ist nur Mittel zum Zweck, der sich letztlich darin erschöpft, daß den deutschen Rüstungskonzernen mit aktuell »Rheinmetall« an der Spitze endlich wieder »auskömmliche« Profitmöglichkeiten dargeboten werden. Was soll's, wenn dabei die Welt – oder zumindest Europa einschließlich unseres Landes – in Trümmern fällt.

GERD MARKMANN

1 – www.german-foreign-policy.com
2 – »Die dritte Staffel«, BBP 2/2023, Seite 9

Wir wenden uns an Sie in tiefer Sorge vor einer weiteren Eskalation des Krieges und mit der Erwartung, anstelle weiterer Waffenlieferungen Verantwortung für eine friedliche Lösung zu übernehmen.«

Natürlich enthält der Brief den Verweis auf »den völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine und den daraus resultierenden Krieg«, den die Unterzeichner »auf das Schärfste« verurteilen. Auch die Solidarität »mit dem ukrainischen Volk, das seit nunmehr zwei Jahren unter den katastrophalen Folgen dieses Krieges leidet«, wurde ausdrücklich erklärt.

Doch im Brief steht auch: »Mit großer Sorge beobachten wir den Ausbau der Rüstungsindustrie und eine in der Öffentlichkeit immer stärker und scheinbar bedenkenlos genutzte Kriegsrhetorik. Anstelle militärischer Unterstützung sollte Deutschland alles dafür tun, um der Ukraine jedwede humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Krieg kennt nur Verlierer. Statt der Dominanz des Militärs brauchen wir die Sprache der Diplomatie und des Friedens.«

Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. So berichtete »Der Spiegel« nicht etwa über den Inhalt des Briefes, sondern widmete sich den Unterzeichnern:

»Gezeichnet ist das Schreiben von 32 Personen – und beim Blick auf die Zusammensetzung des Kreistags wird schnell klar: Der offene Brief entstand in einer offenbar ganz großen Koalition. Allein aus der Grünenfraktion findet sich kein Unterzeichner, dafür aber unter anderem aus den Fraktionen der CDU, FDP, SPD, Linken – und der AfD. Und nicht nur das: Auch ein Abgeordneter der früheren NPD, die heute 'Die Heimat' heißt, hat seinen Namen unter den Brief an Scholz und Bas gesetzt.«

»Kriegstreiberin« und »Faschistin« als »Brechmittel«

Am 20. April durfte die Ober-Kriegshetzerin der FDP Marie-Agnes Strack-Zimmermann (MASZ) in der Eberswalder Stadthalle im Familiengarten auftreten. Dort wurde sie von knapp 150 Anhängern bejubelt (MOZ, 22.4.24), während zugleich 150 bis 200 Menschen vor dem Familiengarten gegen die Kriegstreiberin und für Frieden demonstrierten (siehe Foto und den Bericht in BBP 5/2024).

Ein paar Tage später mußte die klagefreudige Rüstungslobbyistin gleich zwei juristische Schlappen hinnehmen. MASZ erstattet nach eigener Aussage pro Monat etwa 250 Anzeigen wegen vermeintlichen Beleidigungen, teilt aber zugleich selbst gern scharf gegen Kritiker und politische Gegner aus (»Weiß Ihr Chef, was Sie hier machen?«). Aktuell hat sie in zwei Verfahren den Kürzeren gezogen.

Demnach darf MASZ nun gerichtlich überprüft als »Kriegstreiberin« bezeichnet werden. Laut Amtsgericht Düsseldorf ist eine solche Äußerung eindeutig von der Meinungsfreiheit gedeckt. Eine weitere Schlappe erlitt MASZ vor

Offener Brief für Frieden

Prenzlau/Eberswalde (bbp). Im Landkreis Uckermark haben im April Kreistagsabgeordnete verschiedener Parteien in einem »offenen Brief« zum Ende der Militärhilfe für die Ukraine aufgerufen. Der Brief fand im Kreistag eine Mehrheit, so daß die Kreisverwaltung den Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz und die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (beide SPD) verschickte. In diesem heißt es unter anderem:

Mit der Argumentation der Kontaktschuld ist der Spiegel auf der sicheren Seite, kommentiert das TOM J. WELLBROCK vom Blog »Neulandrebellen«. Denn selbst in vermeintlich kritischen Kreisen habe sich die Angst vor dieser Kontaktschuld durchgesetzt. Frei nach dem Motto »betritt keinen Supermarkt, in dem ein AfDler eingekauft haben könnte«, seien in der BRD Distanzierungen von allem und jedem, der irgendwie verdächtig sein könnte, zum guten Ton geworden.

Dabei ging die Initiative für den »offenen Brief« ausgerechnet von der CDU aus. AfD und »Die Heimat« unterschrieben erst, als die Mitglieder von CDU, FDP, SPD und Linken ihre Unterschrift schon gesetzt hatten.

Insofern können die Grünen, die ihre Unterschrift verweigerten, dies nicht mit der »Kontaktschuld« begründen.

Laut der Zeitung »Neues Deutschland« sagte dazu Brandenburgs Linksfraktions- und -partei-vorsitzender Sebastian Walter, der zugleich in Eberswalde die Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung anführte: »Ich habe mir den offenen Brief durchgelesen und ich hätte ihn auch unterschrieben«. In der laufenden Volksinitiative »Schule satt« der Linken, die sich in einem Aktionsbündnis mit Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Elternbeiräten dafür einsetzt, daß Grundschulern in

Brandenburg ein kostenloses Mittagessen angeboten wird, ließe sich auch nicht verhindern, wenn AfD-Anhänger unterschreiben. Das Anliegen sei trotzdem richtig.

Ein Jahr zuvor, im Mai 2023, hatte die Fraktion der Linkspartei in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung, der Sebastian Walter schon damals vorstand, einen ähnlichen »Offenen Brief der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde an die Bundesregierung« als Beschlußvorlage eingereicht. Die Fraktion bezog sich damals auf einen etwa gleichlautenden Appell der Stadtverordnetenversammlung Bernau.

Damals gab es bereits im Vorfeld heftigen Gegenwind seitens der Eberswalder Stadtverwaltung, die im Einvernehmen mit der kreislichen Kommunalaufsicht handelte und einen positiven Beschluß schlichtweg für rechtswidrig erklärte (BBP Sommer/2023). Die Linksfraktion zog daraufhin ihre Vorlage zurück, um sie einen Monat später – um einiges weichgespült – nochmal einzureichen. An der Argumentation der Verwaltung hatte sich indes nichts geändert. Einige Stadtverordnete von den Grünen, einer AfD-Absplittierung und der FDP outeten sich bei der Gelegenheit als Kriegsbefürworter, die am Ende bei der Abstimmung die Oberhand behielten, so daß der Appell knapp abgelehnt wurde (BBP 8/2023).



FOTO: GERD MARKMANN

dem Amtsgericht Kerpen. Die Klage lautete auf »Beleidigung und übler Nachrede« sowie »Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens«. Der Beklagte hatte MASZ als »Faschistin« bezeichnet. Hier wurde das Verfahren eingestellt. Bereits Anfang des Jahres endete ein Verfahren vor dem Amtsgericht Offenburg mit einem Freispruch für eine Frau, die MASZ als »Brechmittel« bezeichnet hatte.

Dank ihres Spitzenlistenplatzes reichte es für die »Faschistin« und »Kriegstreiberin«, die

deshalb auf manche Menschen wie ein »Brechmittel« wirkt, für einen Einzug in das Europäische Parlament. Die Freien Demokraten werden wissen, warum sie ihre »Verteidigungspolitikerin« ins EU-Parlament abgeschoben haben. Zumindest kann sie nun als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag kein Unheil mehr anrichten, was nicht heißt, daß sich dort nicht schnell ein ähnlich übler Ersatz findet.

GERD MARKMANN

Gazas tote Dichter

Die israelischen Bombardements des Gazastreifens, die nach der israelischen Regierung angeblich dazu dienen, die Hamas für den Terror des 7. Oktober zu bestrafen und zu vernichten, haben für die Palästinenser katastrophale Folgen. Das Ausmaß der Zerstörung ist unvorstellbar. Die Opferzahlen, 36.500 Tote und über 82.500 Verletzte (Stand 05.06.24), wobei die meisten Krankenhäuser nicht mehr funktionsfähig sind, da sie entweder zerstört wurden oder wegen der Blockade den Betrieb einstellen mußten, stehen in keinem Verhältnis zum Anlaß für diesen Krieg. Auch zentrale Kultureinrichtungen, Theater, Museen, Bibliotheken, Pressehäuser usw. wurden durch israelische Luftangriffe zerstört. Unter den zivilen Opfern sind auch viele Kunstschaffende:

HEBA ABU NADA (1991-2023) war Romanautorin, Dichterin und Lehrerin. Sie fiel am 20. Oktober einem israelischen Luftangriff in ihrem Haus in Khan Yunis zum Opfer. Ihr letzter Facebookbeitrag vom 8. Oktober 2023:

»Gazas Nacht

*ist schwarz, abgesehen vom Raketenfeuer,
ist ruhig, abgesehen vom Lärm der Bomben,
schrecklich, abgesehen vom Trost des Gebets,
schwarz, abgesehen vom Licht der Märtyrer.
Gute Nacht, Gaza«*

OMAR FARIS ABU SHAWESH (1987-2023) war Romanautor, Dichter und in der Jugendarbeit engagiert. Er hatte Journalismus studiert und ist auch als Sänger erfolgreich gewesen. Er wurde am 7. Oktober Opfer eines israelischen Luftangriffs auf das Flüchtlingslager Nuseirat in Gaza.

DR. REFAAT ALAREER (1973-2023) war Literaturwissenschaftler und seit 2007 Professor für kreatives Schreiben an der Islamischen Universität in Gaza. Er war u.a. der Herausgeber der Kurzgeschichtensammlung »Gaza writes back« (2014). Er initiierte »We Are Not Numbers«, um junge palästinensische Autoren zu fördern. Sein Gedicht »If I Must Die« wurde in 40 Sprachen übersetzt. Er starb am 6. Dezember 2023 bei einem israelischen Luftangriff, dem auch sein Bruder, seine Schwester und deren Kinder zum Opfer fielen. Er hinterläßt seine Frau und seine zwei Kinder. In seinem Beitrag für »Light in Gaza: Writings Born in Fire« schrieb er:

»Es wird ein Ende haben, das hoffe ich. Es wird ein Ende haben, das sage ich. Manchmal glaube ich es. Manchmal nicht. Und während Gaza um sein Leben kämpft, kämpfen wir, damit es ein Ende hat, wir haben keine Wahl, als zurückzuschlagen und diese Geschichten zu erzählen.«

ABDUL KARIM HASHASH (1947-2023) hat das historische Erbe Palästinas und der Beduinen, deren Gebräuche und Sitten erforscht und arabische Sprichwörter gesammelt. Er starb am 23. Oktober 2023 zusammen mit vielen Familienmitgliedern in Rafah.

INAS AL SAQA (1970-2023) war eine Stückeschreiberin, eine gefeierte Schauspielerin und engagierte sich sehr für das Kindertheater in Gaza. Sie war ein »Leuchtturm in der Theatercommunity« Gazas. Am 27. August 2023, ihrem letzten Eintrag, schrieb sie auf facebook:

»Manchmal schaut du zurück auf deine Ver-

gangenheit..., nur um festzustellen, daß du einem Massaker lebend entkommen bist.«

Am 31. Oktober 2023 wurde sie mit ihren fünf Kindern das Opfer eines israelischen Luftangriffs. Nur zwei ihrer Kinder überlebten schwer verletzt. Sie war der Aufforderung der israelischen Armee, eine christlich-orthodoxe Kirche zu verlassen, gefolgt und hatte im Apartment eines Freundes Schutz gesucht, das völlig zerstört wurde.

JIHAD AL MASRI (1963-2023) war Historiker und veröffentlichte viele Studien zur islamischen Geschichte und mündlichen Überlieferung in Palästina in arabischen und internationalen Zeitschriften. Er war Direktor des Khan Yunis-Zweigs der Al-Quds Open University. Er starb am 17. Oktober an den Folgen seiner Verletzungen durch den Beschuß der Israelis von Khan Yunis.

YUSUF DAWAS (2003-2023), Schriftsteller, Journalist, Fotograf, Student der Psychologie und Musiker, hat für den Palestine Chronicle geschrieben und war bei »We Are Not Numbers« aktiv. Er starb mit seiner Familie am 14. Oktober 2023 bei einem israelischen Luftangriff auf Beit Lahia in seinem Haus.

MUSTAFA AL-SAWWAF (1955-2023) war einer der erfahrensten Journalisten in Gaza, der seit 1999 für viele Zeitungen und Medien das politische Geschehen beschrieb, analysierte und kommentierte. Er war der Herausgeber verschiedener Zeitungen und gründete sein eigenes Medienhaus AL FEEL PRESS. Er arbeitete zeitweilig auch im Kulturministerium in Gaza. Er starb mit mehreren Familienmitgliedern am 18.11.2023 durch einen israelischen Luftangriff auf sein Haus.

ABDULLAH AL-AQAD, Schriftsteller, wurde am 16. Oktober 2023 durch Beschuß seines Hauses in Khan Yunis zusammen mit seiner Frau und seinen vier Kindern getötet.

DR. SAID AL-DAHSHAN war ein Experte des Internationalen Rechts und veröffentlichte seine Studie, »How to Sue Israel« (Wie man Israel vor Gericht bringen kann). Er wurde mit seiner Frau, seinen drei Kindern, seiner Mutter und der Familie seines Bruders sowie mehreren Nachbarn am 13.10.2023 durch einen israelischen Luftangriff auf sein Haus getötet.

SHAHADAH AL-BUHBAHAN, Dichter, wurde am 6. November zusammen mit seiner Enkelin bei einem israelischen Luftangriff getötet.

NOUR AL DIN HAJJAJ (1996-2023) war ein Stückeschreiber und Romancier (*Wings That Do Not Fly*, 2022), der am 2. Dezember 2023 in seinem Haus in Al-Shujaiyya bei einem israelischen Luftangriff getötet wurde. Er schrieb in einer seiner letzten Nachrichten:

»Ich heiße Nour al Din-Hajjaj, ich bin ein palästinensischer Schriftsteller, 27 Jahre alt und habe viele Träume.

Ich bin keine Ziffer und ich bin nicht damit einverstanden, daß mein Tod nur eine flüchtige Nachricht ist. Sagt auch, daß ich das Leben, Glücklichein, Freiheit, das Lachen der Kinder, die See, Kaffee, Schreiben, Fairouz und alles, was Freude macht, liebe, obwohl all diese Dinge im nächsten Moment verschwinden können.«

SALEEM AL-NAFFAR (1963-2023) war ein anerkannter Schriftsteller und Dichter, der 1994 aus Syrien nach Gaza, seiner Geburtsstadt, zurückgekehrt war und in verschiedenen Zeitschriften publiziert hat. Er trat in seinem Werk für einen gewaltfreien Widerstand gegen die Besatzung ein.

»Manchmal singe ich über unsere Verzweiflung. Vielleicht lieben die Leute mein Werk, gerade deshalb, weil es niemals dem Haß nachgibt und nach Gewalt schreit.«

Er wurde am 7. Dezember 2023 zusammen mit seiner Familie in Gaza-Stadt bei einem israelischen Luftangriff getötet.

HARTMUT LINDNER

Quellen: www.lithub.com; Dan Sheehan von LitHub hat auf der Basis von Informationen von ArabLit und des Kulturministeriums Gaza (»Second Preliminary Report on the Cultural Sector Damage War on Gaza Strip«) eine Übersicht der Opfer zusammengestellt veröffentlicht. Diese vorliegende Zusammenstellung stützt sich darauf, es wurden aber auch Einträge bei Wikipedia herangezogen und Daten ergänzt. Sie den Zeitraum zwischen dem 7. Oktober und Mitte Dezember 2023.

Geiselfreiung

Anfang Juni gelang es in Nuseirat im Gazastreifen Spezialkräften der israelischen Armee (IDF), die von Panzern und massivem Bombardement durch Artillerie und Luftwaffe unterstützt wurden, vier israelische Geiseln aus den Händen der Hamas zu befreien.

Bei der Aktion starben drei weitere israelische Geiseln sowie mindestens 270 Palästinenser, darunter viele Frauen und Kinder. Über 700 Menschen wurden verwundet. Irrendwelche Rücksichtnahmen gegenüber Zivilisten (auch den eigenen, einschließlich der Geiseln) sind seitens der IDF seit Beginn des neuen Gaza-Krieges nicht erkennbar.

Der UN-Generalsekretär António Guterres spricht davon, daß die Geschwindigkeit und das Ausmaß des »Blutbads und Tötens« im Gazastreifen alles übersteige, was er je in seiner Funktion gesehen habe. (gm) 21

Menschenrechte

von Karl Marx

Die *droits de l'homme*, die Menschenrechte werden als solche unterschieden von den *droits du citoyen*, von den Staatsbürgerrechten. Wer ist der vom *citoyen* unterschiedene *homme*? Niemand anders als das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft. Warum wird das bürgerliche der bürgerlichen Gesellschaft »Mensch«, Mensch schlechthin, warum werden seine Rechte Menschenrechte genannt? Woraus erklären wir dies Faktum? Aus dem Verhältnis des politischen Staats zur bürgerlichen Gesellschaft, aus dem Wesen der politischen Emanzipation.

Vor allem konstatieren wir die Tatsache, daß die sogenannten Menschenrechte, die *droits de l'homme* im Unterschied von den *droits du citoyen*, nichts anderes sind als die Rechte des Mitglieds der bürgerlichen Gesellschaft, d.h. des egoistischen Menschen, des vom Menschen und vom Gemeinwesen getrennten Menschen. Die radikalste Konstitution, die Konstitution von 1793, mag sprechen: »Die Rechte ... sind: Gleichheit, Freiheit, Sicherheit, Eigentum.«² ...

Die Freiheit ist ... das Recht, alles zu tun und zu treiben, was keinem andern schadet.³ Die Grenze, in welcher sich jeder dem andern unschädlich bewegen kann, ist durch das Gesetz bestimmt, wie die Grenze zweier Felder durch den Zaunpfahl bestimmt ist. Es handelt sich um die Freiheit des Menschen als isolierter auf sich zurückgezogener Monade... Es ist das Recht dieser Absonderung, das Recht des beschränkten, auf sich beschränkten Individuums. Die praktische Nutzenanwendung des Menschenrechtes der Freiheit ist das Menschenrecht des Privateigentums.⁴...

Das Menschenrecht des Privateigentums ist also das Recht, willkürlich (*à son gré*), ohne Beziehung auf andre Menschen, unabhängig von der Gesellschaft, sein Vermögen zu genießen und über dasselbe zu disponieren, das Recht des Eigennutzes. Jene individuelle Freiheit, wie diese Nutzenanwendung derselben, bilden die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft. Sie läßt jeden Menschen im andern Menschen nicht die Verwirklichung, sondern vielmehr die Schranke seiner Freiheit finden...

Es bleiben noch die andern Menschenrechte, die *égalité* und die *sûreté*.

Die *égalité*, hier in ihrer nichtpolitischen Bedeutung, ist nichts als die Gleichheit der oben beschriebenen *liberté*, nämlich: daß jeder Mensch gleichmäßig als solche auf sich ruhende Monade betrachtet wird... Die Konstitution von 1795 bestimmt den Begriff dieser Gleichheit, ihrer Bedeutung angemessen, dahin: »Die Gleichheit besteht darin, daß das gleiche Gesetz für alle gilt, ganz gleich ob es beschützt oder bestraft.«⁵

Und die *sûreté*? ... Die Sicherheit ist der höchste soziale Begriff der bürgerlichen Gesellschaft, der Begriff der Polizei, daß die ganze Gesellschaft nur da ist, um jedem ihrer

Bei dem nachfolgenden Text von Karl Marx handelt es sich Auszüge aus dessen Schrift »Zur Judenfrage«, die 1844 in den »Deutsch-Französischen Jahrbüchern« erschienen ist.¹ Über den konkreten Anlaß dieser Veröffentlichung in der »Barnimer Bürgerpost« berichtet der nebenstehende Beitrag.

Glieder die Erhaltung seiner Person, seiner Rechte und seines Eigentums zu garantieren.⁶ Hegel nennt in diesem Sinn die bürgerliche Gesellschaft »den Not- und Verstandesstaat«.

Durch den Begriff der Sicherheit erhebt sich die bürgerliche Gesellschaft nicht über ihren Egoismus. Die Sicherheit ist vielmehr die Versicherung ihres Egoismus.

Keines der sogenannten Menschenrechte geht also über den egoistischen Menschen hinaus, über den Menschen, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich auf sich, auf sein Privatinteresse und seine Privatwillkür zurückgezogenes und vom Gemeinwesen abgesondertes Individuum ist. Weit entfernt, daß der Mensch in ihnen als Gattungswesen aufgefaßt wurde, erscheint vielmehr das Gattungsleben selbst, die Gesellschaft, als ein den Individuen äußerlicher Rahmen, als Beschränkung ihrer ursprünglichen Selbständigkeit. Das einzige Band, das sie zusammenhält, ist die Naturnotwendigkeit, das Bedürfnis und das Privatinteresse, die Konservation ihres Eigentums und ihrer egoistischen Person.

Es ist schon rätselhaft, daß ein Volk, welches eben beginnt, sich zu befreien, alle Barrieren zwischen den verschiedenen Volksgliedern niederzureißen, ein politisches Gemeinwesen zu gründen, daß ein solches Volk die Berechtigung des egoistischen, vom Mitmenschen und vom Gemeinwesen abgesonderten Menschen feierlich proklamiert (*Déclaration de 1791*), ja diese Proklamation in einem Augenblicke wiederholt, wo die heroischste Hingebung allein die Nation retten kann und daher gebieterisch verlangt wird, in einem Augenblicke, wo die Aufopferung aller Interessen der bürgerlichen Gesellschaft zur Tagesordnung erhoben und der Egoismus als ein Verbrechen bestraft werden muß. (*Déclaration des droits de l'homme etc. de 1793*.) Noch rätselhafter wird diese Tatsache, wenn wir sehen, daß das Staatsbürgertum, das politische Gemeinwesen von den politischen Emanzipatoren sogar zum bloßen Mittel für die Erhaltung dieser sogenannten Menschenrechte herabgesetzt, daß also der *citoyen* zum Diener des egoistischen *homme* erklärt, die Sphäre, in welcher der Mensch sich als Gemeinwesen verhält, unter die Sphäre, in welcher er sich als Teilwesen verhält, degradiert, endlich nicht der Mensch als *citoyen*, sondern der Mensch als *bourgeois* für den eigentlichen und wahren Menschen genommen wird.



Karl Marx (1861)
FOTO: RICHARD BEARD

Das Ziel aller politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unabdingbaren Menschenrechte (Erklärung der Rechte usw. von 1791, Artikel 2.) »Die Regierung ist eingesetzt, um dem Menschen den Genuß seiner natürlichen und unabdingbaren Rechte zu verbürgen.« (Erklärung usw. von 1793, Artikel 1.)⁷

Also selbst in den Momenten seines noch jugendfrischen und durch den Drang der Umstände auf die Spitze getriebenen Enthusiasmus erklärt sich das politische Leben für ein bloßes Mittel, dessen Zweck das Leben der bürgerlichen Gesellschaft ist. Zwar steht seine revolutionäre Praxis in flagrantem Widerspruch mit seiner Theorie. Während z.B. die Sicherheit als ein Menschenrecht erklärt wird, wird die Verletzung des Briefgeheimnisses öffentlich auf die Tagesordnung gesetzt. Während die »*liberté indéfinie de la presse*«⁸ als Konsequenz des Menschenrechts, der individuellen Freiheit, garantiert wird, wird die Preßfreiheit vollständig vernichtet, denn »...die Pressefreiheit darf nicht zugelassen werden, wenn sie die allgemeine Freiheit verletzt«⁹, d.h. also: Das Menschenrecht der Freiheit hört auf, ein Recht zu sein, sobald es mit dem politischen Leben in Konflikt tritt, während der Theorie nach das politische Leben nur die Garantie der Menschenrechte, der Rechte des individuellen Menschen ist, also aufgegeben werden muß, sobald es seinem Zwecke, diesen Menschenrechten, widerspricht. Aber die Praxis ist nur die Ausnahme, und die Theorie ist die Regel. Will man aber selbst die revolutionäre Praxis als die richtige Stellung des Verhältnisses betrachten, so bleibt immer noch das Rätsel zu lösen, warum im Bewußtsein der politischen Emanzipatoren das Verhältnis auf den Kopf gestellt ist und der Zweck als Mittel, das Mittel als Zweck erscheint. Diese optische

Täuschung ihres Bewußtseins wäre immer noch dasselbe Rätsel, obgleich dann ein psychologisches, ein theoretisches Rätsel...

Allein die Vollendung des Idealismus des Staats war zugleich die Vollendung des Materialismus der bürgerlichen Gesellschaft. Die Abschüttlung des politischen Jochs war zugleich die Abschüttlung der Bande, welche den egoistischen Geist der bürgerlichen Gesellschaft gefesselt hielten. Die politische Emanzipation war zugleich die Emanzipation der bürgerlichen Gesellschaft von der Politik, von dem Schein selbst eines allgemeinen Inhalts... Dieser Mensch, das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, ist nun die Basis, die Voraussetzung des politischen Staats. Er ist von ihm als solche anerkannt in den Menschenrechten.

Der Mensch wurde daher nicht von der Religion befreit, er erhielt die Religionsfreiheit. Er wurde nicht vom Eigentum befreit. Er erhielt die Freiheit des Eigentums. Er wurde nicht von dem Egoismus des Gewerbes befreit, er erhielt die Gewerbefreiheit...

Die politische Revolution löst das bürgerliche Leben in seine Bestandteile auf, ohne diese Bestandteile selbst zu revolutionieren und der Kritik zu unterwerfen...

1 - nach: Marx/Engels-Werke, Band 1, S. 363 ff, Zitate im Original teilw. französisch, Übersetzung nach MEW

2 - Déclaration des droits de l'homme et du citoyen. Article 2. »Ces droits etc. (les droits naturels et imprescriptibles) sont: l'égalité, la liberté, la sûreté, la propriété.«

3 - Article 6. »La liberté est le pouvoir qui appartient à l'homme de faire tout ce qui ne nuit pas aux droits d'autrui«, oder nach der Deklaration der Menschenrechte von 1791: »La liberté consiste à pouvoir faire tout ce qui ne nuit pas à autrui.«

[Artikel 6. »Freiheit ist das Recht des Menschen, alles tun zu dürfen, was den Rechten eines anderen nicht schadet«, oder nach der Deklaration der Menschenrechte von 1791 »Die Freiheit besteht darin, alles tun zu dürfen, was keinem anderen schadet.«]

4 - Article 16. (Constitution de 1793): »Le droit de propriété est celui qui appartient à tout citoyen de jouir et de disposer à son gré de ses biens, de ses revenus, du fruit de son travail et de son industrie.«

[Artikel 16. (Verfassung von 1793): »Das Eigentumsrecht ist das Recht jedes Bürgers, willkürlich seine Güter, seine Einkünfte, die Früchte seiner Arbeit und seines Fleißes zu genießen und darüber zu disponieren.«]

5 - Article 3. (Constitution de 1795): »L'égalité consiste en ce que la loi est la même pour tous, soit qu'elle protège, soit qu'elle punisse.«

[Artikel 3. (Verfassung von 1795): »Die Gleichheit besteht darin, daß das gleiche Gesetz für alle gilt, ganz gleich ob es beschützt oder bestraft.«]

6 - Article 8. (Constitution de 1793): »La sûreté consiste dans la protection accordée par la société à chacun de ses membres pour la conservation de sa personne, de ses droits et de ses propriétés.«

[Artikel 8. (Verfassung von 1793): »Die Sicherheit besteht in dem Schutz, den die Gesellschaft jedem ihrer Mitglieder gewährt für die Erhaltung seiner Person, seiner Rechte und seines Eigentums.«]

7 - »Le but de toute association politique est le conservation des droits naturels et imprescriptibles de l'homme.« (Déclaration des droits etc. de 1791 article 2.) »Le gouvernement est institué pour garantir à l'homme la jouissance de ses droits naturels et imprescriptibles.« (Déclaration etc. de 1793 article 1.)

8 - »unbeschränkte Pressefreiheit« (Constitution de 1793 article 122)

9 - »la liberté de la presse ne doit pas être permise lorsqu'elle compromet la liberté publique« (Robespierre jeune, »Histoire parlementaire de la révolution française« par Buchez et Roux, T. 28 p. 159) [... die Pressefreiheit darf nicht zugelassen werden, wenn sie die allgemeine Freiheit verletzt« (Der junge Robespierre, »Parlamentsgeschichte der französischen Revolution« von Bouchez und Roux, Bd. 28, S. 159)]

Das ist keine Leserschrift

Nein, Karl Marx gehört nicht zu den Lesern der »Barnimer Bürgerpost«. Am 14. März war sein 141. Todestag, am 5. Mai sein 206. Geburtstag. Ein rundes Jubiläum »feiert« der in Auszügen abgedruckte Text von Karl Marx »Zur Judenfrage«, der zuerst vor 180 Jahren, also im Jahr 1844, in der ersten und einzigen Ausgabe der von Marx gemeinsam mit Arnold Ruge herausgegebenen »Deutsch-Französischen Jahrbüchern« veröffentlicht wurde.

Aber auch dieses Jubiläum war nicht Anlaß für den Abdruck der nebenstehenden Textauszüge. Der Anlaß ist viel moderner. Konkret war es ein kurzer Beitrag eines sogenannten »Youtubers« oder »Influencers«, der sich über die öffentliche Finanzierung von Vereinen ausließ, die sich u.a. zur Aufgabe gemacht haben, über die Rechtslastigkeit der AfD aufzuklären und deren gesellschaftlichen Einfluß, insbesondere zu den bevorstehenden Wahlen, zu mindern. Der besagte »Influencer« abstrahierte das inhaltlich auf »öffentliche Gelder für den Kampf gegen die Opposition«. Das soll hier aber nicht das Thema sein.

Ganz nebenbei ließ dieser »Influencer« wissen, daß es sich bei Karl Marx um einen »üblichen Rassisten« und »Antisemiten« handele. »Influencer« zeichnen sich dadurch aus, daß sie eine PC-Kamera samt Mikrofon anschalten und drauflos plappern. Quellenrecherchen sind dementsprechend selten. So überrascht es nicht, daß unser »Influencer«, dessen Name

hier zum Schutz seiner Persönlichkeitsrechte ungenannt bleiben soll, hier schlicht und einfach einen ntv-Beitrag von 2020* von einem gewissen WOLFRAM WEIMER nachplapperte.

Weimer ist Journalist und hat die von ihm verwendeten Marx-Zitate möglicherweise korrekt recherchiert, aber die genauen Quellen in seinem ntv-Text nicht angegeben. Mir gelang es mit ziemlichen Aufwand, zwei seiner Marx-Zitate zu finden.

Weimer schreibt da z.B., um Marx als antisemitisch zu denunzieren: An seinen politischen Freund Arnold Ruge schrieb Marx, wie »widerlich« ihm »der israelitische Glaube« sei. Dies liest sich im Original (Marx an Ruge, 13.3.1843, in MEW 27, S. 418) wie folgt: »Soeben kommt der Vorsteher der hiesigen Israeliten zu mir und ersucht mich um eine Petition für die Juden an den Landtag, und ich will's tun. So widerlich mir der israelitische Glaube ist, so scheint mir Bauers Ansicht doch zu abstrakt. Es gibt soviel Löcher in den christlichen Staat zu stoßen als möglich und das Vernünftige, soviel an uns, einzuschmuggeln. Das muß man wenigstens versuchen - und die Erbitterung wächst mit jeder Petition, die mit Protest abgewiesen wird.«

Weimer und sein Nachplapperer ließen übrigens unerwähnt, daß der Vater von Karl Marx, als letzterer 2 oder 3 Jahre alt war, vom jüdischen zum evangelischen Glauben konvertierte, weil er als Jude keine Zulassung als

Rechtsanwalt erhalten hätte. Im weiteren verwies Weimer auf den Text »Zur Judenfrage«. Da Weimer seine Quellen nur vage umschreibt, war ich gezwungen, den gesamten Text »Zur Judenfrage« zu lesen. Die zitierte Stelle fand ich so. Es überraschte wenig, daß auch hier das Zitat völlig aus dem Zusammenhang gerissen wurde. Auch darauf detailliert einzugehen, würde den Rahmen sprengen, ohne neue Erkenntnisse zu erbringen.

Aber es zeigte sich mal wieder, daß »Marx lesen« immer wieder neue Erkenntnisse ans Tageslicht bringt, die zuweilen auch dabei helfen können, aktuelle Entwicklungen zu verstehen.

Im nebenstehenden Text sind aus dem Marx'schen Gesamtartikel einige Passagen herausgefiltert, die sich dem Thema »Menschenrechte« widmen.

Was mir dabei aktuell besonders auffiel, war der Umstand, daß bereits die jakobinischen Revolutionsregierungen von 1793 - als die Menschenrechtsdeklarationen noch ganz frisch waren - es für nötig erachteten, die Menschenrechte damit zu verteidigen, indem sie die Menschenrechte, resp. bürgerliche Freiheitsrechte, einschränken, wie z.B. das Briefgeheimnis und die Pressefreiheit. Von den Guillotinen mal ganz abgesehen.

Die Parallelen zu heutigen Verhältnissen sind unverkennbar.

GERD MARKMANN

* https://www.n-tv.de/politik/politik_person_der_woche/Karl-Marx-war-einer-der-uebelsten-Rassisten-article21848678.html

Gedenken an Sinti & Roma

Bernau (bbp-tt). Am 16. Mai 2023 wurde das Denkmal für die deportierten und ermordeten Bernauer Sinti und Roma am Bahnhofsvorplatz eingeweiht. Die in den Boden eingelassene Gedenkplatte war kürzlich wiederum Anlaß zur Besinnung und Mahnung.



FOTO: DIETER KORZACK

Die Anwesenheit von Brandenburgs Kulturstatssekretär Tobias Dünow und Roamni Rose als Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma waren ein Anlaß der Stadtverwaltung, direkt über den Entstehungsprozeß des Gedenkortes zu berichten. So begleitete Bernaus Kulturamtsleiter Christian Schwerdtner die diesjährige Gedenkveranstaltung am 13. Mai und informierte, daß die Tafel ursprünglich aufgrund eines Beschlüßvorschlags der Stadtverordneten vom Februar 2019 entstand. *»Ein Abstimmungsprozeß zwischen der Stadt, dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg, dem Bernauer Netzwerk für Weltoffenheit sowie Vertretern des städtischen Kulturausschusses erzielte die Einigung zum Gedenkort.«* Nach vielen Diskussionen und Abwägungen wurde der Gedenkort direkt vor dem OdF-Denkmal auf dem Bahnhofsvorplatz gefunden. *»Auf diesen Ort hatten sich alle aus mehreren Gründen einigen können. Zum einen lebten im unmittelbaren Umfeld zum Bahnhof ein Großteil der Sinti-Familien. Und von hier wurden sie auch 1943 nach Berlin und von dort weiter ins Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau deportiert, wo sie, wie so unfaßbar Viele, starben. Zum anderen ist der Bahnhofsvorplatz seit vielen Jahren der Ort der Erinnerungskultur in unserer Stadt, wo wir Jahr um Jahr den Opfern des Faschismus im Allgemeinen und nun auch den Sinti im Besonderen gedenken«,* sagte der Kulturamtsleiter.

Anschließend fand in den Räumen der evangelischen Kirche eine Diskussion statt, bei welcher der Kulturstatssekretär die Bedeutung der Gedenk- und Antidiskriminierungsarbeit betonte. Bernaus Kulturamtsleiter Christian Schwerdtner verwies darauf, daß Bernau diesen Weg durch eine intensivere Darstellung in den medialen Angeboten der Stadt weiter gehen wird.

Dreißig Jahre BAFF

Das Joachimsthaler Musikprojekt »Bands auf festen Füßen«

Am 22. Juni findet das jährliche Fest *»Musik im Park«* des Kinder- und Jugendprojekts *»BAFF – Bands auf festen Füßen«* statt. Musiziert und getanzt wird auf dem Joachimsthaler Platz in Joachimsthal direkt bei der Schinkelkirche. Die vielen Bands und Tanzgruppen sowie eigene Ensembles der Jugendlichen präsentieren sich hier ab 17 Uhr.

Unter dem diesjährigen Jahresmotto *»Das geht ja gar nicht!«* machen die Jugendlichen auf für sie wichtige No-Gos aufmerksam: *»Demokratie verachten? – Das geht ja gar nicht!«* heißt es auf der Instagram-Seite unter *@bandsauffestenuessen*

Das Projekt BAFF gibt es seit 30 Jahren. Geegründet wurde es von der damaligen Pfarrerin BEATRIX SPRENG, um Jugendlichen in und um Joachimsthal einen Weg zu geben, sich musikalisch auszudrücken, über Demokratie zu lernen und sich gegen Rechtsextremismus engagieren zu können. Den Jugendlichen bringt von Anfang an UWE KOLBERG, Musiker aus Templin, bei, wie man rockt und musiziert. Die Tanzgruppen werden durch JESSICA WEGNER trainiert.

Das Konzert wird von den Jugendlichen selbständig geplant und organisiert, sie ent-

scheiden durch gelebte Demokratie, was sie auf ihrem Fest haben wollen: welche Limos? Was für Deko? Welche Gastauftritte? Dies wird von den Jugendlichen alles in den Plena durch Abstimmung entschieden. Dazu stemmen sie jegliche Angebote aus eigener Kraft. Das Catering Team kümmert sich um Verpflegung, das Moderationsteam um die Moderation und den Ablauf und das Gestaltungsteam um kreative Angebote für jüngere Gäste.

MARLIES AMM

Kino im Heidekrug

Jeweils Freitag um 19.30 Uhr ist im Heidekrugsaal in Joachimsthal Kinotag. Am 14. Juni läuft im Kommunalen Kino der Spielfilm *»The Old Oak«* – ein bewegendes Drama über Verlust und Angst, aber auch Solidarität.

Am 21. Juni wird dann das Oscar-prämierte Drama *»The Zone of Interest«* gezeigt. Der Film beleuchtet die Schrecken des Holocaust aus der Perspektive von Rudolf und Hedwig Höss, dem Kommandanten von Auschwitz und seiner Familie. Ein beeindruckender, sehr aktueller Film über die Banalität des Bösen.

RUTH BUTTERFIELD

Der Schreck von Eberswalde

Ich gehe seit einem Jahr jeden Mittwoch am 8 Uhr morgens zur Meditation in die Johanniskirche. Mal bin ich dort mit dem Veranstalter allein, mal kommen zwei oder drei weitere Menschen dazu. Wir sitzen eine halbe Stunde still auf dem Boden oder auf der Kirchenbank (im Winter ohne Heizung!) und sind einfach still. Wer sich ein bißchen mit Meditation auskennt, weiß um die positiven Wirkungen der Meditation. Sie kostet nichts, man kann sie immer und überall machen, jeder kann es. In der katholischen Kirche saßen früher die alten Frauen am Wochentag und beteten den Rosenkranz, auch das ist, wenn man so will, eine Art der Meditation.

Beim letzten Mal war ich jedoch mit dem Veranstalter allein. Nach der Meditation nahm er mich beiseite und eröffnete mir, daß andere Menschen nicht mehr zur Meditation kommen, weil ICH komme. Ich müsse mich nicht dazu äußern, er wolle es mir lediglich mitteilen. Sagte er. Und daß er eine bestimmte Partei wähle, gegen die ich mich in den sozialen Medien unvorteilhaft geäußert hätte. Dies wäre wohl auch den Menschen, die jetzt wegen mir nicht mehr zur Meditation kommen, aufgefallen, und wohl ausschlaggebend für ihre Entscheidung. Traurig verließ ich das Kirchengebäude.

Es war, das muß ich an dieser Stelle sagen, nicht das erste Mal, daß mir so etwas widerfuhr. Auch in dem Chor, in dem ich gerne singe, gibt es mindestens zwei Menschen, die nicht mehr in den Chor gehen, weil ICH im Chor bin. Sie haben, das ist mir bekannt, eine andere politische Meinung als ich, und wollen mit einem Menschen, der politisch anders tickt als sie, nicht in einem Raum sein. Das nehme ich zur Kenntnis. Ich habe jetzt einen neuen Namen: Der Schreck von Eberswalde.

Doch wohin soll dies führen? Macht es nicht gerade die Demokratie und die offene Gesellschaft aus, daß jeder seine politische Meinung haben kann, ohne dafür diffamiert oder gemieden zu werden? Ich wurde von verschiedenen Eberswaldern, die politisch anders denken als ich, zum Austausch bei einer Tasse Kaffee gebeten. Die Unterhaltung war jedesmal bereichernd, sicher für beide Seiten.

Ich sehe öfters Plakate in Eberswalde, auf denen gedruckt ist, daß Eberswalde *»bunt«* sei. Bunt ist die ganze Palette der Farben, grün gehört dazu genauso wie blau. Doch ich habe den Eindruck, daß gerade die Menschen, die solche Plakate kleben, NICHT wollen, daß alle bunten Farben sich präsentieren können. Oder?

ADAM BUSCHMÜLLER (Name gerändert)

Ein Recht auf Leben ohne Digitalzwang

Kein Grund zum Jubeln für 75 Jahre Grundgesetz

Die dem deutschen Westen entsprungene Staatsverfassung der Bundesrepublik beging am 23. Mai den 75. Geburtstag. In offiziellen Feierstunden und den landläufig bekannten Festen für Demokratie wurde das Grundgesetz als das Maß aller Dinge des Gesellschaftsunterbaus gelobt.



FOTO: FABIAN KURZ (DIGITALCOURAGE E.V.)

Doch ist das Dasein dieser Verfassung so umstritten wie es alt ist. Die Artikel werden alle Nasen lang geändert, um sie an Herrschaftsinteressen anzupassen, wie auch jüngst der 100-Milliarden-Euro-Sonderfond für die Bundeswehr zeigte. Andererseits soll das Grundgesetz immer dann nicht berührt werden, wenn von Staats wegen Stabilität gefragt ist. So hat man ausgerechnet 1990 die im Grundgesetz für die Wiedervereinigung Deutschlands explizit festgeschriebene neue Verfassungsgebung von vornherein ausgeschlossen und den Umweg – nämlich den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland – beschritten. Beide Parlamente blieben dabei weitestgehend außen vor, als eine Kommission innerhalb weniger Monate das Nötige zwischen dem Politprofi Schäuble (West) und seinem Lehrling Krause (Ost) aushandelte. Seither ist bekannt, daß auf der Verfassungsebene so manche Argumentation eben doch nur eine politisch geleitete Ansichtssache ist.

So verwundert auch nicht die kurz vor der Europawahl eingeläutete Diskussion um die grundgesetzliche Absicherung der rechtsprechenden Gewalt des Bundesverfassungsgerichts, die im Zusammenhang mit der bevorstehenden Bundestagswahl möglicherweise ein Fragezeichen bekommen könnte. In den Diskurs gelangen nicht zufällig Hinweise auf ausländische »Despoten«, die, wie in Polen, Rußland, der Türkei oder Israel, die Macht der Verfassungsorgane schmälern wollten. Die Angst des deutschen Regierungsapparats vor einem Wahlsieg der AfD treibt die Exekutive der BRD diesbezüglich zu Höchstleistungen. So geht manche Diskussion um das höchste Gesetz zumeist an der Lebenswirklichkeit der Bürger vorbei, denn angesichts der Datensam-

melpraktiken von Anbietern ist der Normalverbraucher völlig auf sich selbst gestellt.

Die durchgreifende Digitalisierung des Alltags erfordert mithin nachhaltige Regulierungen für alle Verbraucher. Derartiges sieht aber das Grundgesetz gar nicht vor, da es zu Zeiten der Verfassungsgebung weder Internet noch Computer gab. So benennt der Artikel 3 GG zwar das Verbot von Benachteiligung und Diskriminierung, doch wäre hier ein Update fällig. Ein Update, welches den Gesetzgeber in die Pflicht nimmt, zu handeln. Dieser Artikel sollte ergänzt werden »um das Verbot, Menschen bei der Grundversorgung zu benachteiligen, nur weil sie ein bestimmtes Gerät oder eine digitale Plattform nicht nutzen«, wie die Initiatoren einer entsprechenden Aktion mitteilen. Unterdessen werden Endverbraucher an immer mehr Schnittstellen genötigt, sich einzuloggen, online zu registrieren, eine App herunterzuladen oder Kreditkarten zu benutzen – und dabei persönliche Daten preisgeben.

Der Fortschritt ist sicherlich nicht aufzuhalten, doch gibt es Fälle, wo der Registrierungs- oder App-Zwang gerade dann wirkt, wenn Dienste gebraucht werden, die zur Grundversorgung gehören. In der Tat wird so die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Nutzung öffentlicher Infrastruktur (Bahn, Post, medizinische Versorgung) zunehmend davon abhängig, ob einer Internet hat, ein Smartphone bei sich trägt oder eine bestimmte App installiert. Das Paradebeispiel sind die displaylosen Paketstationen bei DHL.

Auch im Barnim werden nach und nach Stationen umgebaut, indem die Bildschirme ausgebaut werden. Die Folge: Wer seine Sendung abholen oder einliefern will, muß

mindestens ein Smartphone haben und eine App installieren. So gesehen in Panketal Neue Kämtner Straße, Bernau Berliner Straße, Schönow Heinrich-Heine-Straße oder Eberswalde Freienwalder Straße. Und was sagen die Verbraucher dazu? Wir haben uns hierzu via Facebook umgehört. DIANA BARTYLLA berichtet: »Meine Erfahrungen vor kurzem waren, daß ich einen Zettel im Briefkasten hatte, weil ich ja nicht zu Hause war, mit einem Scannercode draufgeklebt. Mit diesem Zettel konnte ich mein DHL-Paket von der Packstation abholen ohne eine App laden zu müssen.«

DHL hat offenbar nach der Verleihung des Spottpreises »Big Brother Award« im Jahr 2023 nachgearbeitet. Wegen anhaltender Kritik hat der Dienstleister hier und da Scanner und Code-Drucker nachgerüstet und klebt nicht-angetroffenen Kunden einen Strichcode auf die Benachrichtigungskarte. Aber ist das immer so? FRANZISKA JAEGER schreibt dazu: »Hier unten bei Penny bei der Station gibts keinen Scanner. Entweder App oder kein Paket.« Da haben wir's! Und was mache ich, wenn ich gar ein Päckchen einliefern will? Richtig. Wer nicht mitspielt, hat eben von vornherein verloren. Und das ist nicht nur bei DHL so.

Andere Leser erkennen die Tragweite des Problems gar nicht. So schreibt ERIK PFAFF: »Teilhabe hin oder her. In Deutschland sind wir beim Thema Datenschutz mehr als sensibel, teilweise in Auswüchsen unterwegs, die nicht im Verhältnis stehen. Bestelle ich online etwas zu mir, bin ich zu Hause an dem Tag oder wähle die mir angenehmste Zustelloption, bei Nachbarn, im Shop oder Paketstation. Also ich weiß von vornherein, was mich erwartet!« So kann man das auch sehen, wenn man ausschließlich nur selbst bestellte Post erhält. Weiter resümiert er: »In Polen sind große Paketstationen, an denen alle Logistikdienstleister abladen, üblich und auch da ohne Display. Teilhabe heißt, nicht an Vergangenen sich festzuklammern, sondern Apps und Anwendungen leichter und Leute die es brauchen, darin fitter zu machen.«

Das paßt nicht wirklich, denn »fitter machen« hebt keine Zwänge auf, sondern erleichtert lediglich den Umgang mit denselben. Doch ist dies auch ein Fingerzeig auf die Politik, die schließlich Einfluß darauf nehmen kann und soll, was denn Anbieter den Kunden eigentlich zumuten dürfen oder wie die Bevölkerung im digitalen Umgang zu qualifizieren wäre. Auch DAS wäre mal ein Fortschritt. In diesem Sinne agiert der Verein Digitalcourage und fordert: Jetzt wollen wir das Übel bei der Wurzel packen: **Wir fordern den Bundestag auf, ein Recht auf Leben ohne Digitalzwang ins Grundgesetz aufzunehmen!** Wer mitmachen will, muß allerdings zwingend das Internet bedienen – soviel Zwang muß sein: ogy.de/4ya1

Löhme (bbp-ber). Der langjährige Hausherr im brandenburgischen Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz, Axel Vogel, stellte sich im Rahmen der Brandenburger Landpartie am 9. Juni auf dem Hof Peters im Werneuchener Ortsteil Löhme den Fragen der »Barnimer Bürgerpost«.

Axel Vogel fand nicht zum erstenmal den Weg nach Löhme. Noch vor seiner Zeit als Minister, vor etwa fünf Jahren, hatte er PETERS' LANDWIRTSCHAFT besichtigt. Vor zwei Jahren besuchte er, begleitet vom Verein PRO AGRO, die Betroffenen auf einer Spendenveranstaltung, nachdem der Hof von einem Brand heimgesucht wurde. Das Erscheinen des Ministers nahmen Bauer Peters, Hans-Christoph Peters dankbar an, denn in diesen schweren Tagen war jede Motivation vonnöten.

Im Herbst sind Landtagswahlen und die Dienstzeit als Minister nähert sich dem Ende. Wie zu hören war, wird Axel Vogel nicht wieder für Bündnis90/Die Grünen kandidieren. Damit ist es Zeit für eine kleine Bilanz.

Als Sie einst das Ministeramt antraten, lief gerade ein Volksbegehren für den Artenschutz. Auch im Barnim waren Aktivisten unterwegs, um eine Gesetzesinitiative zu erzwingen. Das Verfahren fiel in den Beginn ihrer Amtszeit.

»Ja, es ging um den Insektenschutz. Das war damals ein mega Thema. Bedauerlicherweise hat sich der Landtag nicht auf ein Gesetz verständigen können. Dessen ungeachtet war Insektenschutz in meinem Ministerium von Anfang an Thema - völlig unabhängig von der parlamentarischen Begleitung. Wir hatten ja schon ein Insektenschutzkonzept an das ZALF Müncheberg in Auftrag gegeben. Wir haben einzelne Elemente, insbesondere auch in der Landwirtschaftsförderung, mit verwirklicht. Aber am Ende der Legislaturperiode steht eben kein Gesetz, wie es die Bürgerinitiative mal haben wollte.«

In der ausgehenden Legislatur sind die Probleme des vielfach thematisierten »Landgrabbing« nicht gelöst worden. Hier steht der Hof Peters vor einem Generationenwechsel, sodaß bereits diskutiert wurde, ob der Vater seinen Hof korrekt übergeben kann oder verkaufen muß. Kann oder muß der Sohn alles übernehmen? Seine Passion sind die

Axel Vogel zieht Bilanz

Agrarminister zu Besuch auf dem Bauernhof Peters in Löhme



FOTO: THOMAS TOBLER

Hans-Christoph Peters von PETERS' LANDWIRTSCHAFT zeigt dem Brandenburger MINISTER FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND KLIMASCHUTZ Axel Vogel, Kai Rückewold von PRO AGRO E.V. UND LUDWIG SEEGER VOM BÜRGERGUT BÖRNICKE EG (v.l.n.r.) am 9. Juni den Bauernhof Peters in Löhme.

Schweine, doch ist er hier unter allen Tieren aufgewachsen und ist damit verbunden. Bisher zeigt sich keine optimale Lösung, denn es kommt dazu, daß der Bauer wie auch sonst üblich den größten Teil des Ackerlands nur gepachtet hat. Dazu kommen unkalkulierbare Ereignisse wie Umweltkatastrophen oder der Brand, weswegen auch immer wieder Kredite aufgenommen werden müssen. Solche Umstände verhindern unter dem Strich eine optimale Nachfolgeregelung. Und das betrifft nahezu alle Höfe.

»Also zunächst einmal - der Großteil der landwirtschaftlichen Nutzflächen sind in Brandenburg gepachtet. Das ist auch völlig in Ordnung, wenn wir eine breite Streuung auf der Basis von Eigentum haben und die Verpächter mit den Landbewirtschaftern auf diese Weise auch unverändert eine Verbindung zum Landleben haben.

Die Schwierigkeiten beginnen dort, wo große Verpächter sich immer weiter ausbreiten, wo Hedgefonds sich engagieren und außerlandwirtschaftliche Investoren versuchen, große Landeigentümer zu werden, und dann anfangen, zu diktieren, wer hier in welchem Umfang etwas bekommt. Deshalb wollten wir eigentlich ein Agrarstrukturgesetz in dieser Legislaturperiode verabschieden, das Obergrenzen beispielsweise für Preise definiert. Ein Gesetz, das ganz klar regelt, Bauern haben immer das Vorkaufsrecht gegenüber außerlandwirtschaftlichen Investoren. Bedauerlicherweise ist das nicht zustande gekommen in dieser Legislaturperiode, was mich wirklich schmerzt. Wir hatten einen langen Prozeß über ein agrarstrukturelles Leitbild gemeinsam mit dem Bauernverband und den anderen Bauernverbänden zum Abschluß ge-

bracht. Wir haben einen meines Erachtens guten Gesetzentwurf vorgelegt, doch am Ende scheiterte es an unterschiedlichen Auffassungen in der Koalition.

Welche Umstände stellten außerdem einen Hinderungsgrund dar?

Wenn ich Agrarstruktur betreiben will, brauche ich eine Siedlungsgesellschaft, die Brandenburg allerdings nicht hat. Das Land hatte mal eine, die aber pleite ging in den neunziger Jahren. Seitdem ist insbesondere das Finanzministerium sehr spitzfingerig, wenn es um solche Diskussionen geht. Aber ohne eine solche Einrichtung machen sie es nicht. Regelungen dazu gibt es momentan nur in Sachsen-Anhalt. Aber ob das eine Dauerlösung sein kann, wage ich mal zu bezweifeln.

Das Thema wird sicherlich auch den neuen Landtag beschäftigen. Welche anderen Angebote für Landwirte hat Ihr Ministerium stattdessen organisieren können?

Ungeachtet dessen haben wir beispielsweise Investitionsprogramme für Jungbauern aufgelegt. Jeder, der hier neu beginnt, kann 75.000 Euro Startgeld hinzubekommen - als Investitionshilfe für fünf Jahre.

Wir haben zudem in der EU auch eine Flächenprämie. Für bis zu 120 Hektar zu erwerbender landwirtschaftlicher Nutzfläche gibt es einen deutlichen Zuschlag für Jungbauern. Jungbauern sind in diesem Kontext Unternehmer unter vierzig Jahre. Dazu gehört auch die Übernahme eines bestehenden Hofes. Insofern ist das ja vielleicht auch für die Konstellation in Löhme eine interessante Möglichkeit, um die Nachfolge abzusichern. «

Wir danken Ihnen und wünschen alles Gute für den weiteren Lebensweg.

(das Gespräch führte THOMAS TOBLER)



75 Jahre Grundgesetz:

Berechtigte Begeisterung?

Die Begeisterung für das Grundgesetz (GG) ist kaum noch zu toppen! Berechtigt? Im Prinzip ja, würde der Sender Jerewan antworten!

Warum gibt es geteilte Begeisterung in Ost und West beziehungsweise von links bis konservativ, worüber sich der Herr Bundespräsident beschwert zeigte?

Nun, es gelang der »westdeutschen Elite« und politischen Kostgängern und Profiteuren nicht, es zum Grundgesetz aller Deutschen zu machen, wie es die Präambel suggeriert (oder versprach) und damit sogar Reichsbürger aktivierte. Festmachen kann man es an verschiedenen Punkten: Dem Versprechen und Anspruch, aus der Zeit von Weimar und des Nazi-Regimes Lehren gezogen zu haben, aus den Artikeln 131 und 132 GG, die ausdrücklich die Wieder- und Weiterverwendung von Nazi-Beamten im neuen System organisiert gestatteten und aus denen sich der »Befehlsnotstand« in das Rechtssystem und den Wortschatz der BRD-alt einschlichen.

An den Beginn des GG und der Bundesrepublik wurde ein Präsident gestellt, der sein

Mittun am Ermächtigungsgesetz der Nazi-Diktatur in memoriam »bedauerte«, sich aber in den Jahren seiner Präsidentschaft vehement für die Freilassung und Begnadigung von verurteilten Mördern (»Kriegsverurteilte« von Landsberg) einsetzte, für die Erlaubnis zum Tragen von Nazi-Orden, Pensionen usw., übrigens assistiert von einem Kanzleichef, der seit 1934 als NSDAP-Mitglied im Ribbentrop-Ministerium angeblich »Widerstand« leistete! Im Bundespräsidialamt aber sorgte er dann für die Unterbringung und Versorgung von Nazi-Beamten (siehe GG 131 ff., Norbert Frei: »Im Namen der Deutschen«).

Es folgten im Präsidialamt u.a. ein Gefolgsmann von Albert Speer (Lübke) und zwei NSDAP-Mitglieder (Carstens u. Scheel)!

Man darf auch an die Personalpolitik Konrad Adenauers erinnern, die für Nazis wie Gehlen, Globke, Seeböhm, Oberländer, diverse Generäle wie Reinefarth, den Mörder von

Warschau und anderen Neustarts unter dem Schutz des Grundgesetzes möglich machte.

Das Grundgesetz ist ohne Frage eine gute Verfassung trotz der Webfehler, hat schon Bewährungsproben bestanden und schützt unser Rechtssystem; die Feiern sind schon berechtigt, aber den Festreden fehlt jede kritische Draufschau. Bundespräsident Steinmeier beklagte jüngst in seiner Jubiläumsfeier, daß im Osten die Wertschätzung des Grundgesetzes weniger ausgeprägt ist, weil die »Beitrittsbrüder und -Schwestern« sich wegen fehlender demokratischer Erfahrung nicht richtig mitgenommen fühlen; wie wahr, werden die Ossi doch durch die Aktivitäten westdeutscher Neo-Faschisten (Weidel, Höcke, Gauland etc.) diskreditiert und daran gehindert, gleichberechtigt an der Steuerung des 1990 neu begründeten Staates teilzunehmen.

Ein Lichtblick: Präsident Macron verlieh Serge und Beate Klarsfeld (sie ohrfeigte Bundeskanzler Kiesinger öffentlich wegen seiner NS-Vergangenheit) mit hohen Orden der Französischen Ehrenlegion. Das Bundesverdienstkreuz erhielt Frau Klarsfeld 49 Jahre nach der Ohrfeige; auch eine Aussage!

BERND C. SCHUHMAN, N

Bezahlkarte für Asylsuchende

Land und Landkreistag begrüßen ausdrücklich die Einführung

In Brandenburgs Landkreisen und kreisfreien Städten wird die Bezahlkarte für Asylsuchende eingeführt. Auf die konkreten Eckpunkte zur Einführung hat sich das Land mit den Landkreisen und kreisfreien Städten verständigt.

Jeder Erwachsene erhält eine eigene Bezahlkarte. Mit dieser Karte können weiterhin sämtliche Ausgaben zur Sicherung des Lebensunterhalts eigenständig getätigt werden, jedoch wird der bar zur Verfügung stehende Anteil verringert. So sollen für volljährige Karteninhaber künftig 50 Euro und für Minderjährige 25 Euro im Monat bar abgeboben werden können. Noch nicht abschließend geregelt ist, welche Einschränkungen (z.B. Glücksspiele, Transfer von Geld) es für den Einsatz der Karten geben wird. Dazu führen Land und Kommunen weitere Gespräche. Die Karte wird bundesweit einsetzbar sein. Im Kreis Märkisch-Oderland wurde eine Bezahlkarte bereits vor kurzem eingeführt.

Ministerräsident DIETMAR WOIDKE unterstrich bei der Unterzeichnung: »Wir steuern bei den Leistungen für Geflüchtete nach. Künftig wird nur noch ein Teil der Leistungen in bar erhältlich sein. Dieses Umsteuern ist notwendig, damit das Geld tatsächlich für den täglichen Lebensbedarf ausgegeben wird. Es ist auch ein Beitrag im Kampf gegen die Schleuserkriminalität. Die Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz soll konsequent und ausschließlich den bei uns angekommenen Menschen helfen und ihre Integration in Brandenburg

ermöglichen. Die Einführung der Bezahlkarte ist deswegen auch keine Diskriminierung von Geflüchteten. Den Menschen steht weiterhin der gesamte Betrag zur Deckung des Existenzminimums zur Verfügung. Mit der einheitlichen Bezahlkarte können weiterhin sämtliche Ausgaben wie Einkäufe von Lebensmitteln oder von persönlichem Bedarf eigenständig getätigt werden. Positiv kann sich auswirken, daß jeder Erwachsene eine eigene Karte erhält und Frauen damit gegebenenfalls besser über die ihnen zustehenden Mittel verfügen können.

Zugleich können wir mit dem Einsatz der Karte den bürokratischen Aufwand der Kommunen verringern. Wir bringen die Karte in enger Abstimmung mit den Kommunen auf den Markt und stellen sicher, daß sie im ganzen Land weitgehend einheitlich eingesetzt wird. Daß die Karte mit den gleichen Konditionen auch in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes eingesetzt wird, zeigt, daß wir im Gleichklang mit den Kommunen vorgehen. Wir sind uns einig, daß wir die Bezahlkarte noch in diesem Sommer landesweit einführen wollen.«

Der Vorsitzende des Landkreistages SIEGURD HEINZE betonte: »Die Landkreise begrüßen die geplante landesweite Einführung einer einheitlichen Bezahlkarte mit den entsprechenden

Rahmenbedingungen ausdrücklich. Die Leistungsberechtigten erhalten die gleiche Unterstützung wie bisher, es ändert sich lediglich die Art der Bereitstellung, hin zu einem modernen und transparenten Zahlungsmittel. Die Landesregierung und die Landkreise stimmen sich zur Bewältigung der Flüchtlingskrise seit 2015 regelmäßig ab und koordinieren ein gemeinsames Vorgehen. Die Einführung einer landesweiten Zahlkarte ist ein weiteres Ergebnis dieser Bemühungen.« Heinze betont: »Die Bezahlkarte trägt zu einer geordneten Migrationssteuerung bei, bleibt aber eben nur ein Teil der Lösung. Der Schlüssel ist und bleibt die Reduzierung des Zustroms illegaler Migration an den EU-Außengrenzen.«

Der Oberbürgermeister von Brandenburg a.d.H. STEFFEN SCHELLER fügte hinzu: »Die Stadt Brandenburg an der Havel hat die Einführung einer Bezahlkarte zur Gewährung der staatlichen Leistungen für Asylbewerber frühzeitig und mehrheitlich befürwortet. Zuvor gab es auch hier in den Beratungen Debatten über die positiven und möglicherweise negativen Aspekte einer solchen Karte. Aber Fakt ist, die notwendigen Leistungen zum Lebensunterhalt erhalten die Asylbewerber weiterhin. Diese Leistungen dienen zum Beispiel eben nicht zur finanziellen Unterstützung der Familien in den Heimatländern. Um solch einen Mißbrauch einzuschränken, ist die guthabenbasierte Geldkarte und insbesondere auch die Begrenzung der Möglichkeit zum Bargeldabheben der richtige Ansatz.«

FLORIAN ENGELS, Staatskanzlei Brandenburg | 27

Einige hörten das erste Mal von ihr, als die auch in Eberswalde zu empfangende Berliner Abendschau im Jahre 1969 über den Tod des Besitzers vom Westberliner OPEL AUTOHAUS HETZER berichtete. Seine Tochter Heidi, damals 31 Jahre alt, übernahm die Geschäftsführung. Das besondere daran: Sowohl die Führung eines Unternehmens als auch speziell das Betreiben eines Autohauses war Männersache. Man bedenke auch, erst ab 1977 durfte in der BRD-Gesellschaft eine Ehefrau auch ohne Zustimmung ihres Gatten einen Arbeitsvertrag unterschreiben. Somit leistete Heidi Hetzer schon eine gewisse Pionierarbeit zur Durchsetzung der Gleichberechtigung.

Vorteilhaft für sie war der erlernte Beruf einer Kfz-Mechanikerin und ihre Teilnahme an Rallyes, bei denen sie mehrere Preise und Pokale gewann. Sie schaffte es, ihr Autohaus zu einem der größten in Westberlin zu entwickeln. Auffällig war die Werbung an einem Hausgiebel in Berlin-Charlottenburg, die schon von weitem zu sehen war, wenn man über die Stadtautobahn fuhr oder später auch von der Ringbahn aus. Diese Werbung zeigte stilisiert eine junge Frau mit rallyetypischer Kopfbedeckung und Schutzbrille und unten mittig war der Schriftzug ihres Autogramms zu erkennen. Dieses Motiv fand auch auf Briefumschlägen des Autohauses und auf dem Absenderfreistempler Verwendung.



Seit 1999 ist ein neu geschaffenes Postgesetz gültig, von dem nicht nur Verwaltungen und Behörden, sondern auch größere private Unternehmen profitierten. Die Beförderung von Briefen wurde nun kostengünstiger. Einer dieser neu entstandenen Privatpostbetriebe war die PIN Berlin. Um auch Privatkunden anzulocken, gab dieser Betrieb Briefmarken heraus. So gab es ab 23. Februar 2004 eine Briefmarke zum Thema 85 Jahre Opel Hetzer in der Poststufe Infopost. Solche kostengünstige Frankierung setzte eine Mindesteinlieferung von 50 Briefen voraus. Diese Briefmarke wurde zuerst an Opel Hetzer geliefert. In den inzwischen existierenden PIN Shops war diese Briefmarke nicht im Angebot. Aber wenige Tage später mußten diese Briefmarken von Opel Hetzer wieder an die PIN zurückgegeben werden. Grund war die Bezeichnung *Infopost*, diese beanspruchte die Deutsche Post AG für die von ihr beförderten Briefsendungen. Die PIN in Berlin reagierte und tauschte den Schriftzug *Infopost* gegen *Infomail* aus. Hier wurde Englisch nicht als Werbegag verwendet. Die Briefmarken mit *Infopost* sind vernichtet worden, aber ganz wenige Exemplare sind von Opel Hetzer verwendet worden und gelangten somit in den Umlauf (Abbildungen rechts).

Eine Geschichte über Heidi Hetzer

von Dr. Ulrich Pofahl

In der Banimer Bürgerpost ist häufig über Eberswalder Prominente berichtet worden. Hier soll nun einmal über jemanden berichtet werden, der nur etwa zwei Stunden in Eberswalde weilte und berühmt war. Die Rede ist von Heidi Hetzer.

Natürlich stärkte so ein Konflikt die Nachfrage auch nach den berichtigten Briefmarken. Ein privat organisierter Briefmarkensammlerverein, der zeitweise über 100 Mitglieder hatte, verwendete dieses Motiv für seine Ganzsachenumschläge. Es gab zwei davon, *Infomail* und *Infomail-Big* für größere Briefe.

Ein Hundertjähriges Jubiläum erlebte die Firma Opel Hetzer nicht mehr. Wie bei vielen Familienunternehmen fand sich innerhalb der Familie kein Nachfolger, so daß Opel Hetzer 2012 verkauft wurde. Nun konnte sich Heidi Hetzer ihren Herzenswunsch erfüllen, nämlich mit dem eigenen PKW einmal rund um die Welt zu fahren.

Ihre Weltreise begann in Eberswalde. Am 10. Juli 2014 traf Heidi Hetzer mit ihrem Oldtimer, einem Hudson Great Eight, Baujahr 1930 – von ihr liebevoll *Hudo* genannt – aus nördlicher Richtung kommend auf dem Eberswalder Marktplatz ein. Sie wurde so um die Mittagszeit von ungefähr 100 Schaulustigen empfangen. Eine Grußansprache des Bürgermeisters und das Händeschütteln mit einigen Zuschauern folgten. Bei dieser Gelegenheit verteilte Heidi Hetzer vorgefertigte Autogrammkarten. Ich nutzte diese Gelegenheit aus und bat um ein persönliches Autogramm auf einem Briefumschlag, der den Wertstempelindruck von der Heidi Hetzer Briefmarke aufwies. Heidi Hetzer erfüllte mir diesen Wunsch.

Zwei Tage später wollte in Berlin der Vorsitzende des schon erwähnten privat organisierten Briefmarkensammlervereins mehrere Umschläge von ihr signiert haben, um damit Sammler zu versorgen. Diese Bitte erfüllte Heidi Hetzer nicht. Sie signierte nur einen Umschlag mit der Bemerkung: »*Einer reicht!*«



Die Sammlung dieses Vorsitzenden ist inzwischen aufgelöst. Somit gibt es nur zwei Umschläge mit der Unterschrift von Heidi Hetzer. Man beachte, diese Unterschrift gab sie freihändig nur mit einer Zeitung als Unterlage, und trotzdem ist die Ähnlichkeit mit der Unterschrift auf der Briefmarke bemerkenswert. (Bitte Lupe benutzen)

Heidi Hetzer wählte absichtlich einen Oldtimer für ihre Weltreise aus. Man sollte stets bedenken, daß man solch einen PKW überall auf der Welt mit geeigneten Kraft- und Schmierstoffen versorgen muß und im Ernstfall, der leider auch mehrfach eintrat, dieses Fahrzeug im Ausland repariert werden kann. Moderne PKW mit viel Elektronik an Bord oder gar E-Autos erfüllen solche Bedingungen nicht.

Heidi Hetzer absolvierte mit viel Spaß und Freude ihre Weltreise, die in Eberswalde begann. Im Netz gibt es dazu Fotos, Videos und Kommentare (www.heidihetzer.de).

Leider wurde ihre Weltreise auch politisch mißbraucht, als sie gegenüber der ZDF-Moderatorin Jana Pareigis erklärte: »*In Kapstadt hat mir ein Schwarzer den goldenen Berlinbären vom Hals gerissen, und in St. Lucia wurde mein Auto komplett leergeräumt.*« Eine solche Aussage, die auf Tatsachen beruhte, forderte den Zorn der Gutmenschen heraus. Trotzdem war ihre Weltreise ein Erfolg und sie hatte Spaß daran.

Heidi Hetzer verstarb am 21. April 2019 im Alter von 81 Jahren in ihrer Wohnung. Ihr Grab befindet sich auf dem kleinen Friedhof in Berlin-Gatow. Und auch hier gab es wieder eine Besonderheit: Ihren »*Grabstein*« gestaltete der Künstler Carsten Tarrach aus ihren gewonnenen Pokalen. Das hatte sie so gewollt.



Zukunftswerkstatt Integration *Kultur trifft Natur*

Am 25. Mai öffnete der afrikanische Kulturverein PALANCA E.V. in Eberswalde seine Türen für eine innovative Veranstaltung: Bei der »Zukunftswerkstatt Integration« diskutierten die Teilnehmenden über aktuelle Herausforderungen in der Integrationspolitik und wie man sie gemeinsam bewältigen kann.

Die Barnimer Bündnisgrünen hatten zu einem Workshop eingeladen, um »zusammen nach neuen Wegen und Lösungen für die Welt von morgen zu suchen«.

»In unseren Zukunftswerkstätten geht es vor allem darum«, sagte SARAH POLZER-STOREK vom Kreisvorstand der Barnimer Grünen, »Ideen für eine bessere Zukunft zu entwickeln. Wir wollen vor allem mit den Menschen ins Gespräch kommen«.

AUGUSTO JONE MUNJUNGA ließ die Zuhörer anschließend an der bewegten Geschichte von Palanca e.V. teilhaben. »Der Verein wurde 1994 gegründet. Das war, nachdem mein Freund Amadeu Antonio hier in Eberswalde ermordet wurde. Damals hatten wir mehr Angst, auf die Straße zu gehen. Das ist jetzt besser. Aber der institutionelle Rassismus ist dafür viel schlimmer geworden.«

In der »Meckerphase« des Workshops hatten die Anwesenden Gelegenheit, sich über aktuelle Herausforderungen auszutauschen und ihren Frust über die derzeitige Situation abzulassen. Dieser Teil der Veranstaltung wurde von der Landesvorsitzenden HANNA GROSSE HOLTRUP geleitet, die die schwierige Gesamtsituation darstellte und gemeinsam mit den Teilnehmenden diskutierte. Für weitere interessante Informationen sorgten die Antworten auf eine Befragung, welche die Organisatoren online in der internationalen Community starteten. So wurden viele Perspektiven der aktuellen Migrations- und Integrationspolitik beleuchtet und auch Betroffene, die selbst nicht anwesend sein konnten, konnten ihre individuellen Schwierigkeiten beim Ankommen in Deutschland ausdrücken.

Einer der spannendsten Teile der Veranstaltung war die Utopiephase, in der gemeinsame

Visionen und Lösungen gefunden werden sollten. Zu Beginn stellte YANNES JANERT die bedeutenden Potentiale einer gelungenen Integration dar. »Integration kann ausgesprochen wirtschaftlich sein, wenn man weiß, wie es geht«, führte er aus. Die Teilnehmenden bewegte auch die Geschichte einer Betroffenen, die in Deutschland Fuß fassen konnte und nach anfänglichen Schwierigkeiten hier ihre neue Heimat fand. In einer Gruppenarbeit suchte man gemeinsam nach innovativen Lösungen und kreativen Ideen für die Neugestaltung der Integrationspolitik.

Die abschließende Realisationsphase startete mit einem Bericht von BJÖRN WIESE, der weit über Eberswalde hinaus für sein besonderes Engagement in der Integrationsarbeit bekannt ist. Durch sein Beispiel erhielten die Teilnehmenden wertvolle Einblicke in eine neuartige, noch weitgehend unbekannt Art der Integration: die Integration über den Job. In der weiteren Diskussion wurden Konzepte für eine neue und bessere Politik und Formate für zukünftige Gespräche gefunden. Mit dem besonderen Wunsch, eine Plattform für den gemeinsamen Austausch zu finden und mit großer Neugier aufeinander endete diese letzte Phase der Zukunftswerkstatt.

Unter dem Motto »Integration ist Liebe und Toleranz« wurde dieser Tag zu einem vollen Erfolg und einer großen Bereicherung für alle Beteiligten. Die spannenden Einsichten, die tiefgehenden Diskussionen und der enge Austausch führten zu innovativen und inspirierenden Ideen. Durch die Veranstaltung wurde klar, daß Engagement und Freude am Miteinander die Grundlage für weitere Integrationsarbeit sein werden.

YANNES JANERT

Ende April organisierte der REGIONALPARK BARNIMER FELDMARK E.V. zusammen mit der WITO BARNIM GMBH und der BeSt BERNAUER STADTMARKETING GMBH die diesjährige Frühjahrs-Infotour. Unter dem Motto »Kultur trifft Natur« nahmen zahlreiche Beschäftigte der Touristinformation und -koordination sowie touristische Leistungsträger an diesem gut besuchten Kurztrip durch Bernau und die Barnimer Feldmark teil.

Auf dem ersten Zwischenstopp wurde die Reisegruppe im Besucherzentrum Bernau für das UNESCO-Welterbe Bauhaus von Judit Klage begrüßt und mit interessanten Informationen versorgt. Anschließend ging es zu einem exklusiven Besuch in die neu eröffnete Sparkassen-Arena Bernau, wo Bürgermeister André Stahl die Teilnehmer in Empfang nahm und durch die Halle führte. Zur Mittagszeit luden die Braugenossen zum Mittagssnack nach Börnicke ein. Die Gäste erfreuten sich nicht nur an den Biervorkostungen, sondern auch an den spannenden Führungen in den Braueräumlichkeiten. Gut gestärkt ging es nach Blumberg, wo Frau Wünsche und Sibylle Lösch vom Dachverband der Regionalparks die Teilnehmer erwarteten und durch die Blumberger Kirche und Lenné-Park führten. Beim nächsten Halt in Hirschfelde wurden die Gäste von Lothar Ast, Vorstand des Regionalparkvereins und Ortsvorsteher, in Empfang genommen, der die Besonderheiten des Gutsparks Hirschfelde zeigte. Die Infotour fand bei leckerem Kaffee und Kuchen im Spitzkrug Tiefensee ein gelungenes Finale.

Dank der vielen Mitwirkenden wurde die Infotour zu einem sehr gelungenen und abwechslungsreichen Ausflug, den alle sehr genossen. Die WITO-Infotour dient dem Austausch, schafft ein größeres Bewußtsein für die vielen touristischen Highlights in der Region und wird ein- bis zweimal jährlich durchgeführt.

SABINE BÜTTNER

Generationenwechsel bei der LAG

An das Regionalmanagement der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Barnim können sich Menschen wenden, die mit ihren Projekten die nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum des Barnims vorantreiben wollen.

Die Mitarbeitenden beraten zu den Möglichkeiten der LEADER-Förderung aus Mitteln der EU und des Landes Brandenburg. Im Büro der LAG in Eberswalde teilen sich diese Aufgabe künftig die beiden neuen Mitarbeitenden RONJA SCHMITZ und DAVID SUMSER sowie der langjährige Leiter des Regionalmanagements TORSTEN JERAN. ULRIKE SCHUBERT wird nach einer Übergangszeit zum Ende des Jahres 2024 das

Regionalmanagement der LAG verlassen. BURKHARD HORN, Vorstandsvorsitzender des LAG Barnim e.V., freut sich über die Neueinstellungen: »Es ist uns gelungen, über eine öffentliche Ausschreibung neue Mitarbeitende zu finden, die einen Generationenwechsel im Team des Regionalmanagements einläuten. Die beiden bringen eine frische Dynamik und innovatives Denken mit, welches wir für die Entwicklung unserer Region benötigen. Ihre Ausbildung und praktische Erfahrung werden eine große Bereicherung für unser Team sein.« Beide haben an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde den Masterstudien-

gang »Regionalentwicklung und Naturschutz« absolviert. David Sumser, der zuvor als Projektentwickler beim Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. tätig war, bringt nun seine Expertise im Bereich der Projektentwicklung und der Öffentlichkeitsarbeit ein, während Ronja Schmitz direkt aus einem Bundesfreiwilligendienst beim Eberswalder Naturschutzverein ALNUS e.V. zur LAG wechselt.

Torsten Jeran blickt optimistisch, wenn auch ein wenig wehmütig in die Zukunft: »Ulrike Schubert hat seit 13 Jahren den LEADER-Prozess im Barnim ganz wesentlich mitgestaltet.«

DAVID SUMSER

Geschäftsstelle: Steinstraße 14, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334/8183-93 u. -94, eMail: info@leader-barnim.de

Wandertips

von BERND MÜLLER

Die drei Türme Turmdiplomwanderung

Sonntag, 23. Juni, 8 km

Die 8 km Wanderung führt zuerst zum Eulenturm im Haus der Naturpflege, wo es den ersten Stempel für das Turmdiplom gibt. Vorbei an Bäcker Heides Aussicht geht es zum Schanzenturm für den zweiten Stempel. Um den Aussichtsturm auf dem Galgenberg zu erreichen, geht es durch das Brunntal, auf dem Königin Luise Weg, an Eichenhain und Köhlerei vorbei auf den Evolutionspfad. Nach dem dritten Stempel geht es nach der Kaffeepause zum Ausgangspunkt zurück. Der vierte Stempel für das Turmdiplom gibt es an einem anderen Tag am Bismarckturm.

Treff: 13.30 Uhr Vor der Schloßparkambulanz, Berliner Straße 1, 16259 Bad Freienwalde

Sagen um den Albrechtsberg

Sonntag, 30. Juni, 7 km

Die Wanderung führt über den Bär und das Mühlenfeld zum Albrechtsberg. Sagen und Legenden werden hier von BERND MÜLLER interpretiert.

Treff: 10 Uhr Marktplatz Oderberg, Angermünder Straße, 16248 Oderberg, www.oderberg.info

Anmeldung unter 03344/3002881, oderland@naturfreunde.de oder WhatsApp 0160/7500540. Gebühr (wenn nicht anders angegeben): 4 Euro, ermäßigt 2 Euro. Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Ruth Werner

Carwitz (bbp).

Ruth Werner (eigentlich Ursula Beurton, geborene Kuczynski) war von 1930 bis 1945 als Kundschafterin in China, Polen, Schweiz und Großbritannien für die Sowjetunion tätig. In China arbeitete sie u.a. mit Richard Sorge zusammen.



PETER EDEL, 1984, © RUTH-WERNER-VEREIN

Seit den 1950er Jahren wurde sie unter dem Namen Ruth Werner als Schriftstellerin in der DDR bekannt. Seitdem besaß sie auch ein Ferienhaus am Carwitzer See, nahe des dortigen Hans-Fallada-Hauses. Sie starb am 7. Juli 2000.

In Carwitz (Feldberger Seenlandschaft) hat der Ruth-Werner-Verein nach ihrem Tod viele Jahre lang ein Ausstellungs- und Begegnungszentrum betrieben. Inzwischen mußten viele Vereinsmitglieder ihre Aktivitäten aus Altersgründen reduzieren. Der Verein hat daher Anfang des Jahres seine Auflösung beschlossen.

Alle Informationen zu Ruth Werner sind jetzt in komprimierter Form auf der Webseite

Querverbindung schaffen

Das Schienennetz in Brandenburg ist stark auf Berlin ausgerichtet. Das hat für ÖPNV-Nutzer einen entscheidenden Nachteil: Will man mit der Bahn in eine benachbarte Stadt – ob zur Arbeit, zum Einkaufen oder für einen Facharzttermin – muß man zumeist erst nach Berlin. Oft ist dies ein riesiger Umweg, der den öffentlichen Personennahverkehr bei solchen Fahrten unattraktiv macht. Auch für die Brandenburger, die in den Orten zwischen den sternförmig verlaufenden Bahntrassen wohnen, ist es oft schwer, die Bahn zu nutzen. Ihnen fehlen schnelle Zubringer zum nächsten Bahnhof.

Wir wollen den ÖPNV für alle Bürger besser verfügbar machen. Das von BVB / FREIE WÄHLER erarbeitete Verkehrskonzept »Brandenburg-Takt 2040« sieht dafür eng getaktete Busverbindungen zwischen den Bahntrassen vor. Als einen Schritt zur Verwirklichung wollen wir die Plusbus-Linie 825 verlängern. Diese führt von Oranienburg über Wandlitz nach Bernau, wo sie bisher endet. Wir wollen die Linie von Bernau nach Strausberg verlängern.

Die Verlängerung würde der ganzen Region helfen und den ÖPNV attraktiver machen. Von Strausberg aus gibt es bereits zwei Plusbus-Linien nach Erkner (PlusBus-Linie 950) und Wriezen (PlusBus-Linie 889). Die Verlängerung des Plusbus von Bernau über Werneuchen nach Strausberg würde so ein Plusbus-Netz nördlich und östlich von Berlin schaffen. Dies würde zudem den kleineren Orten auf dem Weg schnellen Zugang zu den Bahn- und S-Bahn-Stationen in Bernau, Werneuchen (Anschluß an die RB25) und Strausberg gewähren. Wir werden uns daher auf allen Ebenen und insbesondere in den Kreistagen dafür einsetzen, daß die Plusbus-Linie 825 nach Strausberg verlängert wird.

Nur ganzheitlich geplante und aufeinander abgestimmte Linienführungen können den ÖPNV samt SPNV nachhaltig attraktiv machen.

PÉTER VIDA (Stadtverordneter Bernau) und SVEN WELLER (Kreistagsabgeordneter Barnim)

Frieden statt Kriegsrüstung!

Bei allen Vorbereitungen zur Auflösung des RUTH-WERNER-VEREIN E.V. dürfen wir nicht vergessen, wie es gegenwärtig in der Welt aussieht.

Widersetzen wir uns der grassierenden Kriegspropaganda!

Nehmen wir – in Gedenken an Ruth Werner – teil an Friedensbekundungen auf Zusammenkünften, bei Demonstrationen, auf der Straße, reden wir mit Freunden und Nachbarn, fordern wir überall: Frieden statt Kriegsrüstung!

Vorstand des Ruth-Werner-Verein e.V.

Fraktion arbeitet weiter

Liebe Eberswalderinnen und Eberswalder, dank Ihrer Unterstützung bei der Wahl am 9. Juni ist es uns vergönnt, auch in den nächsten fünf Jahren unsere Arbeit in der gemeinsamen Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur fortzusetzen. Vielen Dank für Ihr Vertrauen.

Für die letzte Stadtverordnetenversammlung vor der Kommunalwahl hatte unsere Fraktion drei Beschlußvorlagen eingebracht (BBP 5/2024). Unseren Vorschlag zur Förderung der Begrünung von Fassaden und Dächern in der Stadt Eberswalde mit konkreten Maßnahmen, die auf dem bereits 2013 beschlossenen »Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept« und dem »Eberswalder Klimapakete« von 2019 beruhen, haben die Stadtverordneten leider mehrheitlich abgelehnt. Auch unserem Prüfauftrag, Spielplätze mit Spielgeräten für Kinder mit Mobilitätseinschränkungen auszustatten, folgte nur eine Minderheit in der Versammlung. Demgegenüber fand unser dritter Vorschlag zur verbesserten Linienführung der Buslinie 864 (Clara-Zetkin-Siedlung), für die sich besonders Oskar Dietterle stark gemacht hatte, die nötige Mehrheit.

Nun stehen die Formalien der Konstituierung, zunächst der Fraktion und am 4. Juli der Stadtverordnetenversammlung an – und die Sommerferien, die allen gegönnt sein sollen. Wir wünschen gute Erholung.

MIRKO WOLFGGRAMM, Fraktionsvorsitzender

SPD Barnim wächst

Eberswalde (spd). Seit Beginn des Jahres 2023 konnte die SPD Barnim insgesamt 40 Neueintritte sowie Zuzüge verzeichnen – 17 davon allein seit Beginn dieses Jahres. Damit ist die SPD Barnim in Summe auf derzeit 314 Mitglieder angewachsen, wie der Kreisvorsitzende Kurt Fischer mitteilt.

»Die positive Mitgliederentwicklung ist ein tolles Zeichen und motiviert uns sehr«, so Fischer. »Die großen Demonstrationen für unsere Demokratie und gegen die rechtsextremen Verächter unseres toleranten und freiheitlichen Zusammenlebens haben einen deutlichen Schub in der politischen Beteiligung ausgelöst, der nachhaltig wirkt. Das merken wir auch als SPD im Barnim sehr. Bei unserem Neumitgliedertreffen in Eberswalde konnten wir zahlreiche in diesem Jahr beigetretene Mitglieder begrüßen, die als Grund ihres Eintritts auf genau diese Entwicklungen verwiesen haben.«

Es sei spannend, die unterschiedlichen Persönlichkeiten näher kennenzulernen, ergänzen die beiden Neumitgliederbeauftragten der SPD Barnim Caroline Anker und Marie-Anne Günther. »Eine Vielfalt, die das Engagement bei uns regelmäßig belebt. Wir freuen uns auf zahlreiche weitere Neumitglieder.«

Kanaltheater Eberswalde:

ZUKUNFT JETZT! Festival & Aktionstage

Nachhaltigkeit alltagsnah, innovativ und sexy. Eine nachhaltige Zukunft mit allen Sinnen zu erleben, sie fühlbar zu machen und in die Hände zu nehmen, ist das erklärte Ziel des Festivals und der Aktionstage ZUKUNFT JETZT! Wir erleben neue Impulse für ein bewußtes und verantwortungsvolles Miteinander in verschiedenen Workshops, Performances, Theater, Tanz, Filmen, Debatten und mehr. Gemeinsam schaffen wir neue Perspektiven und solidarische Bündnisse. Laßt uns die Zukunft der Welt Jetzt! gemeinsam und mutig gestalten.

Am 21., 22. und 23. Juni, jeweils um 19.30 Uhr führt das Kanaltheater am »Strand« im Rofinpark das Stück »Die Welt ist in Gefahr - Rettung naht aus Eberswalde«. Ein kraftvoller Klima Science-Fiction: Der Countdown läuft. In wenigen Tagen wird die Versorgung im gesamten Land eingestellt. Kein Strom, kein Krankenhaus. Alle Einwohner sind aufgefordert in das ZENTRUM zu ziehen. Nur hier kann man ressourcenschonend, und geschützt vor Unwettern und Lebensmittelknappheit leben. Wird es Happy-End geben? Werden wir die Welt retten? Willkommen im Jahr 2042. Weitere Vorstellungen finden am 27. und 28. Juni statt, am gleichen Ort, zur gleichen Zeit.

Das eigentliche Festival beginnt am Donnerstag, dem 27. Juni, im Tourismuszentrum im Familiengarten mit zwei Aufführungen um 9 und 11 Uhr »Das Totenerweckungssüppchen« von Andreu Andreu (Berlin). Theater mit Gemüse für Kinder von 4 bis 8 Jahren. Um 17 Uhr im Stadtcampus präsentiert das Brachland-Ensemble (Nürnberg, Leverkusen, Brüssel)

mit Humantop 2.0 ein Audio-Walk. Am 28. Juni, geht es um 11 Uhr im Rofinpark weiter mit »101 Concrete Parcours trifft Choreographie«, für Jugendliche ab 12 Jahren.

Am dritten Festivalsamstag am Sonnabend, dem 29. Juni, gibt es auf der Wiese im Rofinpark »Die Regentrupe«, ein Maskentheater nach Theodor Storm für Familien vom T-Werk in Koproduktion mit dem Theater NADI aus Potsdam. Um 18 Uhr folgen »Songlines for Truckers«, eine Sound-Recycling-Performance mit Maren Strack und schließlich um 20 Uhr das Tanzstück »Birds of Paradise« mit Luna Park aus Berlin.

An allen drei Festivalsamstagen laufen parallel von 10 bis 15 Uhr (bzw. am Sonnabend von 11 bis 18 Uhr) im Rofinpark Aktionstage für Schulen (nach vorheriger Anmeldung unter aktion@kanaltheater.de), u.a. *ActionBound - Eine digitale Schnitzeljagd*. Mehrere Zeitslots an Vor- und Nachmittagen für Schulklassen & Gruppen (Alter etwa ab 12 Jahre). Der Rofinpark Eberswalde stellt schon aufgrund seiner Architektur und seiner Geschichte einen interessanten Ausflugsort dar. Der ActionBound, vermittelt Infos rund um das Thema Nachhaltigkeit. In einer spannenden Kombination aus der traditionellen Schnitzeljagd und den Möglichkeiten der digitalen Medien, erwerben Jugendliche spielerisch Wissen aus den Themenbereichen: Bekleidungsindustrie und -handel, Wasserverbrauch, Komposttoiletten, Architektur, Geschichte des Rofinparks, Fair Trade/Direkt Trade am Beispiel Kaffee, Ernährung und vieles mehr. Weitere Informationen unter KANALTHEATER.DE/ZUKUNFT-JETZT.

MATTHIAS HOLZGREVE

Jazz am Stadtrand von E.

»Niemand hat die Absicht, Euch eine Meinung vorzuschreiben« (zitiert nach einer Künstlerpostkarte von Oskar Manigk, jüngeren Datums). Oskar Manigk, 1934 geboren, ist Maler und Zeichner. Neben einem großen malerischen Werk fertigte er in fünf Jahrzehnten tausende Postkarten. Auf einer dieser Karten stehen sich zwei Männer gegenüber, eine Mauer trennt sie. Aus ihren Mündern kommt immer wieder das Wort KONTAKT, prallt an der Mauer ab, rinnt auf beiden Seiten zu Boden und bildet große Buchstabenhaufen.

KONTAKT war das Thema unseres diesjährigen Jazzfestivals am verlängerten Himmelfahrtswochenende vom 8. bis 11. Mai. Es war vor allem ein Thema im Hinblick auf das Publikum. Es ging (wie immer, aber diesmal in besonderer Weise) darum, einen Raum zu schaffen, der eine Einladung ausspricht, vor dem keine Mauer steht und den keine Mauer teilt.

Unser Jazz in E. Chronist THOMAS MELZER hat mit »Volles Rohr - Am Stadtrand von Eberswalde erfindet Jazz in E. sich neu als Urlaubsort fern dieser Welt« einen Bericht verfaßt.

Der Text mündet in der Frage »War es ein Festival?« Und er liefert die Antwort gleich mit: »Ja, mehr denn je, entlegen am Stadtrand, konzentriert wie eine Klausur, umgeben von vielerlei Annehmlichkeiten: Torsten Pelikans Catering, Kaffeerösterei, Hausbrauerei und Biergarten. Im Zeichen der alten Leuchtschrift des Eberswalder Kontakt-Kaufhauses gab es viele entspannte Kontakte. Man redet miteinander, wie wunderbar! Das alte Kulturhaus der Eberswalder Rohrleitungsbauer ist, wiewohl morbide, ein genialer, hoffentlich zukunfts-trächtiger Ort. Jazz in E. Nummer 29 waren vier Tage Urlaub von all den Ungemütlichkeiten der nahen und fernen Welt.«

UDO MUSZYNSKI

BBP-Bücherkiste

Die BBP-Bücherkiste Nummer 11 enthält weitere betriebs- und volkswirtschaftliche Fachliteratur von BRD-Verlagen aus dem Nachlaß von UDO MARKMANN. Auch hier bitten wir lediglich um eine Spende für eventuell anfallende Versandkosten. Selbstverständlich nehmen wir auch darüber hinausgehende Spenden an. Dazu weiteres aus verschiedenen Quellen. Interessenten wenden sich bitte an die Redaktion (Kontakt siehe Impressum auf Seite 16). Ausgeliefert wird zusammen mit der jeweils aktuellen Bürgerpostausgabe.

- **Meffle/Gönner/Deuschle/Männel: Buchführung und Kostenrechnung im Großhandel**, Verlag Gehlen, Bad Homburg 1988, 320 Seiten, frei.
 - **Breitscheidel/Garbow: Rechnen für Industriekaufleute**, 25. Auflage, Winklers Verlag Gebrüder Grimm, Darmstadt 1991, 383 Seiten, frei.
 - **Paul Rump (Hrsg.): Kaufmännisches Lexikon**, Lexikographisches Institut, München 1990, 511 Seiten, frei.
 - **Claude Moatti: Rom. Wiederentdeckung einer antiken Stadt**, Ravensburger Buchverlag Otto Maier, Ravensburg 1992, Spende.
- Immer wieder wurde Rom zerstört. Immer wieder wurde es neu erbaut. Doch einige Wahrzeichen der Stadt wie das Kolosseum haben 2000 Jahre überlebt. Hunderte antiker Ruinen gibt es noch heute. Gelehrte, Künstler und Händler haben sie besucht, oft genug geplündert, manchmal auch restauriert. Die Entdeckung der Antike ist bis heute eines der schönsten Abenteuer der Archäologie.
- **Karl Jaspers: Einführung in die Philosophie**, R. Piper Verlag 1953, 20. Auflage 1996, Taschenbuch, 134 Seiten, Spende.

»Wenn Philosophie den Menschen als Menschen angeht, so muß sie auch allgemein verständlich bleiben können. Zwar nicht die schwierigen Entfaltungen philosophischer Systematik, wohl aber einige Grundgedanken sollten auch in Kürze mittelbar sein. Ich wollte von der Philosophie etwas fühlbar werden lassen, was jedermann angeht.« So Karl Jaspers über seine »Einführung«. Wer etwas über den dialektischen Materialismus sucht, wird bei Jaspers kaum fündig.

- **Anneliese Wahl: Martin Luther King**. Stationen auf dem Wege. Berichte und Selbstzeugnisse, Evangelische Verlagsanstalt Berlin 2. Auflage 1979, 168 Seiten, Spende.

In diesem Buch wird der Weg, den die Bürgerrechtsbewegung unter Führung von Martin Luther King in den Jahren von 1956 bis 1967 zurücklegte, nachgezeichnet. Dabei wird King ausführlich zitiert. Eine Zeittafel und eine Biographie ergänzen das Buch.

- **Rainer Stephan (Gesamtleitung): Beck'scher Ratgeber Recht**, 3. Auflage, Lizenzausgabe der C. H. Beck'schen Verlagsbuchhandlung, München, 715 Seiten, Spende.

20. Altenhofer Liedersommer und weitere Jubiläen

Im Jahr 2004, anlässlich des 5. Todestages von Gerhard Gundermann, planten wir eine Veranstaltungsreihe zu seinen Ehren. Es gab viele Diskussionen über den Namen und die einzuladenden Künstler. Schließlich entschieden wir uns für den Namen »Altenhofer Liedersommer«.

Doch wer sang damals Gundermann-Lieder? Die Seilschaft hatte sich nach dem Tod des Singenden Baggerfahrers zwar nicht aufgelöst, wollte aber ohne ihren Namensgeber nicht weitermachen. Da meldete sich ein junger Mann aus Leipzig namens Christian Haase: Der 23jährige Jungspund und seine Band

hatten auch Gundi-Songs im Programm. So kam es zum ersten Auftritt von Haase & Band in Altenhof – ein großer Erfolg! Besucher und Veranstalter waren sich einig: Diese Band muß wiederkommen.

Bereits ein Jahr später stellten die sieben Musiker auch ihre eigenen Titel vor, die Ende des Jahres für die CD »Bleiben« aufgenommen wurden, welche 2004 erschien – also vor zwanzig Jahren.

Auch der Altenhofer Liedersommer findet in diesem Jahr zum 20. Mal statt (coronabedingt). Was liegt näher, als diese Jubiläen gemeinsam zu feiern?

Haase & Band haben sich für dieses Ereignis in fast vollständiger Originalbesetzung zusammengefunden und spielen im Rahmen einer kleinen Tournee als Höhepunkt des Liedermacherkonzerts am Samstag (10.8.).

Auch sonst gibt es wieder ein hochkarätiges Programm.

Ein Highlight am Freitag ist neben Sonny Thet der Auftritt von Max Prosa. Max Prosa steht schon lange auf der Wunschliste für den Liedersommer. Er wird unter anderem Lieder von seinem aktuellen Album »Dein Haus« vorstellen. Die Gruppe Stilbruch wird das Liedermacherkonzert am Samstag eröffnen. Stilbruch ist eine Klassik-Pop-Band aus Leipzig, die ihr Genre als »New Classic« bezeichnet. Ihre Live-Auftritte sind legendär.

Wir freuen uns ebenso auf Krazy. Auf der Seite des Deutschlandfunks ist über sie zu lesen: »Sie nennt sich selbst eine Liedermacherette, doch der nette Begriff paßt so gar nicht zu Krazy, die ihre Gitarre als Waffe sieht und von der Kollege Danny Dziuk sagt, sie sei die ‚Lisbeth Salander des Tower of Song‘.« Die Sängerin, Songautorin und Musikerin spielt Gitarre seit ihrem 13. Lebensjahr und absolvierte zuerst die harte Schule der Straßenmusik, bevor sie, inspiriert von einer Bob Dylan-Biografie und einem Peter Rühmkorf-Gedichtband, anfang, eigene Songs zu schreiben.

Der Altenhofer Kulturkreis e.V. freut sich auf alle Konzerte und ein unvergeßliches Jubiläumswochenende.

GÜNTER LANDMANN



Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Beim Vertrieb über einen Zustelldienst wird eine **Versandkostenpauschale von 10 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle per Lastschrift per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift _____

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)

Nein zur Wehrpflicht! Nein zum Krieg!

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 5. Juni 2024

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2023. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 7. August 2024.